

LIBERTAS

Europäische Zeitschrift · Revue Européenne
European Review

2 / 1985

Hans-Jürgen Zahorka MdEP: Für eine Europäische Weltraumpolitik.....	1
Prof.Dr. Konrad Schön MdEP: Konservative und "rationalistische" Politik.....	9
Ernest F. Enzelsberger: Beschäftigungspolitik in Europa.....	19
Arbeitslosigkeit und politische Verantwortung – Ein Gespräch mit Dr. Wendelin Ettmayer.....	27
Ernest Mühlen MdEP: Reiseeindrücke aus der DDR 1985.....	33
Dr. Ladislaus Barlay: Pessimismus als Naturheilmittel.....	42
Dr. Axel N. Zarges MdEP: Auf dem Weg zur Europäischen Union: Zum Endbericht des Dooge-Ausschusses.....	50
Robert L. Michael: Ten Trends That Are Shaping American Society.....	53
Joachim C. Uhlig: A High Technology Area in the United States: The Silicon Valley.....	61
Prof.Dr. Gerd Wolandt: Reise nach Westpreußen 1984.....	72
Karl Bruhn: Aspects of Dezinformatsija.....	82
Kontroverse.....	89
Buchbesprechung (Erdmenger).....	91
Zu Gast beim LIBERTAS-Roundtable.....	94
Summaries.....	95
Impressum.....	99

Für eine Europäische Weltraumpolitik

von

Hans-Jürgen Zahorka MdEP



¿PAN?

In Frage gestellt: das tägliche Brot. In vielen Teilen der Welt herrscht Hunger. Dabei wäre es möglich, die gegenwärtige Bevölkerung unserer Erde ausreichend mit Nahrung zu versorgen. Der Hunger läßt sich jedoch nur überwinden, wenn es gelingt, in den Ländern der Dritten Welt selbst mehr für die eigene Versorgung zu produzieren und gleichzeitig die Entwicklung, vor allem der ländlichen Gebiete, in vielen Bereichen voranzubringen. Die Aktion »Brot für die Welt« trägt dazu bei. »Brot für die Welt«
Spendenkonto: 500 500-500 beim Postgiroamt Köln oder Landesgirokasse Stuttgart (BLZ 600 50101).

Jenseits von der nicht immer sachlichen Diskussion über SDI und EURECA bildet sich in der Europäischen Gemeinschaft eine neue Struktur: die der EG-Weltraumpolitik. Die Gründungsväter der Fünfziger-Jahre ahnten noch nicht die Folgeerscheinungen des ‚Sputnik‘, wie auch in den Römischen Verträgen nichts über Umweltpolitik, Forschung und Entwicklung und andere Bereiche, die mittlerweile Gegenstand von gemeinschaftlicher Politik sind, steht. Heute, ein knappes Jahr nach Beginn der zweiten Sitzungsperiode des direkt gewählten Europäischen Parlaments, liegen bereits eine ganze Anzahl von Entschließungsanträgen unterschiedlicher politischer Zielsetzung und Herkunft vor, die einen Ausschuß federführend ist der für Energie, Forschung und Technologie - veranlaßt haben, einen Gesamtbericht über die Europäische Weltraumpolitik zu erstellen, unter Anhörung weiterer parlamentarischer Gremien.

Mit Ausnahme von Griechenland und Luxemburg sind alle EG-Mitgliedsstaaten Mitglieder der ESA (European Space Agency), zu der auch Spanien, Schweden und die Schweiz gehören. Norwegen und Österreich sind assoziierte Mitglieder, und mit Kanada besteht eine Abmachung über enge Zusammenarbeit. Daraus folgt: Die EG hat zwar - als wohl handlungsfähigste politische Ebene europäischer Zusammenarbeit - eine besondere und wichtige Rolle für eine europäisch ausgerichtete Weltraumfahrt, sie ist aber nicht der existierende Rahmen. Dennoch wird es Möglichkeiten geben, daß die EG eine privilegierte Rolle bei der Definition einer Europäischen Weltraumpolitik spielt. Daß zum einen das EG-Parlament sich in so konzentrierter Form (und wiederholt) mit europäischer Raumfahrt befaßt, unterstreicht die vordenkende, weitdimensionierte Rolle dieser Volksvertretung. Zum anderen ist in der Europäischen Gemeinschaft sehr wohl bewußt und bekannt, daß die Wirtschaft der Zehn in einer Umbruchphase steht - der von der Industriegesellschaft in eine Informationsgesellschaft. Eine solche ist nur in konzentrierter Form der Zusammenarbeit auf mehreren Gebieten der Hochtechnologie zu erlangen.

Die Berichte von Ripamonti 1979 und Turcat 1981 sind die Vorläufer des jetzt entstehenden Toksvig-Berichts über Europäische Weltraumpolitik. Die Dokumente von 1979 und 1981 sind - leider - mehr oder weniger in diversen Schub-

laden verschwunden. Es ist allerdings kaum zu erwarten, daß das heute bestehende Europäische Parlament die EG-Kommission aus ihrer Verantwortung entläßt. Der EG-Ministerrat als solcher dürfte weitgehend eine nachgeordnete Rolle spielen, da die Wissenschaftsminister der ESA-Mitgliedsstaaten deren Rolle definieren, was allerdings durchaus im Ministerrat vorbereitet werden kann. Zudem geht die Tendenz klar in Richtung von Mitgliedschaften in der ESA auch seitens jener EG-Länder, die dies bislang noch nicht bewerkstelligt haben.

Start am 31.1.1985 in Rom

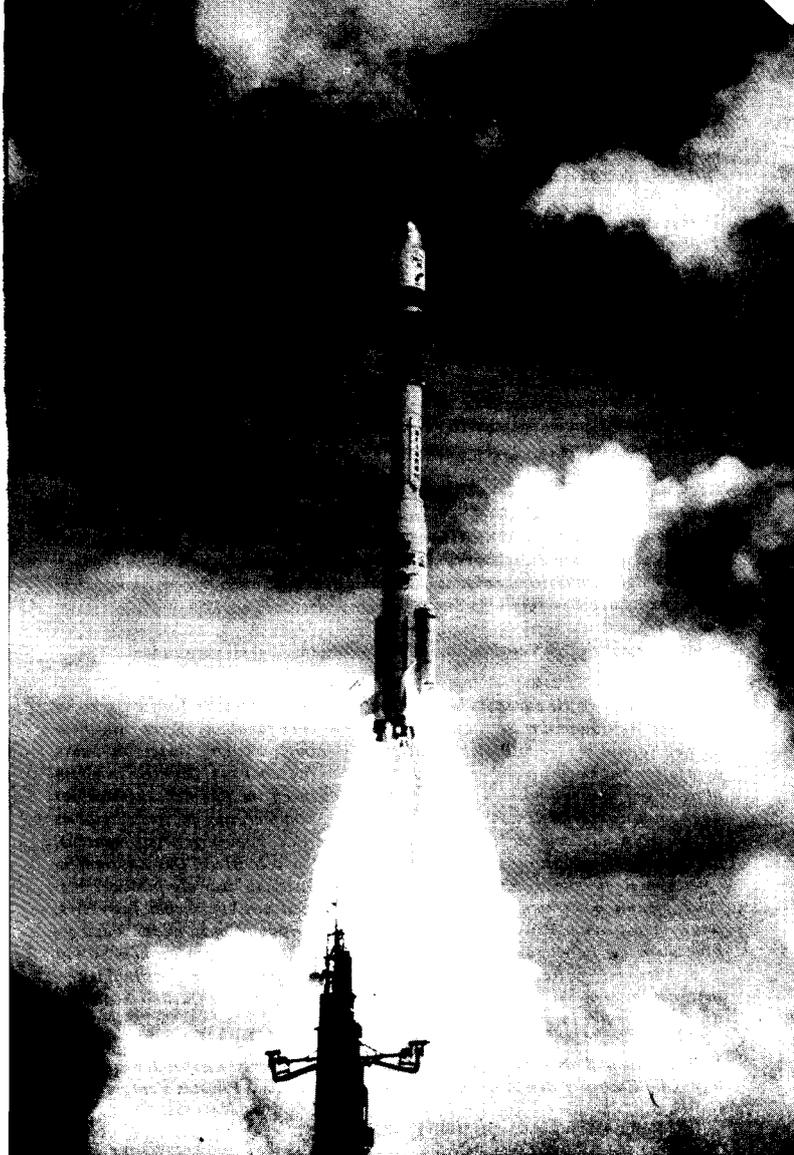
Einen kräftigen Schub nach oben verzeichnete die ESA auf ihrer Ministerkonferenz in Rom am 31.1.1985. Ein Zehn-Jahres-Programm sieht vor, daß der ESA-Haushalt in den nächsten fünf Jahren um 70 % erhöht wird. Diese budgetären Steigerungsraten sind nicht typisch für europäische Haushalte, sondern zeichnen einen politischen Willen auf. Der ESA-Ministerrat beschloß ferner, die Einladung der USA für eine bemannte Orbitalstation anzunehmen. Gleichzeitig wurde das Projekt „Columbus“ gebilligt – ein Raumlaboratorium, das sozusagen als Modul an eine europäisch-amerikanische Raumstation angesteckt werden kann. Die ESA-Minister gaben ferner grünes Licht für die „Ariane 5“, die nächste Generation der Ariane-Trägerraketen.

Dieser 31.1.1985 in Rom wird sich mittelfristig als ein Meilenstein zu einer Europäischen Weltraumpolitik herausstellen. Seit diesem Datum hat sich die ESA als internationale Organisation nachhaltig attraktiviert. Diese Agentur, das europäische Gegenstück zur NASA, wurde 1975 aus der Fusion von ELDO und ESRO gegründet (ELDO = European Launcher Development Organisation, ESRO = European Space Research Organisation). Die Arbeitsweise der ESA mit ihrer Programmteilung in obligatorische Programme für alle Mitgliederstaaten (Verwaltung, Organisation, Finanzierung der Agentur, wissenschaftliche Programme) und fakultative Programme (hier nimmt teil, wer kann und will) ist ein interessantes Modell auch für andere europäische Organisationen, für die eine Zwei-Stufen-Teilnahme von Mitgliedstaaten in Frage kommen könnte.

Die ESA hat sich als handlungsfähig erwiesen; ihr Hauptquartier ist in Paris, nur einige Querstraßen von einer nicht mehr ganz so handlungsfähigen internationalen Organisation, der UNESCO, entfernt. In Nordwijk/NL liegt das technische Zentrum, in Frascati/1 das Dokumentationszentrum. Die über die ganze Welt verteilten Empfangsstationen werden vom Daten- und Bodenkontrollzentrum der ESA in Darmstadt/D koordiniert. Prof. Reimar Lüst, ehemaliger Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, ist seit Herbst 1984 Generaldirektor der Agentur.

Private Träger von Raumfahrt-Vorhaben

Während die ESA eine zwischenstaatliche Agentur ist, gibt es mit Arianespace, der Societe Europeenne de Propulsion (SEP) und Eurospace drei private Träger



von Raumfahrtprojekten. Ariespace wurde mit Starthilfe der ESA erst vor vier Jahren unter aktienmäßiger Beteiligung von Teilhabern aus elf europäischen Ländern gegründet. Es ist interessant, die Aufteilung der Aktienpakete - unter ihnen sind auch Banken, Fluggesellschaften wie die irische AER LINGUS und Hi-Tech-Firmen vertreten - zur Kenntnis zu nehmen:

Teilhaber aus Frankreich	59,25 %
Teilhaber aus der Bundesrepublik Deutschland	19,60 %
Teilhaber aus Belgien	4,40 %
Teilhaber aus Italien	3,60 %
Teilhaber aus der Schweiz	2,70 %
Teilhaber aus Spanien	2,50 %
Teilhaber aus Schweden	2,40 %
Teilhaber aus Großbritannien	2,40 %
Teilhaber aus den Niederlanden	2,20 %
Teilhaber aus Dänemark	0,70 %
Teilhaber aus Irland	0,25 %

Während Ariespace mit großem Erfolg die Ariane-Trägerraketen entwickelt und herstellt, werden die Triebwerke hierfür von der SEP, einer Tochter des französischen Staatsbetriebs SNECMA, produziert. Dabei werden Weltfirmen wie Volvo und Fiat zum Zulieferer für die SEP. Eurospace ist ein Unternehmensdach für alle möglichen Weltraumaktivitäten, unter dem z. B. auch Nachrichtenagenturen stehen. Auch eine finnische Firma ist hier vertreten.

Konsequenz: Privates Venture-Kapital für Weltraumtätigkeit verwenden

Daraus folgt, daß die europäische Wirtschaft eine der treibenden Kräfte der europäischen Weltraumfahrt ist. So wie für Ariane können für alle größeren, ungeheurer viel Kapital bindende Projekte Mittel angesammelt werden, Mittel, die heute kein öffentlicher europäischer Haushalt mehr aufweisen kann. Dies trifft sich im übrigen mit weitverbreiteten industriellen Tendenzen im Rahmen angestrebter oder praktizierter Weltraum-Produktion. Für „Manufacturing in space“ gibt es in den USA mittlerweile schon Beratungsfirmen (u.a. ehemaliger Astronauten), die Firmen-Kooperationen und Start-Beteiligungen vermitteln. Das Zusammenspiel von Regierungen, ESA und Firmen beim „Spacelab“ war ein positives Beispiel. Japanische Firmen bilden heute schon Gruppen wirtschaftlichen Interesses, um kostensparende Partnerschaften bei Weltraum-Produktion zu bilden; dazu gehört auch die Beteiligung an amerikanischen einschlägig tätigen Firmen (so hat z. B. Microgravity Research Associates aus Florida, die hochwertiges Halbleitermaterial fertigen wollen, japanisches Kapital gefunden, dessen Quellen wiederum die Produkte der Firma vermarkten).

Es fällt auf, daß als Feld privaten Finanzierens, gemeint ist hierbei der Einzelanleger, die Europäer den Amerikanern weit hinterher sind. Privates Venture-Kapi-

fentlichen Mitteln gearbeitet wird, muß der Steuerzahler vertreten sein. Es wäre falsch, würde man Weltraumpolitik nur aus der Hand der Exekutive betreiben lassen.

Ein eigener Unterausschuß für Weltraumfragen?

Das Europäische Parlament ist der geeignete Ort, sich Gedanken zu machen über diese demokratische Kontrolle, umfaßt es doch die gesamte Bandbreite europäischen politischen Denkens und Handelns. Dabei fällt auf, daß der US-Kongreß wie auch das japanische Parlament bereits Ausschüsse bzw. Unterausschüsse für Weltraumfragen haben. Nachdem über den bisherigen Themenrahmen eines heute federführenden Ausschusses nachgedacht wird, ist durchaus zu überlegen, ob das Europäische Parlament im Zuge fortschreitender Diskussionen, fortschreitender Projekte und fortschreitender Erfolge nicht einen eigenen Unterausschuß oder eine ähnlich gelagerte Arbeitsgruppe für Weltraumfragen einrichtet, um der Sache den adäquaten Fortgang zu geben.

Fest steht, daß die Vertretung der Bürger der EG nicht locker lassen wird mit der Forderung nach einem eigenen europäischen Ausbildungsgang zum Weltraumtechniker bzw. Astronauten. Eine europäische Qualifikation wäre ein ideales Ziel für die Verbindung zwischen Bildungspolitik, Technologie und Weltraumpolitik. Ob ein eigenes Europäisches Weltrauminstitut, wie mehrfach gefordert, vermeiden kann, die ESA zu imitieren, kann dahingestellt bleiben. Die Diskussion hierüber zeigt jedoch das Bedürfnis nach einer höheren Identität der von der EG vorgeschlagenen und getragenen Europäischen Weltraumpolitik.

Europäische Weltraumpolitik: New Frontiers

Die beiden wissenschaftlichen Missionen der ESA, Giotto und Ulysse, sind spektakulär. Giotto heißt die Mission zum Halley'schen Kometen, bei der auch mit der UdSSR kooperiert wird. Die Mission Ulysse soll die Pole der Sonne überfliegen. Wenn Raumfabrenflüge und Ariane-Starts schon fast alltäglich sind und nur noch Zeitungs-Einspalter wert sind, sind dies Symbole für die New Frontiers-Dimension einer möglichen Weltraumpolitik. Einer Weltraumpolitik, die gut bedient wäre, wenn sie sowohl zu Aspekten der Projekte SDI und EURECA zustimmen und sich beteiligen würde. Genau betrachtet, bedingen beide jeweils das andere. Eine Europäische Weltraumpolitik ist auch ein mögliches Instrument zu einer intensiven transatlantischen Partnerschaft, und sie ist die Chance für eine wissenschaftliche und humane Verständigung von Systemen, die sich ansonsten nicht unter einen Hut bringen lassen. Weltraumpolitik ist nicht exklusive Sache einiger weniger Wissenschaftler, sondern eine Aufgabe für alle. Auch für diejenigen, die Europas eigene Politik prägen wo auch immer sie tätig sind.

Neu bei LIBERTAS:

Helmuth Thorey

Signale. Plädoyer für eine bessere Gesellschaft.

Libertas Verlag, Sindelfingen 1985. 80 Seiten, 15,- DM

ISBN 3-921929-97-0

Helmuth Thorey, Jahrgang 1902, legt mehr vor als die Altersweisheit eines erfolgreichen Unternehmers. Er meldet sich als theoretisch gebildeter Citoyen zu Wort. Seine mutigen wie scharfsinnigen Reflexionen greifen Probleme auf, die jeden nachdenklichen Zeitgenossen betreffen. Er plädiert für eine Wiedergeburt der sozialen Marktwirtschaft. Dabei drängt er auf finanz- und lohnpolitische Ansätze zur Herbeiführung unentbehrlichen Wachstums, fälliger technologischer Innovationen, unverzichtbarer Wettbewerbsfähigkeit, gefestigter Geldwertstabilität, konsolidierter Staatsfinanzen und annähernder Vollbeschäftigung. Erst die Erreichung dieser Zielgrößen ermöglicht es nach Thorey, daß der Übergang von der Industrie- zur Informationsgesellschaft erfolgreich gemeistert wird. Er sieht in neuen Formen der Arbeitsorganisation, der Gewinnbeteiligung und der Solidarität die sozialen Bedingungen solchen Erfolges.

Thorey setzt sich gründlich mit der Sinnkrise auseinander, die im Vorfeld dieses Übergangs entstanden ist. Zur Bewältigung der Sinnkrise verlangt er von den Eliten geistige Anstrengungen, mehr Kreativität und Phantasie bei Problemlösungen und eine neue Ethik. Nur so kann die Informationsgesellschaft zugleich eine freibereichernde, soziale Interessen harmonisch ausgleichende und gerechtere Gesellschaft sein, die der Jugend Zukunftschancen sichert.

Nicht irreführende Ideologien, permissiv mißbrauchte Freiheit und nicht die Drohungen oder Verlockungen totalitärer Tyrannei, sondern vernünftig wie verantwortlich genutzte, rechtsstaatlich geschützte Freiheit ist in dieser Situation gefragt, weist Thorey nach.

Sein Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung in unserer Demokratie ist anregend und optimistisch. Er provoziert mitunter Widerstreit und er fürchtet auch die Polemik nicht. Wer wissen will, was aus den Implikationen der Bonner Wende vernünftigerweise realisiert werden könnte und sollte, muß auch dieses Buch gelesen haben.

Bestellungen — mit beigefügtem Scheck oder Rechnung bzw. nach erfolgter Überweisung — nimmt der LIBERTAS-Verlag, Hintere Gasse 35/1, D-7032 Sindelfingen, entgegen. Bankverbindung: 213 740 001 Volksbank Sindelfingen (BLZ 603 901 30).

Konservative und "rationalistische" Politik

von

Prof. Dr. Konrad Schön MdEP

Eine pragmatische, nur auf das Nächstliegende bezogene Politik wird fälschlicherweise oft als "konservativ" bezeichnet. Jeder politischen Theorie abgeneigt, ohne Zukunftsperspektiven, ohne Gespür für die Diskrepanz zwischen Norm und Wirklichkeit, hat sie kaum eine Beziehung zur intellektuellen Kritik bestehender Verhältnisse. Fachkundig in den komplizierten Zusammenhängen der Staatsverwaltung und Ökonomie befangen, sind die politischen Pragmatiker unfähig, einen großen Entwurf zur Gestaltung der Zukunft zu leisten. Pragmatische Politik diskreditiert sich so von selbst; ist doch Politik als solche recht eigentlich zukunftsbezogen. Offene Fragen der Gegenwart werden durch Politik auf der Grundlage vernünftiger Diskussion mehrerer Lösungsmöglichkeiten mit Wirkung für die Folgezeit entscheidend beantwortet.¹

Der politische Pragmatismus indessen kennt keine geistige Auseinandersetzung mit kritischen Gegenpositionen. Insofern seine Vertreter sich gerne als "Konservative" bezeichnen lassen, was ihnen noch einen bestimmten Flair von Geistigkeit verleiht, gefährden sie jene legitime Haltung in der Politik, die den Fortschritt unter Bewahrung des Bewährten bejaht, ohne sich der Vorwärtsstrategie kritischer Theorien zu verschließen. Der Pragmatismus gibt sich nur "konservativ". In Wahrheit ist er reaktionär. "Konservativ" als fruchtbarer Spannungspol zu "progressiv" ist o f f e n für zukunftsbezogene Kritik des Bestehenden.

Im Unterschied zum bloßen Pragmatiker, der von einem Alltagsproblem zum anderen stolpert, stellt sich der Konservative seinem extremen Gegenüber: es ist der politische "R a t i o n a l i s t".

Der europäische Rationalismus, so lautet die These des konservativen britischen Politikwissenschaftlers Michael Oakeshott, zeitigte allerdings Wirkungen in Form des "ideologischen Stils" in der Politik². Der Ideologe, so meint er, kenne als Jünger des Rationalismus nur einen einzigen Maßstab zur Beurteilung aller Wirklichkeit: die menschliche ratio. Diese sei nichts anderes als ein "instrumentales Urteils- und Denkvermögen"³, mittels dessen der Ideologe die Unvollkommenheit aus der konkreten Welt des Menschen hinaus schaffen wolle.

Nehmen wir diese Meinung als H y p o t h e s e bei der Betrachtung der Geschichte politischer Ideen an, so zeigt sich, daß der Rationalist ein P e r f e k -

1 Vgl. Bernhard Crick: Eine Lanze für die Politik, München 1966

2 Michael Oakeshott: Rationalismus in der Politik, Neuwied-Berlin 1966. Oakeshott ist der Nachfolger des bekannten Sozialisten Harold Laski auf dem Lehrstuhl für Politikwissenschaften an der "London School of Economics and Political Science".

3 Oakeshott a.a.O. S.102

t i o n i s t ist. Des hypothetischen Charakters dieser Folgerung bewußt, könnten wir sagen, der Rationalist lehnt alle bisherigen politischen Formen bzw. Systeme vor allem deswegen ab, weil es in denselben nicht gelungen ist, die Unvollkommenheit der Gesellschaft und des Menschen zu beseitigen. Der Rationalist versucht also, gleichsam "tabula rasa" zu machen und beginnt, ohne Rücksicht auf die geschichtliche Realität, schon immer an einem nicht beweisbaren, aber um so intensiver behaupteten Anfang, den er "vernunftgemäß" setzt. Der erste Schritt des Rationalisten besteht darin, daß er alles aus seinem Blickfeld eliminiert, "was nicht einen unmittelbaren Zusammenhang" mit seinen zukunftsbezogenen, theoretisch-politischen Absichten besitzt.

Auch die Ideologen unserer Tage müssen sich den Hinweis gefallen lassen, daß sie sich bei ihrer Betrachtung von Staat, Gesellschaft und Geschichte überhaupt an die Naturwissenschaften anlehnen, was sich recht modisch mit einer sozialromantischen Sehnsucht nach einer besseren Welt verbinden läßt, nichtsdestoweniger aber einen Rückfall in die Wissenschaftsgläubigkeit des 18. und 19. Jahrhunderts bedeutet. Mit Hilfe eines Wissenschaftsbegriffs, der nicht nur aus wissenschaftstheoretischen und methodologischen Gründen, sondern auch auf Grund intellektueller Redlichkeit auf berechnete Skepsis stößt, versuchen die rationalistischen Ideologen in Verbindung mit einer ebenso modischen Mobilisierung der Gefühle, etwa durch das Schlagwort "Veränderung der Gesellschaft", eine strenge "Methode" in der Politik zu entwickeln. Diese angeblich wissenschaftlich abgesicherte Vorgehen zu den Tatsachen der politisch-sozialen und ökonomischen Verhältnisse abstrahiert seinen Gegenstand von der Wirklichkeit, die es zu untersuchen gilt. Die auf den von der Wirklichkeit abstrahierten Gegenstand angewandte Methode soll zu größtmöglicher Gewißheit darüber führen, daß die eigene politische Position und Parteinahme rational und im Sinne einer vorgängig behaupteten Wahrheit vom Seienden im Ganzen richtig ist. Mit Recht sagt daher Oakeshott, dieser Rationalismus in der Politik bedeute "Herrschaft der Methode"⁵. Der Vergleich des rationalistischen Ideologen mit dem Ingenieur, den Oakeshott anstellt, liegt auf der Hand. Die gewaltsame Angleichung der Wirklichkeit der Politik an die unabhängig von ihr vorgenommene Konstruktion einer möglichen zukünftigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklung ist eine zwangsläufige Folge. Eine sogenannte Analyse der gegenwärtig bestehenden Verhältnisse geht in derselben Weise voraus. Dahinter steht eine rational nicht ausgewiesene, sondern der Betrachtung vorausgehende Anschauung vom Ganzen, die ein bestimmtes Bild vom Ablauf der politisch-sozialen Entwicklung zum Inhalt hat, welches gleichsam nur in einer Art von "Glaubensakt" hingenommen werden kann. Treffend spricht daher Oakeshott von einem "Mythos rationalistischer Politik"⁶, hat doch jeglicher Mythos so etwas wie ein Schaubild von einem wirklichen Vorgang zu seinem Gehalt erhoben⁷. Daraus folgt, daß der

4 ebda. S. 13

5 ebda. S. 29

6 ebda. S. 13

7 Vgl. hierzu E. Przywara: Idee Europa, Nürnberg 1956, S. 10ff.

Ideologe als rationalistischer Konstrukteur aller Wirklichkeit keine Tradition als geschichtliche Überlieferung des Menschseins weder im Denken noch in den politischen Formen kennen will. Da Veränderung der konkreten Gesellschaft und der politischen Wirklichkeit als Kategorie seiner Betrachtungsweise verabsolutiert wird, muß er vielmehr Tradition in dem genannten Sinne radikal ablehnen und ihre historisch gewordenen Erscheinungsformen als Stabilisierungsfaktoren des Widerstandes gegen seine gewollte Veränderung diffamieren. Die erste Aktion, die er zu bewerkstelligen versucht, besteht daher in der Vernichtung jeglicher Überlieferung. Diese Aktion setzt ein mit der Umfunktionierung der traditionellen Begrifflichkeit und gipfelt in jener letzten Zerstörung, die er Revolution nennt. "Und an den leergewordenen Platz stellt der Rationalist etwas von ihm selbst Geschaffenes – eine Ideologie, das formelhaft verkürzte Substrat rationaler Wahrheit, das seiner Meinung nach in der Tradition enthalten ist"⁸.

Die Quelle der auf Rationalismus gegründeten politischen Ideologie ist eine bestimmte, durchaus zu bezweifelnde Lehre vom Wissen des Menschen. Gemeint ist jenes Wissen, das ständig exaktere Kenntnisse über den Menschen und die Gesellschaft liefern soll. Die Wissenschaftsgeschichte selbst müßte Auskunft darüber geben, ob hier nicht der sehr eingeeengte Wissensbegriff der Wissenschaft des 19. Jahrhunderts zur Anwendung kommt. Die wissenschaftstheoretische Kritik⁹ – z.B. am Marxismus in seinen verschiedenen Ausformungen – könnte durchaus zeigen, daß der Rationalismus in der Politik "Wissen" auf nur eine einzige Form menschlichen Wissens reduziert, nämlich auf das "technische Wissen". Das Wort "technisch" drückt dabei die Überzeugung aus, daß ein "more geometrico" entwickelter Daseinsentwurf des Menschen in die Praxis umgesetzt werden könnte¹⁰. Es wäre leicht zu zeigen, daß die Ideologen unserer Zeit insoweit "more geometrico" vorzugehen versuchen, als sie unreflektiert die zweifellos erfolgreiche Methodologie der Naturwissenschaften auf den geschichtlichen Bereich von Politik und Gesellschaft anwenden. Die Regeln der exakten Wissenschaften werden für Forschung, Beobachtung und deren Verifikation und Falsifikation auf der Grundlage der oben erwähnten nicht in Frage gestellten Voraussetzungen auf die Einmaligkeit und Freiheit menschlicher Entscheidungen in Politik und Gesellschaft angewandt. Formeln wie diese, daß Freiheit Einsicht in die historische Notwendigkeit bedeute, werden schematisch propagiert. Daß dahinter eine monokausale Erklärung aller menschlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit steht, wird dabei noch nicht einmal methodisch in Frage gestellt. Dieser Tatbestand reizt zu einem Vergleich mit dem Glaubensakt in der Religion. Dieser wird heute vielleicht nur noch selten geleistet, dafür greift der Glaube an politischen Ideologien immer mehr um sich. Denn in das religiöse Vakuum können die politischen Ideologien als Lehren von einer kommenden, durch politische Aktion zu erreichenden Vollkommenheit der Menschheit, eindringen.

8 Oakeshott, a.a.O. S. 12

9 Vgl. Helmut Seiffert: Marxismus und bürgerliche Wissenschaft, München 1971

10 Vgl. Jakob Hommes: Der technische Fros, Das Wesen der materialistischen Geschichtsauffassung, Freiburg 1955

Die Ideologen als Jünger des Rationalismus übersehen bewußt oder unbewußt, daß es über das Wissen der Wissenschaften hinaus noch andere Formen von Einsichten und Kenntnissen über das Dasein des Menschen gibt. Oakeshott nennt diese "praktisches Wissen". Jedem Kenner der europäischen Philosophie ist der Bezug zu dem, was einst in der Wissenschaftslehre sowie in der Ethik des Aristoteles "praktische Philosophie" genannt wurde, offenkundig. Dieselbe befaßt sich mit der Frage nach dem Handeln des Menschen, das je Verwirklichung von Werten bedeutet. Sie versuchte dabei, die im Hinblick auf die Wertverwirklichung angemessenen Mittel zu reflektieren, um den Vollzug eines geglückten Daseinsentwurfs zu ermöglichen. Diese traditionelle "praktische Philosophie" umfaßte neben "Ethik" als individuellem Handeln im Hinblick auf Normen die "Ökonomik" als Daseinsvollzug durch die Gruppe und die "Politik" als krönenden Abschluß der menschlichen Selbstverwirklichung in und durch die Gesellschaft schlechthin. Es wird bestritten, daß im Zuge der modernen Wissenschaftsentwicklung dieser Aspekt der Politikwissenschaft dem allgemeinen Bewußtsein abhanden gekommen ist. Daß er der wissenschaftlichen Reflexion nicht gänzlich verlorengegangen, beweist, wie bleibend das Anliegen politischer Philosophie ist¹¹.

Das "praktische Wissen", so konstatieren viele Anhänger einer Wiederbelebung der praktischen Philosophie, ist nicht abstrakt und konstruierbar, sondern nur im Vollzug der Anwendung gegeben. Im Gegensatz zum methodischen Verfahren der Naturwissenschaften, aber auch im Unterschied zu den abstrakten Konstruktionsmethoden der Ideologen ist es nicht in Regeln zu fassen, die unabhängig von der existentiellen Situation des einzelnen, der Gruppe und einer politisch verfaßten Gesellschaft gelten. Daß das "praktische Wissen" nicht regellos ist, haben Versuche gezeigt, die die Regeln der aristotelisch-thomistischen Topik wieder zur Geltung zu bringen versuchten. Mag sein, daß die Topik nicht zwingend genug ist, ihre Ablehnung ist ebensowenig zwingend darstellbar. Die Topik als Methode der Politik, begriffen als Bestandteil der praktischen Philosophie, spielt auch bei der Auslegung unserer Verfassung bzw. der Anwendung ihrer Normen auf die Wirklichkeit eine wichtige Rolle. Wer immer ein politisches Wertesystem in der Form von Verfassungsprinzipien akzeptiert, setzt logischerweise voraus, daß jede menschliche Aktion, insbesondere die Politik, auf einem bestimmten Wissen beruht. Dieses Wissen begreift aber die beiden genannten Wissensformen in sich. Zum "praktischen Wissen" gehören nicht zuletzt tradierte Kenntnisse. Wenn Oakeshott erklärt, die Methode an diesem Wissen teilzuhaben, sei nicht die Methode der formulierten Lehre, so kann sich dies nur auf die abstrakten Lehrsätze einer eng begriffenen Wissenschaft beziehen. Wissen in weiterem Sinne unserer Darlegung hat jedoch etwas mit Praxis im Verständnis von "Kunst" zu tun. Wie in jeder Kunst, so reicht auch in der Politik technisch erlernbares bzw. technisch erlerntes Können niemals aus¹². In der politischen Praxis muß sich die Fähigkeit beweisen, etwas hervorbringen zu können. Politik ist kreativ und nur

11 Hierzu vor allem Wilhelm Hennis: Politik und praktische Philosophie. Eine Studie zur Rekonstruktion der politischen Wissenschaften, Neuwied-Berlin 1963

12 Oakeshott, a.a.O. S. 16ff.

insofern Einheit von Theorie und Praxis, als jede Schöpfung einen Plan in sich enthält. Dieser wird durch Vollzug von Möglichkeit zur Wirklichkeit gebracht und dabei erfahren als Form der Wirklichkeit. Diese ist nichts anderes als die der inneren Anschauung gegebene Möglichkeit. Gerade der Politikwissenschaftler sollte ebenso wie der Politiker bedenken, daß die schulmäßige Betrachtung von Regeln allein noch nie zu Fortschritten geführt hat¹³, wenn anders Fortschritt Hervorbringung des Neuen aus der gegebenen Überlieferung bedeutet. Für jeden, der sich einer wissenschaftlichen Forschungsarbeit hingibt, leuchtet diese These ebenso ein wie jeder sie bestätigen dürfte, der unter Berücksichtigung der bedrängenden Lage der Dinge verantwortlich politisch handelt. Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß Verantwortung die schöpferische Hervorbringung eines Neuen als Antwort auf die ein Neues hervorrufende Tendenz des Überlieferten darstellt.

Am Vollzug der Politik sind b e i d e genannten Wissensformen beteiligt. Zu Grunde liegt die anthropologische Erkenntnis, daß sich menschliches Dasein zugleich je religiös, philosophisch, ästhetisch und politisch-ökonomisch auslegt. Zum Kernpunkt der Auseinandersetzung mit rationalistischen Ideologen wird daher die Frage nach der "Gewißheit". Für sie besteht nach Oakeshott eine weit verbreitete Voreingenommenheit¹⁴. Gewißheit legen wir geradewegs cartesianisch aus. Danach haftet dem postulierten praktischen Wissen der von allen rationalistischen Ideologen behauptete Anschein der Ungenauigkeit an. Tatsächlich entzieht sich Wissen im Verständnis der praktischen Philosophie, aber auch der politischen Praxis – so reflektiert sie sein mag – einer verbindlichen Formulierung im Sinne von Lehrsätzen. "Es findet seinen gewohnten Ausdruck in der gebräuchlichen oder traditionellen Weise, in der Dinge getan werden, oder einfach in der Praxis."¹⁵ Wer diesem Wissen vorwirft, es habe bestenfalls die Wahrscheinlichkeit, niemals aber die Wahrheit für sich, verwechselt die methodisch abgesicherte Richtigkeit des Vorgehens zur Wirklichkeit mit deren tatsächlicher und auf die menschliche Praxis zurückbezogenen Faktizität. Diese kann nach einzelwissenschaftlicher Methode sowieso nur als Inbegriff von Funktionen und Relationen begriffen werden. Mit angelsächsischer Unvoreingenommenheit sagt Oakeshott vom "praktischen Wissen": "Tatsächlich ist es ein Wissen, das in Geschmack und Kennerschaft zum Ausdruck kommt, dem Starrheit abgeht und das bereitliegt, den Geist zu prägen."¹⁶ "Praktisches Wissen" kann daher weder gelehrt noch gelernt, sondern nur mitgeteilt und erworben werden. Das gilt auch und gerade für die Politik, weswegen das Studium der Politikwissenschaft nicht die geringste Qualifikation zum praktischen Politiker bewirkt, erlernbar-wissensmäßige Voraussetzungen ausgenommen, die selbst ein politischer Abstinenzler studieren und intellektuell aufnehmen kann.

Politik als geschichtliches Handeln existiert nur in der Tätigkeit und kann folglich nur ausgeübt werden, wobei ein "Meister" der Einübung durchaus denkbar

13 a.a.O. S. 17

14 a.a.O. S. 20

15 a.a.O. S. 19

16 ebd.

ist. Aber auch ein solcher, so bestätigen wir Oakeshott, kann sie nicht lehren. Dabei gehen wir noch weiter als Oakeshott, der meint, man könne sich die praktische Politik durch den ständigen Kontakt mit jemandem aneignen, der sie praktiziert. Wohl wird demjenigen, der schon immer die Fähigkeit zur praktischen Politik besessen hat, der Meister in seine Verstehensmöglichkeiten hinein rational formulierte Erfahrungsergebnisse vermitteln können. Die Erfahrung aber lehrt, daß der Politiker als Praktiker stets mit sich allein gelassen ist, wenn es gilt, politische Entscheidungen zu fällen. Zwischen politischer Ideologie und Politikwissenschaft einerseits und der Politik als praktisches Wissen andererseits besteht ein ebensogroßer qualitativer Abstand wie zwischen dem Eheunterricht für Unverheiratete und der tatsächlichen Führung einer Ehe. Der praktische Politiker kann Politik nicht lehren, es sei denn, er sei Politikwissenschaftler, der, während er lehrt, eben kein praktischer Politiker ist. Der Politikwissenschaftler kann umgekehrt unmeßbar vieles über Politik dozieren – wenn er politisch handelt, kann er trotzdem scheitern. Hat er aber Erfolg, dann deswegen, weil er praktischer Politiker ist, und nicht, weil er Politikwissenschaftler doziert hat, so hilfreich ihm seine Wissenschaft auch gewesen sein mag. Denn daß Politik lehrbar und erlernbar wäre, hätte zur Voraussetzung, daß der Mensch in seinen Daseinsäußerungen rational völlig kalkulierbar wäre. Deswegen kann jede wissenschaftlich verordnete Humanität und jeder wissenschaftlich programmierte Friede in Unmenschlichkeit und Friedhofsruhe vieler einzelner enden. Irrationalisten und Rationalisten, Religionsfanatiker und Ideologen haben, weil sie das Glück der Menschheit "konstruiert" haben, das Dasein vieler einzelner psychisch und physisch zerstört. Die Spuren schrecken! Daß gerade demokratische Systeme sich in dieselbe Problematik verstrickt haben, ist nicht zu leugnen, aber ihre Schuld bzw. ihr Versagen darf innerhalb ihres Machtbereichs wenigstens als solches vor aller Welt qualifiziert werden. Vielleicht macht dies in einer Zeit, die konformistische Züge entwickelt, einen bemerkenswerten Unterschied aus. Die Bewahrung und Entwicklung des vorausgesetzten Unterscheidungsvermögens könnte dem Begriff "konservativ" einen zukunftssträchtigen Gehalt sichern. Alles kommt dabei auf den eingangs genannten Politikbegriff an.

Politik erweist sich als eine Tätigkeit, die ihren Antrieb in sich selbst hat. Ihre Probleme und die Wege zu ihrer Lösung sind in der politischen Aktion selbst angelegt. Die Zwecke einer solchen Tätigkeit können nicht vor oder über ihr selbst bestimmt werden. In Wirklichkeit jedoch erwächst Politik als Praxis, d.h. als Daseinsvollzug, aus jenen Gegebenheiten, die der Konservative "Tradition" nennt. Vorhandene Traditionen des Handelns haben sich indessen schon immer in Sitte und Gewohnheiten, in Gesetzen und Institutionen niedergeschlagen. In diesem Sinne erklärt Oakeshott: "Unsere Kenntnis richtigen Handelns ist jeweils die Institution."¹⁷ Anders ausgedrückt: der institutionelle Niederschlag der Tradition ermöglicht erst unser Wissen davon, wie wir zu handeln haben. Konstituiert sich doch das politische Gemeinwesen überhaupt in den überlieferten Formen politischen Handelns, so daß jedem Gemeinwesen je eine besondere Weise

17 a.a.O. S. 117

politischer Praxis eigen ist. Politische Formen sind also für ein Gemeinwesen ebenso spezifisch wie die Sprache der Menschen. Die Tradition ist es, die den "way of living" maßgeblich mitbestimmt. Die tradierten Formen des Politischen stiften erst jenen Zusammenhang, der dem Gemeinwesen im geschichtlichen Wandel Identität mit sich selbst verleiht. Außerhalb des Zusammenhangs mit dem Ganzen verlieren die einzelnen Formen jede Bedeutung. Dennoch ist politisches Handeln keine bloße Wiederholung überlieferter Regeln. Politische Tätigkeit tritt auf "in der Ergänzung bestehender Vorkehrungen, im Ausfindigmachen und Verwirklichen dessen, was in ihnen bereits angedeutet ist."¹⁸

Die Vorkehrungen, d.h. auch das "Kultivieren" der Institutionen, sind indessen kohärent und inkohärent zugleich¹⁹. Politik setzt einerseits den Zusammenhang der Tradition voraus, verwirklicht aber je neu die in der Überlieferung angelegten Möglichkeiten. Sie besteht nicht in der Schaffung eines radikal Neuen. Andererseits ist aber Politik Weiterentwicklung der bestehenden Institutionen, das "Sichkümmern" um die institutionellen Vorkehrungen des Gemeinwesens, um dieses in die Lage zu versetzen, neue Aufgaben in neuen Situationen zu bewältigen. Die Bedeutung der Institutionen wurde übrigens nicht erst von der konservativen Theorie formuliert. Einer der brilliantesten Geister der französischen Revolution, der radikale Republikaner Saint-Just, schreibt in seinen "Fragments sur les Institutions Republicaines": "Die Institutionen sind die Garantie der Regierung eines freien Volkes gegen die Verderbnis der Sitten, und die Garantie des Volkes und des Staatsbürgers gegen die Korruption der Regierung."²⁰ Für Saint-Just gibt es keine republikanische Moral und kein republikanisches Bewußtsein ohne die Institutionen des Staates. Ihr Ziel ist es, im Bürger, ja schon im Kind, den "legalen Widerstand" gegen die Ungerechtigkeit zu wecken, die "Behörden und die Jugend" zur politischen Tugend (vertu) zu zwingen, Zivilcourage und Selbstbescheidung in den Menschen zu bewirken. Die Verfassung als Inbegriff der Institutionen hat im Denken des revolutionären Moralisten vor allem einen hohen pädagogischen Wert. Sie bringen jene "Sensibilisierung" für Recht und Gerechtigkeit in der Gesellschaft hervor, welche die psychologische Voraussetzung dafür ist, daß das "öffentliche Interesse" alle anderen Interessen überwindet. Endzweck der Institutionen ist nach Saint-Just: "de former une patrie". Sie bilden die Garantie der politischen Freiheit, indem sie die Regierung und das bürgerliche Dasein "moralisch machen". "Ohne Institutionen beruht die Stärke einer Republik entweder auf dem Verdienst zerbrechlicher Sterblicher oder auf prekären Mitteln." Saint-Just verspricht sich die Festigung der revolutionären Errungenschaften von den Institutionen, die an die Stelle der Gewalt und der starren Gesetzesgerechtigkeit, die persönlichem Einfluß unterliegen, treten. So erweisen sich die Institutionen als Bedingung der Freiheit des Gemeinwesens und der Freiheit der Bürger in ihm. Nur durch sie werden Dissens und Gewaltanwendung verhindert. Im letzten zielen sie darauf ab, "de substituer l'ascendant des moeurs à l'ascendant des hommes".

18 a.a.O. S. 135

19 ebda.

20 Saint-Just: L'Esprit de la Révolution suivi de Fragments sur les Institutions, Paris 1963, hrsg. von Robert Maudrou, S. 131ff. Daraus auch die folgenden Zitate.

Der Grundzug konservativer Politik ist jedoch angesprochen. Sie ist durch Identität, Kontinuität und Konsens und aus ihnen heraus durch Veränderung, nicht aber durch Revolution bestimmt. Demgegenüber ist "rationalistische" Politik nicht auf das Vitalinteresse des bestehenden Gemeinwesens bzw. auf das in ihm angelegte Telos gerichtet²¹. Vielmehr konstruiert sie Ziel und Zweck der politischen Aktion a priori ohne Rücksichtnahme auf die Eigenwertigkeit und Eigengesetzlichkeit, die einem bestehenden System immanent sind. Mit Hilfe seiner Ideologie formuliert der Rationalist abstrakte Ziele und versucht diese mit wissenschaftlich-technischen Methoden zu erreichen. Wenn er aber die gegebene Wirklichkeit bei aller exakten Analyse im Detail letztlich verfehlt, muß es zu ersten Störungen und Krisen in der Politik kommen. Oakeshott macht darum Ideologie und Rationalismus für die Erschütterungen in der modernen politischen Welt verantwortlich.

Diese These sollte durchaus ernst genommen werden. Man bedenke die gewaltsame Durchsetzung ideologischer Systeme in der Gegenwart, die Verheerungen der faschistisch-nationalsozialistischen und der kommunistischen Politik, aber auch den naiven Demokratie-Export der Amerikaner nach dem Zweiten Weltkrieg. Doktrinen jeglicher Art wurden "more geometrico" durchzusetzen versucht. Der Rückschlag in Asien, Afrika und Europa bestätigt, daß die "spezifische Form" eines Gemeinwesens, die in Überlieferung und Institutionen enthalten ist, nicht einfach verabsolutiert und somit die Welt auch nicht politisch uniform gemacht werden kann. Uniformität und Perfektionismus werden mit Recht als typische Merkmale rationalistisch-ideologischer Politik angesprochen.

Die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, sind allerdings hochproblematisch. So bestreitet Oakeshott, daß es überhaupt eine "politische Erklärung" für etwas geben könne. Erklärung, so meint er, sei immer nur Sache der Historie, der Philosophie oder in ihren Bereichen – der Naturwissenschaft bzw. der Mathematik. "Aber die Sprache der Politik ist keine erklärende Sprache, ebensowenig ist das die Sprache der Kunst oder des sittlichen Handelns."²² Politik besagt eben nur, "gewisse Überzeugungen und Meinungen zu vertreten, bestimmte Urteile abzugeben, bestimmte Handlungen auszuführen und in bestimmten praktischen, nicht explikatorischen Begriffen zu denken." Folgerichtig leugnet Oakeshott, daß ein Student durch das Studium der Politikwissenschaft auf eine politische Tätigkeit vorbereitet werden könne. Wohl werde er in die historische oder philosophische Denkweise eingeführt. Politik ist also nicht lehrbar und nicht erlernbar, sie ist aber historisch oder philosophisch erklärbar.

Es lohnt sich, diese Sätze zu bedenken, könnte sich doch in einem solchen Denken die abendländisch-europäische Problemstellung von "vita activa" und "vita contemplativa" als bleibend erweisen. Wem dies zu wenig zu sein scheint, den könnte man darauf hinweisen, daß die Tätigkeit von Wahlanalysitern und -statis-

21 Ein solches hat zum Beispiel Art. 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland zum Inhalt. Dahinter steht ein für den politischen Vollzug unabhängiges Menschenbild.

22 Oakeshott, a.a.O. S. 334

tikern, von Umfragetechnikern und Werbefachleuten noch kein Beweis dafür ist, daß die Politikwissenschaft eine über jeden wissenschaftstheoretischen Zweifel erhabene Konstituierung erfahren hat – es sei denn, man erinnere sich, daß Politik als Wissenschaft ihren eigentlichen Ursprung in der praktischen Philosophie hat. Die Historie zeigt, daß die wissenschaftsgeschichtliche Entwicklung der so begriffenen "Politik" hin zur Jurisprudenz, zur Historie, zur Nationalökonomie, zur Soziologie etc. geführt hat²³. Politikwissenschaft ist somit selber ein historisches und philosophisches Problem.

Die Kritik des konservativ-politischen Denkens gesteht denn auch, daß "Revolution gewiß keine Art von beschleunigter Politik", sondern deren Zusammenbruch ist²⁴. Allerdings zeigt dieselbe Kritik, daß Revolution die Folge des "Zusammenbruchs eines bestehenden, aber vernachlässigten Regierungsstils"²⁵, also nicht so sehr das Wirkungsergebnis "ideeller Gründe" ist, die in einer folgenden Anarchie von einer Partei vertreten werden, die schließlich an die Macht kommt. Jede politische Umwälzung hat ihre Voraussetzung in der Tatsache, daß im alten System die "Regierung – vermutlich aus einer Vielzahl von Gründen – einfach aufhörte, zu regieren"²⁶. Regieren ist dabei als politische Tätigkeit schlechthin zu verstehen. Das "Sichkümmern um die Institutionen" hat zuvor aufgehört. Hierin liegt das Versagen des Konservativen.

Wenn Politik u.a. auch Kunst sein soll, mit Interessen, die nicht übersehen werden können, umzugehen, dann ist die Schwäche konservativer Politik sichtbar zu machen: wenn die konservativen Kräfte in Unkenntnis dessen sind, was die Regierten wollen, so sind sie letztlich unfähig zu regieren. Aus dieser Unfähigkeit erwachsen Schwierigkeiten, die mit Beschwörung der Tradition allein nicht auszuräumen sind. Der durchaus positive Gehalt eines bestehenden Ordnungssystems wird dann nicht mehr in die Verstehensmöglichkeiten der Zeitgenossen hinein ausgesagt. Die Konservativen haben nicht begreifen können oder wollen, daß sich neue Probleme, ja Krisen der politisch verfaßten Gesellschaft herausgebildet haben, die von anderen Gruppierungen erkannt, analysiert und allgemein verständlich artikuliert wurden, was ein Politikum ist, selbst wenn die Antworten alles andere als richtig sein mögen. Die Konservativen hingegen schieben die Probleme so lange vor sich her, bis es zu einer Unordnung kommt, die chaotische Züge annimmt. "Allzuoft ist der Revolutionär der Mann, der in dem von versagenden Konservativen hinterlassenen Chaos Ordnung schaffen muß."²⁷ Die revolutionäre Doktrin zeigt dann die Gründe auf bzw. bietet Erklärungen für das Versagen der Konservativen an. Dies erfolgt zwangsläufig, "nachdem der Konservative unsere Geduld erschöpft hat mit seinen Bitten, man möge ihm Vertrauen schenken in diesem Geschäft, das er am besten kennt – und das er in Wirklichkeit ruiniert hat"²⁸.

23 Vgl. Marcel Prelot: La Science politique, Paris 1963. Prelot spricht von einer "supplantation" der Politikwissenschaft durch die genannten Disziplinen.

24 Crick, a.a.O. S. 141

25 ebda.

26 ebda.

27 a.a.O. S. 142

28 ebda.

Dem Konservativen könnte der Vorwurf gemacht werden, daß er in der Auseinandersetzung mit Rationalisten wie ein Skeptiker und Agnostiker auftritt, der sich weigert, politische Phänomene aus wissenschaftlicher Distanz heraus zu betrachten, um zu neuen Erkenntnissen zu gelangen. Oft genug wird im Namen einer vernünftigen konservativen Haltung jede aktive Reformbestrebung zurückgewiesen. Wie leicht leugnet der Konservative, daß seine Politik handfesten wirtschaftlichen Interessen dient, die er durch den Hinweis auf Tradition und Institution zu verschleiern versucht. Der Idee der Gleichheit nicht geneigt, wurde und wird so politische Tätigkeit an das "otium" der besitzenden Klasse und deren angebliche materielle Unabhängigkeit gebunden²⁹.

Richtig verstanden zeigt die Kritik des Konservatismus, daß er nicht zwangsläufig in Gegensatz zum Fortschritt geraten muß. Andererseits setzt sich jede gewaltsame Revolution in Widerspruch zu der Idee der Würde und Einmaligkeit der konkreten Menschen, die sie um ideologischer Ziele willen opfern muß, so klein deren Zahl auch sein mag. Nur religiöse Heilsideen pflegen darüber zu befinden, ob es besser sei, daß einer, mehrere oder viele sterben müssen, damit allen anderen Gerechtigkeit widerfährt. Mit Recht tritt der Konservative dem Glauben entgegen, man dürfe um einer besseren Zukunft der "Menschheit" willen konkrete Menschen opfern, auch wenn das Opfer "nur" im Soll einer Aufbauleistung, im Raub des privaten Glücks, in wirtschaftlicher Dürftigkeit bestehen mag. Auf Kosten einer zukünftigen Humanität die Menschlichkeit in der Gegenwart preiszugeben, ist das unlösbare Problem, das sich jedem Revolutionär stellt.

Das darf jedoch den Konservativen nicht beruhigen oder gar zur Selbstgerechtigkeit verführen, wozu er so leicht neigt. Beruhigt er sich angesichts der Unmenschlichkeit innerhalb seines von ihm geschätzten Systems, werden seine Argumente gegen die Unmenschlichkeit gewaltsamer Revolutionen kraftlos. Es bleibt dann nicht aus, daß er der Reaktion verfällt. Diese ist ohne Ethos. Der Revolutionär hingegen entwirft Zukunft und hat den Mut, seinen Entwurf handelnd vorwegzunehmen – was niemals ohne Ethos geschieht.

Beschäftigungspolitik in Europa

von

Ernest F. Enzelsberger

Bis zum Jahre 1990 dürfte das wirtschaftliche Wachstum in Westeuropa so gering bleiben, daß die Arbeitslosenrate vermutlich 11,4 % erreichen wird. In Österreich rechnet man bis dahin mit einer Arbeitslosenrate von 7 bis 9 %. Nach vielen Jahren des wirtschaftlichen Dirigismus setzen die meisten westeuropäischen Länder wieder stärker auf die Marktwirtschaft. Ein Beispiel davon ist das sozialistisch regierte Frankreich.

Frankreichs Wirtschaftspolitik hat den bisherigen Weg endgültig verlassen. Nach bloß vierzig Monaten hat Staatspräsident François Mitterrand eingesehen, daß sich mit musealen ökonomischen Leitbildern und ungebremster Verschwendungslust kein Staat machen läßt.

Erst wurde die Freiheit der Unternehmer eingeschränkt, Großbetriebe und Banken verstaatlicht, die Investitionen durch bürokratische Apparate gelenkt und "soziale Wohltaten" mit teuren Krediten finanziert. Nun verkündet der neue Ministerpräsident Laurent Fabius ökonomische Weisheiten, die auch ein Milton Friedman und ein Friedrich August von Hayek goutieren würden:

– "Die Modernisierung der Industrie kann, das muß man ehrlich sagen, Arbeitsplätze kosten, bevor neue entstehen."

– "Um die Investitionstätigkeit zu fördern, ist im nächsten Etat eine Entlastung der Unternehmer vorgesehen."

– "Der Staat ist an seine Grenzen gestoßen, er darf sie nicht weiter überschreiten."

– Über eine eventuelle Arbeitszeitverkürzung müsse dezentral, Branche für Branche, Unternehmen für Unternehmen verhandelt und dabei dem Produktivitätsfortschritt Rechnung getragen werden.

– Erfolg müsse anerkannt und belohnt werden.

"Modernisierung" heißt das Schlüsselwort der neuen französischen Wirtschaftspolitik. Der 38jährige Premier hat sich standhaft geweigert, dem verstaatlichten Creusot-Loire noch einmal etliche Milliarden an Staatsgeldern zuzuschießen, die französischen Automobilarbeiter müssen sich auf einen drastischen Personalabbau einstellen. Bereits im Jahre 1984 wurden etwa 20.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert und bis Ende 1987 sollen es insgesamt 70.000 sein, Fabius will Frankreichs Wirtschaft von staatlichen Preiskontrollen befreien, die Devisenkontrollen jedenfalls lockern und 1985 die Steuerbelastung durch eine achtprozentige Senkung der direkten Steuern um einen Prozentpunkt des Sozialprodukts verringern. Die Steuersenkungen sollen Unternehmen wie privaten Haushalten zukommen und dabei gleichwohl das Haushaltsdefizit kleiner machen.

Das Rezept dafür sind radikale Kürzungen aller Budgetposten, radikaler noch, als

es beispielsweise die Österreichische Volkspartei in ihrem Steuerkonzept auszusprechen wagt.

Vor fünf Jahren noch war Laurent Fabius von der inneren Logik und der Strahlkraft sozialistischer Wirtschaftspolitik felsenfest überzeugt. Auf einem Parteitag in Metz wies er damals Michel Rocard vom rechten Flügel der französischen Sozialisten scharf zurück, als dieser eine Kritik am planwirtschaftlichen Kurs der französischen Regierung wagte.

Mittlerweile ist aus dem Saulus der Marktwirtschaft geworden, ein Missionär für weniger Bürokratie und Steuern, für rentable Staatsunternehmen und für mehr unternehmerische Initiative. Schon bald sollen die Formalitäten für Unternehmensgründungen nur noch einen Monat statt ein halbes Jahr dauern und die öffentliche Förderung erhöht werden. Laurent Fabius ist davon überzeugt, daß die wirtschaftliche Erneuerung Frankreichs nur über einen radikalen Schwenk zu einer pragmatischen Wirtschaftspolitik möglich ist. Keine neuen "sozialen Wohltaten" werden versprochen; Laurent Fabius macht kein einziges Versprechen außer dem, "nur die Wahrheit zu sagen". Nichts werde er beschönigen, die rosigen Zeiten der teuren Regierungsprogramme seien vorbei, die Bürger müßten mit Einschränkungen und Entbehrungen rechnen.

Das britische Wirtschaftsforschungsinstitut "The Economist Intelligence Unit" veröffentlichte im August '84 eine Prognose, derzufolge das wirtschaftliche Wachstum in den west- und mitteleuropäischen Staaten so gering bleiben wird, daß die Arbeitslosenrate auf den erwähnten Prozentsatz von 11,4 % klettern wird.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung glaubt, daß es 1990 in Deutschland rund 2,3 Millionen Arbeitslose geben wird.

In den demokratisch regierten und marktwirtschaftlich organisierten europäischen Ländern stehen derzeit noch die geburtenschwachen Jahrgänge nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges am Beginn ihres Rentenalters. Deshalb wurden in den letzten Jahren auch nur wenige Arbeitsplätze frei. Die geburtenstarken Jahrgänge vom Beginn der sechziger Jahre sind dagegen ins Erwerbsalter gekommen und sie drängen schon auf den Arbeitsmarkt. Der Höhepunkt dieser Entwicklung wurde im Sommer 1984 überschritten. Seither und recht langsam kommen wieder dünnere Jahrgänge ins Erwerbsalter.

Der Überschuß durch geburtenstarke Jahrgänge geht erst ab Mitte der achtziger Jahre zurück. Doch rein statistisch gesehen wird erst 1991 ein völliger Ausgleich erreicht werden. Die Zahl der Arbeitswilligen nimmt unabhängig von der Bevölkerungsentwicklung noch durch soziale Veränderungen zu. Immer mehr Frauen suchen zumindest eine Teilzeitarbeit. Dabei bilden die Frauen in Großbritannien und Dänemark die Spitze dieser Entwicklung. Die Frauen in Österreich, in der Bundesrepublik Deutschland, Belgien und Frankreich entsprechen dem europäischen Mittelwert, während in den Niederlanden, Italien und Irland die Arbeitswilligkeit vor allem der verheirateten Frauen unter dem europäischen Durchschnitt liegt. Im Laufe der neunziger Jahre wird die Zahl der Arbeitswilligen etwas zurückgehen. Zu Beginn des nächsten Jahrzehnts ist mit einer Wende am Arbeitsmarkt zu rechnen. Eine überaltete Bevölkerung hat nicht genug Nachwuchs,

um die Alterssicherung im Rahmen des "Generationsvertrags" voll erfüllen zu können.

Im Durchschnitt sind in den Staaten des demokratischen Europas 5 % der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig. Mit weiteren Freisetzen ist kaum noch zu rechnen. Die Arbeitsplätze in der europäischen Industrie sind zwischen 1970 und 1983 um rund 20 % zurückgegangen. Um weltweit konkurrenzfähig zu bleiben, wird die europäische Industrie noch mehr rationalisieren und dabei Arbeitsplätze automatisieren. Als Zuwachssektor bleiben die vielfältigen Dienstleistungen, wo seit 1970 die Zahl der Arbeitsplätze um fast 50 % zugenommen hat. Während die Teilzeitarbeit in der Industrie gegenwärtig nur 5 % ausmacht, sind es bei den Dienstleistungen 15 %. Das weitere Wachstum dieses dritten volkswirtschaftlichen Sektors und die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung können den Arbeitsmarkt in den kommenden Jahren entlasten. *Doch um die große Zahl der Arbeitsuchenden am Arbeitsmarkt wieder unterzubringen, ist zusätzliches Wirtschaftswachstum notwendig.*

Während unter dem Strich in Europa seit zwei Jahrzehnten die Gesamtzahl der Arbeitsplätze bei 100 Millionen pendelt, gelang es in den USA, den strukturellen Wandel durch die Bereitstellung neuer Arbeitsplätze zu verkraften. Rund 35 Millionen Arbeitsplätze sind dort seit 1960 hauptsächlich im Dienstleistungsbereich geschaffen worden. Gleichzeitig stieg die Zahl der Arbeitswilligen um 40 Millionen. In den Ländern der EG stehen der Zunahme von 10 Millionen Arbeitswilligen seit 1960 kaum neue Arbeitsplätze gegenüber.

In Japan aber hat, ähnlich wie in den EG-Ländern die Zahl der Arbeitswilligen um 10 Millionen seit 1960 zugenommen, doch auch die Zahl der Arbeitsplätze – wiederum vor allem in qualifizierten Dienstleistungsberufen – ist um 10 Millionen gestiegen.

Einige Vertreter europäischer Linksregierungen und -parteien haben die angeblich destabilisierende Wirkung des hohen Dollarkurses kritisiert. Tatsächlich ist jedoch der hohe Dollarkurs die Grundlage der hohen Exportzuwachsrate in Europa.

Der hohe Dollarkurs – meint der Reagan gegenüber sehr kritisch eingestellte US-Ökonom Lester Thurow, sichert drei Millionen Arbeitsplätze in Europa. Insofern wirkt die amerikanische Konjunktur stabilisierend auf den europäischen Arbeitsmarkt – und nicht umgekehrt.

Wie steht es nun mit dem "schwedischen Weg" – das ist der Weg, den das sozialistisch regierte Frankreich zu gehen angekündigt hat und das ist im übrigen auch der Weg, den das gleichfalls sozialistisch regierte Schweden in modifizierter Form gewählt hat. Der Preisstopp wurde dort am 1. Juli 1984 aufgehoben, der Mietstopp lief Ende des Jahres 1984 aus. Die Regierung, vor allem ihr unkonventioneller sozialistischer Finanzminister Kjell-Olof Feldt, setzt auf eine Stärkung der privaten Wirtschaft und hat Forderungen aus dem Kreis der Gewerkschaften und der Parteilinken nach staatlichen Maßnahmen bisher erfolgreich widerstanden. Feldts politisches Credo lautet: "Schweden braucht einen starken und dynamischen Kapitalismus, eine starke und verantwortungsbewußte Gewerkschaftsbewegung und eine starke Gesellschaft, welche die Ergebnisse verteilen kann." Er will die öf-

fentlichen Ausgaben kürzen, verspricht der Wirtschaft Steuersenkungen und vertritt die Auffassung, daß manche Aufgaben des öffentlichen Sektors von privaten Institutionen effektiver wahrgenommen werden können. Die Regierung will die Lohnerhöhungen drastisch abgrenzen, die Gewerkschaften sind unzufrieden und kritisieren Palmes Hinwendung zur Marktwirtschaft. Schweden hat damit zuletzt beachtliche wirtschaftliche Erfolge erreicht und auf der ganzen Welt verlorene Märkte wieder zurückgeholt. Die Bevölkerung begrüßt mehrheitlich den neuen schwedischen Weg in der Wirtschaftspolitik, die Gewerkschaften liegen mit ihrer Forderung nach einer Nivellierung der Lohnunterschiede zwischen verschiedenen Arbeiten und verschiedenen Branchen in der öffentlichen Meinung schlecht. Die Chancen für eine Sanierung und Regeneration der schwedischen Wirtschaft stehen derzeit besser als je zuvor im letzten Jahrzehnt.

Auch die von einer bürgerlichen Regierung seit Oktober 1982 praktizierte wirtschaftliche Sanierungspolitik in Dänemark hat verschiedene negative Tendenzen zur Umkehr gebracht. Die Inflation hat sich spürbar abgeschwächt, der maßvolle Lohnanstieg hat die Rentabilität der Unternehmen im Hinblick auf eine dauerhafte Steigerung der Investitionen nachhaltig verbessert. Seit 1983 wächst die dänische Wirtschaft wieder, die hohe Arbeitslosigkeit nimmt langsam ab, wenngleich sich die Leistungsbilanz wieder verschlechtert hat. An diesem Trend der langsamen Sanierung änderten auch die weitgehend machtpolitisch motivierten Streiks nichts, die in jüngster Zeit infolge regierungsamtlicher Eingriffe in die Tarifauseinandersetzungen durchgeführt wurden.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund stellte den 1. Mai 1984 unter das Motto: "Arbeit für alle - 40-Stunden-Woche". Die Mehrheit der helvetischen Arbeitnehmer will davon jedoch nichts wissen und plädiert für eine konsequente Einhaltung marktwirtschaftlicher Prinzipien, von denen man sich die sicherste Garantie für Vollbeschäftigung erwartet.

Mit einer Arbeitslosenquote von unter 1,5 % hat die Schweiz ihr Beschäftigungsproblem im Griff. Mit großem Abstand weist sie die geringste Arbeitslosenrate aller OECD-Länder auf, ferner eine niedrige Inflationsrate, ein hohes Maß an allgemeinem Wohlstand und moderne Industrien. Die Schweiz besitzt keine geballten Schwerpunkindustrien - mit Ausnahme der Uhrenindustrie, die von der Krise voll erfaßt wurde. Ferner produziert die Schweiz keine Massenkongsumgüter, sondern vorwiegend "intelligente Produkte" mit hoher Wertschöpfung und einer hochqualifizierten Arbeiterschaft. Das Verhalten staatlicher Amtsinhaber wie Mandatsträger gegenüber der privaten Wirtschaft bewegt sich zwischen diskret und wohlwollend freundlich. Staatliche Beschäftigungsprogramme finden sich nur in Spurenelementen.

Die schlechte Konjunktur wurde mit einer vorsichtigen Geldpolitik und mit sozialpartnerschaftlicher Zurückhaltung überwunden. Trotz des hohen Lohnniveaus liegt die Schweiz an der Spitze internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Mit ein Grund dafür sind die *sehr niedrigen Lohnnebenkosten, die niedrige Unternehmensbesteuerung und ein nur für Notfälle gewebtes soziales Netz*. Der Schweizer Arbeitnehmer zahlt nur 18 % seines Lohnes für Sozialkosten, während seine österreichischen Kollegen dafür mehr als 30 % bezahlen müssen. Die durchschnittliche Arbeitszeit der helvetischen Industrie liegt bei 43 Stunden pro Woche, das ist

die längste im OECD-Vergleich. Doch Gewerbe, Verkaufspersonal, Gesundheitswesen und Gastgewerbe arbeiten zum Teil erheblich länger. Es liegt also nicht nur an der politischen Stabilität, daß die Schweiz in den letzten zehn Jahren ihren Ruf als vollbeschäftigtes Musterland gefestigt hat.

Belgien und Niederlande befinden sich seit mehreren Jahren in einer schweren wirtschaftlichen Rezession mit zweistelligen Arbeitslosenraten, schwachem Wachstum, hohen Budgetdefiziten und einem starken Preisaufrtrieb. Belgien und die Niederlande haben, ähnlich wie auch Dänemark und Italien die inflationsfördernde Indexierungspraxis - das ist eine gesetzliche Preis-Lohn-Koppelung - aufgegeben. Man konzentriert sich auf die bedeutende Rolle zurückhaltender Kollektivverträge im öffentlichen Sektor und probiert es überdies mit umfassenden einkommenspolitischen Konzepten. In Belgien hat darüber hinaus der Staat einen Teil der von den Unternehmern zu tragenden Sozialbeiträge übernommen ("fiskalisiert") und so die privatwirtschaftlichen Arbeitskosten gesenkt.

Die Erfahrungen mit der linearen Arbeitszeitverkürzung fielen in Belgien schlecht aus. Die Regierung geht davon aus, daß in der Privatwirtschaft zwischen Dezember 1982 und Dezember 1984 keine Zunahme, sondern eine Verringerung der Beschäftigung um rund 15.000 Personen erfolgt. Ursprünglich hatten die Unternehmerverbände gar mit einem Verlust von 70.000 Arbeitsplätzen gerechnet, ein leichter Konjunkturaufschwung hielt indes die Arbeitsplatzverluste infolge Arbeitszeitverkürzung in Grenzen.

Sowohl in Belgien als auch in den Niederlanden will man das Loch am Arbeitsmarkt (in den Niederlanden ist es mehr als anderswo in Europa, vor allem demographisch bedingt) mit Maßnahmen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit stopfen. Dabei wird eine Flexibilisierung der Arbeitszeit angestrebt, die auf eine Intensivierung durch Wegfall unproduktiver Zeitspannen zwecks Erhöhung der Kapitalrentabilität abzielt. Es sind dies Modelle der Verkürzung der Jahresarbeitszeit, die den Unternehmen eine geschmeidige Anpassung an die jeweils notwendigen Werkzeiten ermöglichen sollen. Diese Modelle waren Vorbilder für die Arbeitszeitlösungen in der österreichischen Druckereibranche und im bundesdeutschen Metallsektor. Bewährt hat es sich vor allem bei Philips, einem Unternehmen mit praktisch unbegrenzten Absatzmöglichkeiten und hoher, schlecht genutzter Kapitalausstattung.

Belgien zahlt ab 1985 Arbeitnehmern, die für ein Jahr von ihrem Job Abstand nehmen wollen, eine staatliche Unterstützung, vorausgesetzt, der Arbeitnehmer willigt ein und seine Stelle wird inzwischen mit einem Arbeitslosen besetzt. Schrittmacher dieser Regelung, für die eine zweijährige Versuchszeit vorgesehen ist, sollen Frauen und Beschäftigte im öffentlichen Dienst sein.

Im übrigen aber setzen sowohl Belgien als auch die Niederlande ihre Politik der Sanierung der Staatshaushalte vehement fort. In Belgien werden zum dritten Mal seit 1982 stark restriktive Budgets beschlossen. Besonders stark betroffen sind davon der Sozial- und Bildungsbereich. Nicht zuletzt aber die defizitären staatlichen Unternehmen wie beispielsweise die belgische Fluggesellschaft SABENA, die gar keine staatlichen Subventionen mehr erhalten wird. Sie muß ihren Finanzbedarf künftig entweder durch betriebliche Sanierungsmaßnahmen oder

durch eine Teilprivatisierung decken. Erste Erfolge der großen wirtschaftspolitischen Anstrengungen der Regierung Martens schlagen bereits durch: die Arbeitslosenrate geht leicht zurück, das Defizit der laufenden Ausgaben geht zurück, die Inflationsrate sinkt und die Investitionsneigung steigt.

"Die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung hält an, trotz der verschiedenen besonderen Schwierigkeiten in den vergangenen Wochen. Sie dürfte noch mindestens bis in das Jahr 1985 hineinreichen." Zu diesem Ergebnis kam der Verband der britischen verarbeitenden Industrie bereits zu einem Zeitpunkt, da der Hafentarbeiterstreik, ein nachgebender Pfundkurs und die Zinserhöhung kein gutes Licht auf Britanniens Wirtschaft warfen.

Die britischen Unternehmen sind besser ausgelastet als je zuvor seit Beginn der siebziger Jahre und auch für die kommenden Monate rechnen die Unternehmen mit wachsender Produktion und Nachfrage. Seit 1982 wächst die Produktivität in der verarbeitenden Industrie mit einer durchschnittlichen Jahresrate von 5%. Ausschlaggebend dafür ist nicht nur die Schließung alter Anlagen, sondern die infolge höherer Investitionen verbesserte wirtschaftliche Effizienz. In den alten Industrien werden immer noch Arbeitsplätze ausgelöscht, — Ende 1984 waren es für das abgelaufene Jahr rund 90.000, doch in einer Reihe von Industriezweigen nimmt die Zahl der Beschäftigten wieder zu, darunter bei den Produzenten von Büromaschinen, datenverarbeitenden Geräten, elektronischen Konsumgütern, in der Luft- und Raumfahrtindustrie sowie in einigen Zweigen der Textil- und Möbelindustrien.

Trotz innerparteilicher Schwierigkeiten genießt Margaret Thatcher das Vertrauen der britischen Wirtschaft. "Thatcher rules the waves" heißt es erst recht, seit sie mit kühlen Nerven in der Auseinandersetzung mit den Hafentarbeitern die Oberhand behalten hat und sogar aus den Bergarbeiterstreiks, zumindest nach Punkten, als Gewinnerin hervorging.

Der britische Weg in der Beschäftigungspolitik ist wahrscheinlich der radikalste unter denen, die in den westlichen Industriestaaten überhaupt eingeschlagen wurden. Aber sicherlich hatte Margaret Thatcher auf dem Felde der Wirtschaftspolitik auch die größten Schwierigkeiten und Widerstände zu bewältigen. Die Zahl der Arbeitslosen beläuft immer noch auf 3 Millionen. Andererseits ist die Zahl der Beschäftigten in der britischen Wirtschaft einschließlich der Selbstständigen in den letzten beiden Jahren um 200.000 gestiegen. Vielfach, etwa in der Automobilindustrie haben die Gewerkschaften die Zeichen der Zeit erkannt und arbeiten mit der Unternehmensleitung zusammen. Die britische Wirtschaft preist diesen neuen Realismus und kalkuliert mit der Standkraft Margaret Thatchers in der politischen Auseinandersetzung mit der Labour party, den Gewerkschaften und auch den innerparteilichen Gegnern.

Ein wesentlicher Teil der in Großbritannien neugeschaffenen Arbeitsplätze betraf Teilzeitarbeitsplätze für Frauen, die zuvor nicht arbeitslos gemeldet waren. In vielen Gewerbebetrieben dürften Vollarbeitsplätze in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt worden sein. Dies wird so gedeutet, daß die Unternehmen die Lehren aus den schwierigen Jahren nach der ersten Ölkrise und aus der wirtschaftlichen Depression gezogen haben und mehr Menschen in einer Weise beschäftigen, daß

sie sich im Falle eines neuerlichen konjunkturellen Rückschlags leichter von ihnen trennen können. Der Schock der Millionensummen von Abfindungen, die in den vergangenen Jahren gezahlt werden mußten, scheint noch vielen Unternehmern in den Knochen zu stecken.

Als Formel für eine effiziente Wirtschaftspolitik gilt das "magische Viereck": ein hoher Beschäftigungsstand, stabile Preise (einschließlich des Geldwertes), ein stetiges Wirtschaftswachstum und eine ausgeglichene Zahlungsbilanz.

Bis auf die Vollbeschäftigung stimmt schon alles in diesem "magischen Viereck" der bundesdeutschen Wirtschaft. Die Zahl der Arbeitslosen liegt in der Bundesrepublik bei 2,2 Millionen Personen, nun will Arbeitsminister Norbert Blüm mit einem "gelenkigeren Arbeitsrecht" das bundesdeutsche Beschäftigungsproblem wenigstens teilweise lösen.

Er will eine Spaltung zwischen Arbeitsbesitzenden und Arbeitslosen verhindern, indem befristete Arbeitsverträge erlaubt werden sollen. Teilarbeitsverhältnisse sollen rechtlich so abgesichert werden wie Vollarbeitsplätze. Leiharbeiter sollen bis zu 6 Monaten beschäftigt werden können. Das Arbeitsvermittlungsmopol der Bundesanstalt für Arbeit wird beschnitten und Überstunden sollen durch mehr Freizeit abgegolten werden. Personalkosten sind in Deutschland wie in Österreich zu fast fixen Kosten geworden. In der Parxis hat das dazu geführt, daß viele Unternehmer eher Aufträge ablehnen, als daß sie zu deren Erfüllung neues Personal einstellen würden. Der gesetzliche Kündigungsschutz ist so zu einer Barriere für die Einstellung von Arbeitnehmern geworden.

Kein Verständnis für Amerika?

Natürlich ist auch in den USA nicht alles in schönster Ordnung, natürlich gibt es Interessenkonflikte zwischen uns und Amerika.

Aber wir sollten eins nicht vergessen: **Die Vereinigten Staaten sind unser Partner, nicht unser Feind!** Das sollte eigentlich so klar sein, daß man es gar nicht mehr extra sagen muß.

Doch leider ist es nicht so: Es wird immer mehr Stimmung gegen die USA gemacht. Es wird sogar unterstellt, die USA wären genauso eine Bedrohung für uns wie die UdSSR! Besonders im Rahmen der Friedensdiskussion kommen derartige Äußerungen immer öfter auf — und beeinflussen vor allem die junge Generation.

Da sollte man doch die Realitäten wieder etwas zurechtrücken. Wir, die AECYA, haben uns das vorgenommen. AECYA heißt: American-European Community Youth Association. Denn wir meinen: **Unser wichtigstes Ziel muß es sein, bei der Jugend für mehr gegenseitiges Verständnis zu sorgen — hier wie in Amerika!**

Sie können dabei mithelfen. Als Mitglied: Der Jahresbeitrag beträgt nur 20,— DM (für Firmen, Verbände etc. 100,— DM). Oder mit Ihrer Spende: Die AECYA ist als gemeinnützige Organisation anerkannt, Ihre Spende ist also voll steuerlich abzugsfähig.

Machen Sie mit — für eine gemeinsame Zukunft und für eine verständnisvolle Partnerschaft!



American-European Community Youth Association · Hintere Gasse 35/1 · 7032 Sindelfingen · Kto. 9800004 bei der Deutschen Bank (BLZ 60070070)

Name:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

- Ich trete bei. Den Mitgliedsbeitrag habe ich überwiesen/füge ich als Scheck bei.
- Ich spende der AECYA DM (Scheck anbei). Bitte stellen Sie mir eine Spendenbescheinigung aus.
- Senden Sie mir bitte außerdem weiteres Informationsmaterial über die Arbeit der AECYA.

Die Arbeitslosigkeit beeinträchtigt heute nicht nur das persönliche Schicksal vieler Menschen in Europa, auch die Politik wird vielfach daran gemessen, ob es ihr gelingt, dieses Problem zu bewältigen. Damit steht nämlich die Kompetenz von Politik schlechtbin auf dem Spiel, - es geht darum, ob die Politiker ihre Verantwortung wahrnehmen können und ob das vorhandene politische Instrumentarium einer der großen Herausforderungen unserer Zeit gewachsen ist.

Im folgenden Gespräch nimmt der christlich-demokratische Politiker Dr. Wendelin Ettmayer, Abgeordneter zum Österreichischen Nationalrat und stellvertretender Generalsekretär des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes (einer Teilorganisation der Österreichischen Volkspartei) sowie Legationsrat im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Wien dazu Stellung, in welcher Weise die Wissenschaft Leitlinien für die Bewältigung der Arbeitslosigkeit aufzeigt, wie wirkungsvoll die Versuche zur ökonomischen Globalsteuerung waren und warum es einer sozialistischen Politik nicht gelungen ist, die Vollbeschäftigung zu erhalten. Schließlich aber auch dazu, in welcher Weise die angesprochene politische Verantwortung in diesem Problembereich wahrgenommen werden kann. Dr. Ettmayer ist durch seine zahlreichen Veröffentlichungen zu außen-, kultur-, sozial- und staatspolitischen Themen in weiten Kreisen bekannt. Das Gespräch mit ihm führte Ernest F. Enzelsberger.

Enzelsberger: Herr Nationalrat, welche Hilfe bietet die Wissenschaft, d.h. welche Theorien über Ursachen und Möglichkeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bietet sie an?

Dr. Ettmayer: Da ist einmal die klassische Theorie. Diese ging vor Erscheinen der "Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" von Keynes davon aus. Löhne und Preise würden sich immer so einpendeln, daß von den Unternehmern gerade so viel Arbeitskraft nachgefragt wird, als die Arbeiter anzubieten wünschen. Der Zinsmechanismus wiederum würde dafür sorgen, daß von den Unternehmern gerade so viel investiert wird, als von den Haushalten gespart wird. Die Nachfrage nach und das Angebot von Arbeit hängt demnach vom Reallohn ab, Ersparnis und Investitionen vom Zinssatz.

Enzelsberger: Entgegen dieser klassischen Theorie vertritt Keynes die Meinung, daß die Sparneigung nicht vom Zinssatz, sondern von der Höhe des Volkseinkommens abhängt und daß Investitionen gegenüber dem Zinssatz unelastischer sind, als von der "Klassik" angenommen wurde.

Dr. Ettmayer: Ja. Schwankungen in der Produktion und in der Beschäftigung erklärt der orthodoxe Keynesianismus durch Schwankungen in der Gesamtnachfrage nach Produkten. Entgegen der Meinung der Klassiker würden diese Schwankungen von sich aus nicht wieder ins Gleichgewicht kommen. Sowohl monetären

Faktoren, als auch der Angebotsseite wird nur eine geringe Bedeutung beigemessen. Vielmehr sollte eine gezielte Fiskal- und Budgetpolitik dazu beitragen, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung zu überwinden.

Enzelsberger: Was leitet sich daraus für das politische Handeln ab?

Dr. Ettmayer: Das bedeutet konkret, daß die Regierungen in die Wirtschaftspolitik so eingreifen sollen, daß Nachfrage in einem Ausmaß geschaffen wird, daß sie Vollbeschäftigung bewirkt.

Enzelsberger: Es gibt aber noch eine ganze Reihe anderer Theorien.

Dr. Ettmayer: Selbstverständlich. Nehmen wir einmal den sogenannten "Ungleichgewichts-Keynesianismus". Dieser führt Unterproduktion und Unterbeschäftigung auf Koordinationsmangel im Wirtschaftssystem zurück. Demnach kann Arbeitslosigkeit dort entstehen, wo kein Einklang zwischen den Löhnen und Preisen besteht. Für die "Fundamental-Keynesianer" wiederum liegen die Grundlagen allen wirtschaftlichen Handelns im Bereich der unsicheren Zukunftserwartungen. Analysen von konstanten Beziehungen im wirtschaftlichen Verhalten oder Analysen eines Gleichgewichts sind demnach überflüssig, weil die nicht der Realität entsprechen. Dabei sind nicht nur private Entscheidungsträger diesen Unsicherheiten ausgesetzt, sondern ebenso auch der Staat. Der "Neue Cam-



Wendelin Ettmayer als
Gesprächspartner zur
Beschäftigungspolitik

bridge-Keynesianismus" wiederum hebt hervor, daß unter dem orthodoxen Keynesianismus Geldanlagen und Geldströme nicht genügend berücksichtigt wurden, weshalb auch die Erfolge der Nachkriegspolitik nicht ausreichend gewesen wären. Diese Theorie verweist auch darauf, daß sich die Defizite einer Regierung in den Defiziten der Zahlungsbilanz widerspiegeln. Dies wiederum bedeutet, daß durch Regierungsausgaben vor allem auch Beschäftigung im Ausland gefördert wird. Um eine expansive Fiskalpolitik in die Lage zu versetzen, die heimische Erzeugung und Beschäftigung zu fördern, werden Importkontrollen – insbesondere in Form von Zöllen – empfohlen.

Enzelsberger: Entgegen all diesen Theorien, die auf Keynes aufbauten und mehr oder weniger die Gesamtnachfrage bei der Bewältigung der Arbeitslosigkeit betonten, finden seit Anfang der siebziger Jahre plötzlich die Monetaristen starke Beachtung. Diese monetaristische Welle entstand also, als sich in den USA und in Großbritannien herausstellte, daß durch die hohen Ausgaben der Regierungen zwar die Defizite und die Inflationsraten anstiegen, das Anwachsen der Arbeitslosigkeit aber dadurch nicht verhindert werden konnte.

Dr. Ettmayer: Das stimmt. Äußerst interessant ist dabei aber wohl die Tatsache, daß bereits 1976 der sozialistische Premierminister Englands, James Callaghan auf einer Konferenz der Labour-Party auf einen monetaristischen Kurs einschwenkte als er sagte: "Wir dachten, daß man durch immer mehr öffentliche Ausgaben einen Weg aus der Rezession finden könnte, daß man durch Steuer-senkungen und durch eine Aufblähung der Staatsausgaben die Beschäftigung erhöhen würde. Ich sage Ihnen in aller Klarheit, daß diese Möglichkeit nicht mehr länger besteht und daß sie, soweit sie es überhaupt je gegeben hat, nur über eine steigende Inflation funktionieren könnte. Und bei jedem dieser Versuche ist dennoch die Arbeitslosigkeit angestiegen. Es kam zu einer höheren Inflationsrate, auf die wiederum eine höhere Arbeitslosigkeit folgte. Das ist die Geschichte der letzten 20 Jahre."

Enzelsberger: Es gibt da beispielsweise die neue klassische Makroökonomik, die zuerst von Robert E. Lucas 1972 in einem Aufsatz über "Erwartungen und die Neutralität des Geldes" formuliert wurde. Sie bringt die erwähnte klassische Ansicht zum Ausdruck, wonach das Wirtschaftssystem mehr oder weniger in einem ständigen Gleichgewichtszustand steht. Der Ausgleich erfolgt über die Märkte. Somit steht diese Theorie im Gegensatz zu den verschiedenen keynesianischen Programmen, aber auch im Gegensatz zum orthodoxen Monetarismus, der ein natürliches Gleichgewicht der Wirtschaft nur langfristig annimmt. Was sind Ihrer Meinung nach daraus die wichtigsten Erfahrungen für das politische Handeln?

Dr. Ettmayer: Die wichtigste Empfehlung daraus ist eine solche zum Nichthandeln. Wirtschaftspolitische Maßnahmen, die vom privaten Sektor vorgenommen werden, was vielfach der Fall ist, hätten ohnehin keine Auswirkung auf Produktion und Beschäftigung, womit der Einfluß der Regierung auf die wirkliche Wirtschaft sehr begrenzt ist. Im Voraus angekündigte makroökonomische Maßnah-

men haben keine Auswirkung auf Produktion und Beschäftigung. Bei einer Veränderung der Geldmenge etwa würde die Produktion nur in dem Ausmaß vom Gleichgewichtswert abweichen, als diese Veränderung nicht erwartet wurde. Eine weitere praktische Auswirkung dieser Theorie besteht darin, daß die tatsächliche Arbeitslosenrate meistens der natürlichen Rate der Arbeitslosigkeit entspricht, wie sie durch die Angebotsfaktoren bestimmt wird. Konkret würde dann aufgrund dieser Theorie etwa empfohlen, die gewerkschaftliche Macht, gemeint war vor allem in England, einzudämmen und Arbeitslosenunterstützungen zu kürzen, um Produktionszahlen und die Beschäftigung zu heben.

Enzelsberger: Nach der angebotsorientierten Makroökonomik werden Beschäftigung und Arbeitslosigkeit entscheidend durch mikroökonomische Faktoren bestimmt, die ihrerseits das Gesamtangebot festlegen. In ihrer extremen Ausformung sagt diese Theorie, daß das Angebot gänzlich unabhängig von der Nachfrage bestimmt wird. Es ist dies aber weitgehend wieder eine Rückkehr zur Annahme der Klassiker, daß das Angebot die Produktion bestimmt. Was sind nun Ihrer Meinung nach die Faktoren, die das Angebot bestimmen?

Dr. Ettmayer: Das Verhältnis zwischen öffentlichem und privatem Sektor gehört dazu genauso wie die Höhe der Besteuerung oder von der Steuer ausgehende Anreize, die Höhe des Arbeitslosengeldes und die Sozialversicherungsentschädigung, die Rolle der Gewerkschaften, der Gesetzgebung, Schwarzarbeit und Schwarzmarkt, das Mietrecht im Hinblick auf die Mobilität der Arbeitnehmer, das Entstehen der neuen Industrienationen in der Dritten Welt, der angestiegene Ölpreis oder die Auswirkungen der Einkommenspolitik.

Enzelsberger: Die soziale Marktwirtschaft, zu der sich auch Ihre Partei im "Salzburger Programm" aus 1972 bekennt, ist für ihre Vertreter eine ideale Synthese. Demnach seien sowohl der Keynesianismus mit seiner starken Nachfragebetonung als auch der Monetarismus in seiner Reinform überholte Konzepte. Das in Mitteleuropa entwickelte und verbreitete Modell der sozialen Marktwirtschaft wäre also eine Idealform, die zudem noch den mitteleuropäischen Strukturen angepaßt wäre. In der heutigen Wirtschaftspolitik geht es nämlich nicht nur um eine Zauberformel, sondern auch um ein solidarisches wirtschaftspolitisches Klima.

Dr. Ettmayer: Richtig. Abgesehen davon, daß allgemeingültige ökonomische Zauberformeln und Ratschläge von niemandem mehr mit gutem Gewissen gegeben werden können. Ein Schwerpunkt der sozialen Marktwirtschaft liegt bei der generellen Senkung der Belastungen, vor allem der Steuerbelastung und zwar sowohl für den Arbeitnehmer als auch den Unternehmer. Dadurch würde bei den Unternehmern der notwendige Spielraum für Investitionen geschaffen und außerdem eine Verbesserung der Eigenkapitalstruktur erreicht. Es kommt ja heute darauf an, jene hochbezahlten Arbeitsplätze zu schaffen, die auch morgen den hohen Lebensstandard sicherstellen können. Dies kann aber nicht durch Subventionspolitik erreicht werden, sondern nur in einem offenen, sozialen wirtschaftspolitischen Klima.

Enzelsberger: Gegen den "Machbarkeitswahn" wenden sich auch die Neoliberalen, aber um von der Diskussion über die Theorien wegzukommen: Tatsache ist doch, daß alle erwähnten Modelle zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit noch beliebig ergänzt werden können. Daraus wird aber klar ersichtlich, daß dem Politiker, der die Verantwortung wahrzunehmen hat, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu treffen, von der Wissenschaft keine klaren Richtlinien für sein Handeln aufgezeigt werden. Wie wir gesehen haben, gehen die einzelnen Theorien vielfach von gänzlich unterschiedlichen Vorstellungen über die Wirtschaft aus. Unter der Annahme, daß die Wirtschaft sich allgemein im Gleichgewicht befindet, erscheint die Beschäftigung mit Anpassungsprozessen, Ungleichgewichten und einer Stabilisierungspolitik weitgehend überflüssig. Selbst der Begriff des Gleichgewichts unterliegt verschiedenen Auffassungen. Andererseits hat sich die Wirtschaft schon in den dreißiger Jahren mit der Arbeitslosigkeit beschäftigt.

Dr. Ettmayer: Sie meinen sicherlich das Werk von J.E. Meade aus dem Jahre 1936 "Einführung in die Wirtschaftspolitik", in dem die Vielschichtigkeit der Arbeitslosigkeit ausführlich dargelegt wird. Dazu muß ich folgendes sagen: Diese Darstellung von Meade sollte zeigen, daß im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit wesentliche Probleme schon lange Zeit analysiert und gesehen werden, die Lösung aber immer noch nicht ausdiskutiert ist. Offensichtlich ist, daß manchmal verschiedene Wege zu einem Ziel führen, manchmal aber auch keiner. Oft stehen berechnete Interessen, die von der Politik wahrgenommen werden müssen, der Verwirklichung der reinen Theorie im Wege. Manche Theorien aber wiederum gehen von dem Motto aus, daß dann, wenn ihre Aussagen der Wirklichkeit nicht entsprechen, eben diese Wirklichkeit nicht stimmen darf.

Enzelsberger: Worin liegt nun die politische Verantwortung?

Dr. Ettmayer: Sie liegt wohl darin, daß sich der Politiker zwar mit den theoretischen Aussagen auseinandersetzt und ihre Verwirklichung dann in eigener Verantwortung soweit anstrebt, als sie seinem Programm und den Interessen der Bürger entsprechen.

Enzelsberger: Warum konnte die sozialistische Beschäftigungspolitik, bleiben wir jetzt einmal in Österreich, die vorher gegebene Vollbeschäftigung nicht halten?

Dr. Ettmayer: Von den sozialistischen Regierungen wurden immer wieder förmliche Arbeitsplatzgarantien abgegeben. Die Frage, wie diese Garantien in einer wirtschaftlich vertretbaren Weise eingelöst werden sollten, spielte am Beginn der siebziger Jahre nur eine untergeordnete Rolle, da allgemeines Wirtschaftswachstum herrschte. Als sich 1974 die ersten Anzeichen einer – ich betone – Strukturveränderung bemerkbar machten, griff die sozialistische österreichische Regierung zu dem für konjunkturelle Schwächen entwickelten Prinzip des staatlichen Defizit-Spending. Die seit 1974 gegebene starke Ausdehnung des Defizits des Bundeshaushaltes ist aber wohl nur als pragmatische Verfolgung keynesianischer Theorien zu betrachten. Ein erheblicher Teil dieser Defizite muß vielmehr als

strukturell angesehen werden. Strukturell deshalb, weil sie das Ergebnis einer Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Einnahmen und der Entwicklung der Ausgaben darstellen, die auch unabhängig von der konjunkturellen Situation entstanden wäre.

Vielen Österreichern klingen noch immer die Worte Bruno Kreiskys im Ohr, der immer wieder sagte: "Schulden sind mir lieber als Arbeitslose". Die von der sozialistischen Regierung aufgrund dieser These eingeschlagene Politik, die in der Defizitentwicklung des Staates die einzige Garantie für die Vollbeschäftigung sah, konnte aber nicht zielführend sein. Aus mehreren Gründen:

- bestehende Strukturen wurden konserviert,
- das Risiko wurde sozialisiert,
- öffentliche Ausgaben erzeugen vielfach Beschäftigung ohne Produktionseffekte,
- das Streben nach Subvention ersetzt vielfach das Streben nach Innovation,
- Schulden führen zu Arbeitslosigkeit und
- die Rahmenbedingungen für das wirtschaftliche Handeln wurden verschlechtert.

Enzelsberger: Was ist nun angesichts der Arbeitsmarktsituation in Österreich, die sich seit einem Jahrzehnt gesamthaft laufend verschlechtert hat, zu tun?

Dr. Ettmayer: Will man wieder Vollbeschäftigung erreichen, muß man zu einer Neuorientierung der Wirtschaftspolitik kommen. Die entscheidende politische Verantwortung besteht heute darin, eine formale Arbeitsplatzgarantie dadurch zu verwirklichen, daß die Erbringung solcher wirtschaftlicher Leistungen ermöglicht wird, die Arbeitsplätze auf Dauer schaffen. Nur durch Investitionen und private Kaufkraft, nicht durch staatliche Lenkung kann die Wirtschaft angekurbelt werden. Ein Beispiel: In Österreich wird heute zuwenig effizient investiert. Verglichen mit anderen Ländern ist die Investitionsquote zwar hoch, der Anteil der Industrie an den Investitionen aber nur durchschnittlich. So kommt es auch, daß in Österreich die Kapitalproduktivität um 25 % niedriger ist als in der Bundesrepublik Deutschland, die Wertschöpfung je Beschäftigten um 18 % niedriger. Eine Folge davon ist, daß etwa die Chemie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz zum größeren Teil Pharma bedeutet, in Österreich aber vor allem Düngemittel.

Diese Entwicklung muß im Auge behalten werden, wenn es heute darum geht, aus einer sozialen Verantwortung der Politik heraus Vollbeschäftigung anzustreben. Auffangnetze und Defizitabdeckung sind dort gerechtfertigt, wo sie sozial begründet sind, sie können aber nicht auf die Dauer Probleme lösen.

Die politische Verantwortung für die wirtschaftspolitische Entwicklung Österreichs besteht also heute vor allem darin, die verlorengegangene wirtschaftliche Dynamik durch geeignete Rahmenbedingungen zurückzugewinnen. Diese müßten nach folgenden Schwerpunkten ausgerichtet sein:

- Erwachsenenbildung
- Schaffung von Risikokapital
- Flexible Arbeitszeiten
- Belastungsstopp und
- Forschungsförderung.

Zwischen dem 30. März und dem 2. April 1985 besuchte eine Gruppe von fünf Abgeordneten des Europäischen Parlaments die DDR. Unter der Leitung des deutschen Christdemokraten Elmar Brok nahmen der in Magdeburg gebürtige britische Konservative Frederick A. Tuckman, ferner die EVP-Fraktionsmitglieder Ernest Mühlen aus Luxemburg, Johann Dalsass aus Italien/Südtirol sowie Teun Tolman aus der Niederlande an dieser Reise teil, die von Magdeburg über Leipzig nach Meissen, Dresden, Weimar und Eisenach führte.

Die politische Bedeutung dieser Reise wurde in der Presse gebührend hervorgehoben. Ernst O. Maetzke z.B. intonierte seinen Bericht über diesen Reiseaufenthalt der Europaparlamentarier in der Frankfurter Allgemeinen mit der Frage: "Gebören Magdeburg und Meissen auch zu Europa?"

Der folgende Reisebericht stammt von einem der fünf EP-Abgeordneten, von Ernest Mühlen, der vor seiner Mitgliedschaft im Europäischen Parlament wichtige Regierungsämter im Großherzogtum Luxemburg bekleidet hat. Er schildert darin nicht nur die in originalgetreu wiederhergestellten Kulturdenkmälern verkörperten faktischen Ergebnisse der überaus problematischen Bemühungen der DDR-Führung, geschichtliche und kulturelle Traditionen sich anzueignen und sich propagandistisch zunutze zu machen. Es entgingen ihm überdies die Schwächen, Repressionspraktiken und Alltagsnöte einer kommunistischen Herrschaft nicht, unter welcher 17 Millionen Menschen jenseits der innerdeutschen Grenze zu leben gezwungen sind, ohne daß sie ihre Rechtsansprüche auf Freiheit und auf ungebundenes Reisen geltend machen konnten.

Reiseeindrücke aus der DDR 1985

von

Ernest Mühlen MdEP

Magdeburg, nicht wiederzuerkennen

Magdeburg, die Stadt, in der Frederick A. Tuckman im Jahre 1922 geboren wurde, hat sich grundlegend verändert. Er, der fünfzehnjährig diese Stadt verlassen hatte, vermochte sich nicht mehr zurechtzufinden. Nicht einmal vor seinem Elternhaus konnte er sich zur Erinnerung ablichten lassen. Es ist nämlich 1945 durch einen alliierten Bombenangriff dem Erdboden gleichgemacht worden. Vor dem Denkmal des Physikers Otto von Guericke schossen wir somit ein Andenken von ihm und mit ihm. Ein symbolträchtiges Andenken: Es sei nämlich daran erinnert, daß Guericke der Erfinder der Vakuumpumpe ist. Magdeburg erinnert an eine ferne, heute noch kaum vorstellbare Zeit. Vieles ist, seitdem F. Tuckman Magdeburg verlassen hat, anders geworden. Das Naziregime und sein Antisemitismus haben ihn von zu Hause vertrieben. Die Unfreiheit und Schwächen des so-

zialistischen Regimes haben jetzt den Bruch mit seiner früheren Heimat endgültig werden lassen. Daran kann auch die Tatsache nichts ändern, daß große Anstrengungen unternommen worden sind, um die historischen Bauten der Stadt in ihrer ganzen Pracht und mit ihrem alten Glanz wieder neu zu errichten: das sind der "Dom St. Mauritius und Katharina", der als erster gotischer Dom Deutschlands erbaut worden ist und der "Magdeburger Reiter", erstes, monumentales Reiterdenkmal Europas, welches vor dem barocken Rathaus steht. Magdeburg, wichtiger Verkehrs- und Wirtschaftsknotenpunkt, trägt nun die Prägung eines Landwirtschaftszentrums. Das flache Areal, nach der Zwangsfelderzusammenlegung durch seine Riesenparzellen gekennzeichnet, ist für Großkulturen wie Getreide und Zuckerrüben wie geschaffen. Und dennoch gibt es hier keine Agrarüberschüsse. Quoten gibt es nicht. Zumindest keine Kontingentierung auf der Produktionsebene. Zu einer Leistungsorientierung und damit zu einer Erzeugung von Überschüssen fehlen nämlich im sozialistischen System die nötigen Impulse.

Leipzig setzt auf Interzonenhandel und Tourismus

Leipzig ist durch den Interzonenhandel geprägt. Die großen Hotels, mit viel Aufwand errichtet, werden insbesondere wenn nicht ausschließlich von Touristen und Geschäftsreisenden aus dem Westen besucht. In den Intershops können sie exklusives Meissener Porzellan kaufen – ohne Lieferfristen. Obschon die Zwei-



Ernest Mühlen, ehemaliger Minister Luxemburgs und Mitglied des Europaparlaments, fuhr in die DDR. „Ein Aufatmen im Kleinbus“ beendete die Reise.

staatentheorie immer wieder mit Nachdruck in der DDR vertreten wird, hält man krampfhaft an dem Währungsverbund fest, wie in einer Währungsunion. Die (bundesdeutsche) DM wird nämlich zu pari getauscht. Das ist deshalb möglich, weil die Einfuhr von Ostmark verboten ist. Sollte die Tendenz der DM weiterhin so fest bleiben – gestand uns unser Reiseleiter mit Napoleonischer Großzügigkeit – sei man bereit, die Austauschrelation von eins zu eins weiter aufrechtzuerhalten. Man kommt einfach nicht an der Feststellung vorbei, daß die Devise des "anderen deutschen Staates" gewissermaßen als zweite Landeswährung angesehen und sogar der eigenen vorgezogen wird. Die DM ist eben aus wohlbekanntem Gründen eine Valuta, auf die man aus ist. Sie wird nicht einmal mehr in den Hotels auf der Wechselkursliste angeführt. Selbst die "Karl Marx", in Dresden am Elbekai verankert, lebt von den westlichen Touristen und den westlichen Währungen.

Trotz Mauer und Stacheldraht ist Leipzig seinem Ruf als Messestadt treu geblieben. Die Leipziger Mustermesse findet zweimal im Jahr, im Frühjahr und Herbst statt. Aus dem Interzonenhandel, der auf Bestreben der Bundesrepublik hin in der EG privilegiert wird, zieht die DDR maßgeblichen Nutzen. Als Stätte der handelspolitischen Begegnung erwächst ihr aus dem Interzonenhandel ein erheblicher Gewinn. Sogar die Leuchtreklamen, welche es anderswo im Osten noch kaum gibt, erhellen das nächtliche Stadtbild. Publizität und Reklame, so hört man, seien übrigens in jüngster Zeit nicht unwesentlich aufgewertet worden.

Leipzig ist darüber hinaus auch eine Stadt der Verleger und eine Stadt der Kunst. Fast die Hälfte der Bücher, die in der Deutschen Demokratischen Republik gedruckt werden, stammen aus Leipzig. Diese Stadt, mit 564.300 Einwohnern die zweitgrößte Stadt der DDR, strahlt darüber hinaus den genius loci als Stadt der Musik und der Dichtung aus. Auerbachs Keller, dessen Besuch kaum ein Tourist versäumen möchte, ist durch Goethes "Faust" berühmt geworden. Johann Sebastian Bach und Richard Wagner sind überall präsent. Insbesondere die Thomaskirche, in der Bach als Kantor und als Organist gewirkt hat, übt eine starke Ausstrahlungskraft aus.

Ein Besuch im Georgi-Dimitroff-Museum brachte uns wieder zurück zu den politischen Realitäten. Das Georgi-Dimitroff-Museum ist im Gebäude des ehemaligen Reichsgerichts untergebracht, dort, wo der Prozeß gegen die vermutlichen Urheber des Reichstagsbrandes stattgefunden hat. Der Plenarsaal des ehemaligen Reichsgerichts ist vollständig renoviert und man kann sich dort die Tonbänder mit dem Redduell, das damals Goering und Dimitroff, der spätere Generalsekretär der kommunistischen Partei Bulgariens geführt haben, mitanhören. Diese Ausstellung ist propagandistisch motiviert, ähnlich wie die vielen Spruchbänder in den Strassen mit Slogans zugunsten eines "Kampfes für den Frieden". Die Person von Dimitroff steht in dieser Ausstellung allein im Vordergrund. Hinter ihm verschwinden die wirklichen Fakten, die Bezug auf den Reichstagsbrand haben: Eine eigentümliche Art, Geschichte zu schreiben.

Schwerwiegende Umweltprobleme

Einem Irrtum erliegt, wer annimmt, es gäbe in den RWG-Ländern im allgemeinen, in der DDR im besonderen keine Umweltprobleme. Gewiß, der Straßenverkehr erreicht bei weitem nicht dieselbe Dichte als bei uns. Wer sich ein privates Kraftfahrzeug leisten kann und es erwerben möchte, muß auf der Warteliste jahrelang die Daumen drehen. Drei Fahrzeugtypen, die "Wartburg", der "Trabant" und die "Lada" überwiegen. Wenn der sogenannte saure Regen dort, ebenso wie bei uns, zu schwer zu bewältigenden Umweltschäden führt, so hat das schon seine Gründe. Der Schadenausstoß der Industrie ist angesichts ihres polluerenden Charakters ganz erheblich. Insbesondere die Braunkohlebergwerke, welche sich in einem Gürtel um die Städte legen, tragen viel zur Umweltbelastung bei. Wohnungen und Verwaltungsräume werden hier noch vielfach mit Braunkohle beheizt. Der scharfe, ätzende Geruch, der ähnlich wie in Dublin oder in den schlesischen Städten die Nasenschleimhäute reizt, ist auf die Kohlenfeuerung zurückzuführen. Die Kaliindustrie bereitet den Behörden – umweltpolitisch gesehen – nicht weniger Sorgen. Die stark verseuchte Elbe, die bei Schleswig-Holstein die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR bildet, schafft ebenfalls immer wieder Ärger. Um die Probleme der Elbverschmutzung und -versalzung zu beheben, treffen sich die zuständigen Stellen der Bundesrepublik und der DDR gelegentlich. Diese Gespräche haben einen rein technischen Charakter.

Von Leipzig über Meissen nach Dresden

Vor unserer Abfahrt aus Leipzig, wie hätte es anders sein können, haben wir noch das Denkmal der Völkerschlacht, durch die Leipzig in die Weltgeschichte einging, besichtigt. Das bekannte Mahnmal, schwarz und düster, erinnert an 1813, an die Zeit als österreichische, preußische, russische und schwedische Armeen einen entscheidenden Sieg über die Truppen Napoleons davongetragen haben. Zur Erinnerung an diese Schlacht hat Rußland im Jahre 1913 daselbst eine Kirche errichtet, um der 22.000 russischen Soldaten, die anlässlich der Leipziger Völkerschlacht ihr Leben gelassen haben, zu gedenken. Das Innere der Kirche macht nicht den Eindruck, als ob sie sich eines regen Kirchenbesuches erfreuen würde.

Die Abfahrt aus Leipzig erfolgte am 31. März. Wir haben uns entschieden, von der Autobahn abzuweichen und die Gelegenheit zu nutzen, an Meissen vorbei über die Landstraße nach Dresden zu fahren. Der Anblick der tausendjährigen Stadt Meissen wird von Schloß und Dom dominiert, welche den Burgberg krönen und er erinnert an ein Gemälde aus der Epoche der Romantik. Meissen ist jedoch nicht nur durch die Albrechtsburg und seinen Dom bekannt. Bis dicht an den Stadtrand erstreckt sich das schlesische Weinbaugebiet, von dem es heißt, es sei eines der nördlichsten und kleinsten Europas. Von den Meissener Trauben stammt der Wein, trocken in seiner Art, mit dem man in der DDR gerne renommieret. Desweiteren ist Meissen der Sitz einer bekannten Landwirtschaftsschule.

Für den Kunstkennner ist der Name Meissen mit der Geschichte des Porzellans eng verbunden. Meissens staatliche Porzellanmanufaktur wurde bereits 1710 gegründet. In der Touristensaison steht sie zur Besichtigung offen. Sie erzeugt Porzellane, die mit blauen gekreuzten sächsischen Kursschwertern gekennzeichnet sind und die sich unter diesem Siegel in der ganzen Welt einer starken Nachfrage erfreuen.

Nicht weit von Meissen entfernt liegt Schloß Moritzburg. Es fügt sich vorteilhaft in eine Teichlandschaft ein und kann über einen Dammweg erreicht werden. Pöppelmann hat es errichtet. Die Ausstellung von Karossen, Jagdtrophäen, Gemälden und Porzellan, insbesondere von Porzellan, das die Siegel der Meissener staatlichen Porzellanmanufaktur trägt, zieht einen starken Besucherstrom an. Dem Berufs- und Amateurphotographen bietet sich hier eine Vielfalt von Gelegenheiten zu Landschaftsbildern und Schnapshots.

Bevor man Dresden erreicht, kann man den Vorort Radebeul besuchen. Radebeul, der Heimatsort von Karl May, dem berühmten Jugendschriftsteller, tritt heute wieder aus der Vergessenheit. Im Indianer-Museum lebt Winnetou und Old Shatterhand wieder auf. Das sozialistische Regime braucht eben Illusionen und Fiktionen.

Kirchen, die nicht schweigen

Durch Vermittlung der evangelischen Kirche in der Bundesrepublik war es uns möglich, mit führenden Persönlichkeiten der evangelischen Kirche Sachsens Kontakt aufzunehmen. Von diesem Treffen, das vor einigen Jahren noch schwer vorstellbar gewesen wäre, sind die DDR-Behörden übrigens informiert worden.

Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß Sachsen überwiegend evangelisch ist. Die evangelische Kirche zählt dort ungefähr 1,4 Millionen Mitglieder, während die katholische Gemeinschaft mit rund 300.000 Seelen eine Minderheit darstellt. Es war uns leider nicht gegönnt, mit katholischen Kreisen Gespräche zu führen. Wir haben es bedauert. Nun wie dem auch sei, unser Kontakt mit führenden Persönlichkeiten der Landeskirche Sachsens war äußerst aufschlußreich.

Letztere machten keinen Hehl daraus, daß sie auch weiterhin den Pflichten, die eine religiöse Obrigkeit nun einmal hat, nachkommen wollen. Vor allem würden und könnten sie auch in Zukunft nicht darauf verzichten, in religiösen Fragen Stellung zu beziehen, und zwar in allen konkreten religionsgebundenen Fragen, bei denen die Gläubigen ein Anrecht darauf haben, den Standpunkt der Kirche zu erfahren. Dazu bietet die Kanzel Gelegenheit, und die evangelische Kirche ist gewillt, diese Gelegenheit nach wie vor zu nutzen. Sie habe sich allerdings in der Vergangenheit beflissentlich vor Äußerungen enthalten, – und sie werde es auch in Zukunft tun – die als System- und Regimekritik ausgelegt werden könnten.

Was die religiöse Praxis angeht, so ist bekannt, daß in den Nachkriegsjahren viele evangelische Christen unter dem Druck der Politik der Kirche den Rücken gekehrt haben. Der Atheismus ist nämlich bislang nicht nur in der DDR, sondern in allen kommunistischen Ländern mit Nachdruck durch ein Arsenal von Maßnah-

men und Praktiken gefördert worden. An dieser grundsätzlichen Haltung des Regimes gegenüber dem Glauben hat sich auch in jüngster Zeit nichts geändert. Es sei z. B. hier daran erinnert, daß durch Veranstaltungen wie Jugendweihen weiter versucht wird, die Ausübung des Glaubens zu behindern oder zu untergraben. Man stellt nichtsdestoweniger heute in der DDR mit Genugtuung fest, daß insbesondere seit den siebziger Jahren die Zahl derer, die sich zur evangelischen Kirche bekennen, wieder langsam aber kontinuierlich zunimmt. Diesen Schluß läßt heute die Entwicklung des Kirchbesuchs und der Zahl der Taufen eindeutig zu. Als sehr ermutigend wird jedenfalls das Ansteigen der Erwachsenentaufen angesehen. Die religiösen Feiern, insbesondere jene, die an hohen kirchlichen Fest- und Feiertagen abgehalten werden, so wurde uns berichtet, seien gut besucht. Im Gegensatz zur katholischen Kirche, die keine Kontakte mit den weltlichen Obrigkeiten unterhält, sind die Gespräche zwischen den Vertretern von Staat sowie Regierung und der protestantischen Kirche nicht abgerissen. Man kommt zusammen, wenn es darum geht, Fragen zu klären, die das Verhältnis zwischen Kirche und Regierung belasten.

Zumindest einen kleinen Schritt weiter ist die evangelische Kirche in der Frage der Beanspruchung der Massenmedien gekommen. Vor einiger Zeit wurde ihr nämlich eine Sendezeit im DDR-Fernsehen eingeräumt. Gewiß, was die Nutzung dieser Sendemöglichkeiten angeht, so gilt eine Sprachregelung. Der Handlungsspielraum ist nicht unbegrenzt. Immerhin, der evangelischen Kirche ist zumindest die Möglichkeit gegeben, die Beziehungen mit den protestantischen Glaubensgenossen zu pflegen und das Wort Gottes an sie weiterzutragen. Die katholische Kirche hat dagegen diese Möglichkeit nicht. Alle Christen, ganz gleich, ob katholisch oder evangelisch, hoffen, daß der sich abzeichnende Trend zur Liberalisierung der Glaubensausübung, wenn noch so schwach, sich doch fortsetzen wird und daß in nicht allzu weiter Ferne wieder von einer freien, uneingeschränkten religiösen Praxis im östlichen Deutschland die Rede sein kann.

Wiederaufbau Dresdens noch nicht abgeschlossen

Im Februar 1945 ist Dresden fast vollständig zerstört worden. Insbesondere der Stadtkern wurde dabei nahezu dem Erdboden gleichgemacht. Vierzig Jahre später, genau am 13. Februar 1985 wurde die Semperoper nach einem stilgetreuen Wiederaufbau wieder eröffnet. Wir hatten die seltene Gelegenheit, am Palmsonntag einer alten Tradition folgend der Aufführung der 9. Symphonie Beethovens beizuwohnen. Für unsere Gruppe waren Eintrittskarten reserviert worden. Viele DDR-Bürger, die an diesem Sonntag vor der Semperoper vergeblich Schlange standen, hatten dieses seltene Glück nicht. Die Aufführung der "Neunten" durch die Dresdner Staatskapelle und den Chor der Staatsoper Dresden unter der Stabführung von Chefdirigent Herbert Blomstedt übertraf noch unsere Erwartungen. In der DDR legt man eben auf die Zurschaustellung des Könnens auf dem Gebiet der Künste größten Wert. Keinem Besucher aus dem Westen dürfte der Erfolg dieser Bemühungen entgehen. Der Erfolg ist auf diesem Gebiet ebenso wie auf dem des Sports offensichtlich.

Nun, der Wiederaufbau der Semperoper zeugt vom Willen der DDR-Behörden, den Aufbau des historischen Kerns der Stadt Dresden konsequent weiterzutreiben, und zwar in einer langfristigen Sicht. Größter Wert wird dabei auf die originalgetreue Wiedererrichtung der zerstörten kulturhistorischen Stätten gelegt. Wer den zu den schönsten Barockbauten Europas gehörenden Zwinger besichtigt, der kann sich ein Bild darüber machen, mit welcher Akribie und welchem Aufwand man daran gegangen ist, die Werke von Pöppelmann, Permoser, Chiaveri und Dinglinger wieder in ihrer ursprünglichen Pracht herzustellen. Besonders beeindruckend ist ein Besuch in den Museen Dresdens. Insbesondere das Dresdner Porzellanmuseum sowie das Albertinum, in dem Schmuckstücke von großer Seltenheit und unschätzbarem Wert ausgestellt sind, zeugen von der Reichhaltigkeit der Dresdner Kunstsammlungen.

Bei weitem nicht alle Wunden Dresdens sind jedoch geheilt. Die Kathedrale, einst Hofkirche, ist zwar wieder aufgebaut worden. Die Passerelle, die die Hofkirche mit dem Schloß verbindet, ebenso wie das Schloß selbst, erinnern dagegen auch heute noch an die Bombardierung Dresdens im Jahre 1945. Schloß und Passerelle warten weiterhin auf ihre Instandsetzung. Am stärksten ist der Besucher wohl beeindruckt, wenn er vor der ehemaligen Frauenkirche steht. Zwei monumentale Mauerreste, Teile des Chors, erheben sich aus den Trümmern wie schwarze Finger gegen Himmel – eine Mahnung an die Urheber des Zweiten Weltkrieges: dies darf sich nie mehr wiederholen.

Weimar und die Wartburg

Auf der Rückfahrt haben wir die Gelegenheit wahrgenommen, Weimar, Eisenach und die daselbst gelegene Wartburg zu besuchen. Wohl kaum eine andere Stadt ist so eng mit der Dichtkunst, zumal mit der klassizistischen verbunden wie Weimar. Im Leben Goethes hat diese Stadt, wie jeder weiß, eine ganz bedeutende Rolle gespielt. Sein Haus auf dem Frauenplan, in dem er gelebt hat, ist erhalten geblieben. Schiller weilte ebenfalls in Weimar. Ihm wurde ein sogenanntes Schillerhaus gewidmet. An beide, Goethe und Schiller erinnert ein Denkmal, das diese beiden Dichter darstellt: Goethe als Vaterfigur, indem er seinem jüngeren Freund gutmütig die Hand auf die Schulter legt. Ein weiterer Dichter der deutschen Klassik, Wieland hat ebenfalls in Weimar gewirkt. So wie Goethe und Schiller wird auch Wieland, der dem Weimarer Kreis um Goethe angehörte hier gedacht.

Eisenach war die letzte Stadt, die wir in der DDR besucht haben. Diese Stadt, auch als PkW-Produktionsstätte bekannt, liegt am Fuße der Wartburg, der bekanntesten aller deutscher Burgen. Bereits im 11. Jahrhundert wurde sie erbaut. Als Fürstensitz stand die Wartburg damals im Mittelpunkt großer kultureller Veranstaltungen, wie sie im Mittelalter üblich waren. Minnesänger, Lyriker und Epiker wie Walther von der Vogelweide und Wolfram von Eschenbach weilten auf dem Sitz des damaligen Thüringer Landgrafen. Der Opernkomponist Richard Wagner wie auch der Maler Moritz von Schwind haben den "Sängerkreis" in ihren Werken verewigt. Darüber hinaus ist die Wartburg mit der Reformation ver-

bunden. Martin Luther hat in einem Versteck auf der Wartburg die Bibel ins Deutsche übersetzt. Die Lutherstube, seine damalige Arbeitsstätte, erinnert an die Jahre 1521 und 1522, die er hier verbracht hat.

Auf der Rückreise fuhren wir an Buchenwald vorbei. Es fehlte die Zeit für einen Besuch. Das Mahnmal ist kilometerweit zu erkennen. Es beeindruckt auch aus der Ferne. Von Buchenwald wußte unser Reiseleiter zu erzählen, daß der deutsche Kommunist Ernst Thälmann dort sein Leben gelassen hat und daß ein russischer KZ-Insasse, ein Offizier den Anstoß zur Befreiung der Häftlinge gegeben habe. Von Luxemburger und anderen nichtdeutschen und deutschen KZ-Häftlingen wußte er wenig oder gar nichts zu berichten. Die Tatsache, daß es unter dem Nazi-Regime "Faschisten", wie man die Nazis in der DDR so gerne nennt, auch im späteren ostzonalen Raum gab und nicht nur auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik, ließ er bei dieser Gelegenheit jedenfalls unerwähnt.

Die DDR im politischen Kräftefeld

In der Bundesrepublik neigt man zu der Auffassung – unsere Gespräche mit einem Mitglied der Bundesregierung und führenden politischen Persönlichkeiten des Landes Niedersachsen haben es bestätigt –, daß gerade in jüngster Zeit ein gewisser Trend zur Liberalisierung des kommunistischen Regimes drüben zu erkennen ist. Gewiß, diese Neigung ist – darüber ist man sich ebenfalls einig – schwach ausgeprägt und nicht immer offensichtlich. Immerhin, die westlichen Fernsehsendungen, die mit Ausnahme des Raumes Dresden in weiten Teilen der DDR gut empfangen werden, können die DDR-Bürger sich nunmehr ansehen, ohne sich Sanktionen auszusetzen. Von den gegen DDR-Staatsangehörige und andere Bürger eingeleitete Strafverfahren heißt es, reine Willkür sei heute nicht mehr so offensichtlich, auch wenn die Grundlage des in der DDR geltenden Rechts, insbesondere die gesetzliche Grundlage der Menschenrechte, aus unserer rechtsstaatlichen und demokratischen Sicht angefochten werden muß. Auf die Haltung des sozialistischen Regimes gegenüber der Kirche und der Glaubensausübung wies ich bereits hin wie ich auch die Neigung zum Umdenken nuanciert darlegte.

Wie dem auch sei, die Hoffnung, frei und ungehindert zu reisen, wohin es ihnen beliebt, so auch in den Westen, dürfte für die DDR-Bürger in absehbarer Zeit noch nicht in Erfüllung gehen. Gerade diese Behinderung belastet all jene, die jenseits der Zonengrenze wohnen sehr stark. Die DDR-Bürger, denen wir bei unserer Ankunft im Hotel begegnet sind, haben unserem Reiseleiter ihren Unmut diesbezüglich unmißverständlich zum Ausdruck gebracht.

Darüber hinaus stellt sich eine andere Frage. Sie brennt unseren deutschen Kollegen auf der Haut. Es handelt sich um das Problem der Wiedervereinigung. Bei ihren europäischen Kollegen finden bundesdeutsche Politiker Verständnis, wenn es darum geht, das Recht auf Freiheit und auf Selbstbestimmung unter Ausschluß von Zwang und Gewalt anzuerkennen. Die jüngsten Bestrebungen der DDR-Regierung, die Identität des Staates zu festigen und die außenpolitische Po-

sition des Landes durch Staatsbesuche im europäischen und amerikanischen Raum gezielt aufzuwerten, laufen allerdings in eine andere Richtung, in eine Richtung, die der Bundesrepublik von vornherein nicht unbedingt genehm ist. Es stellen sich in diesem Zusammenhang Fragen, mit denen wir uns in nächster Zeit werden auseinandersetzen müssen. Verkennen darf man jedoch nicht, daß es heute Stimmen in der Bundesrepublik gibt, die auch die positiven Seiten dieser Entwicklung erkennen. Diese erwarten nämlich, daß die Öffnung des Gettos, in den die DDR sich hineinmanövriert hat, ihren Bürgern auch Vorteile bringen kann, und zwar im Sinne der Wiederherstellung der Menschenrechte und des Zurückfindens zu einem menschenwürdigen Dasein.

Ein Aufatmen im Kleinbus

Nach einer Rundreise von vier Tagen hat unsere Gruppe wieder die tiefgestaffelten Zonengrenzsperrern überquert. Ein Aufatmen war in unserem Kleinbus wahrzunehmen. Aber auch Zufriedenheit drückte sich auf den Gesichtern darüber aus, daß wir in einer Wohlstandsgesellschaft leben, die kein Schlagenstehen und keine Versorgungsengpässe kennt, aber vor allem Zufriedenheit darüber, daß wir unser Schicksal in Freiheit und Frieden selbst bestimmen können.

Pessimismus als Naturheilmittel –

Zur jüngsten Weltdiagnose des Konrad Lorenz

von

Dr. Ladislaus Barlay

Konrad Lorenz bewohnt eine Nische im Lehrgebäude der Biologie, welche von vornherein als der Ort schwer faßbarer, weil eben hochkomplexer Lebensvorgänge eingerichtet worden ist: er gilt (neben Tinbergen, von Holst und einigen seiner eigenen Schüler wie Leyhausen oder Eibl-Eibesfeldt) als ein Klassiker der vergleichenden Verhaltensforschung, der Ethologie. Weder die eindrucksvolle Fülle fremder Theorien, auf deren Hilfeleistung diese Biowissenschaft angewiesen bleibt, noch ihre unverkennbare Unterordnung unter den Integrationsrahmen von Systemtheorie und Kybernetik lösten freilich die Aporien ihres Ansatzes bisher auf. Bei aller noch so wertvollen Erforschung der Antriebe und Strukturen organischen Verhaltens in unzähligen Einzelfällen und für zahlreiche Gattungen wie Arten, blieben immerhin grundsätzliche Fragen ethologisch unbeantwortet, wenn nicht sogar unbeantwortbar. Ob der Mensch zugleich so sehr ein Tier ist, daß die Regeln tierischen Verhaltens Wesentliches zur Klärung seiner autonomen Handlungssteuerung beitragen können oder nicht, kann heute ebensowenig eindeutig beantwortet werden wie die Frage danach, ob Tiere in ihren Genomen wie in ihren Steuerungsmodellen in dem Maße an Informationsflüssen teilhaben, daß sie wenigstens über eine Vorform von "Denkvermögen" verfügten.

Die entscheidende Rolle der philosophischen Heuristik, auf welcher die Ethologie beruht, tritt damit unweigerlich in den Vordergrund. Gerade die ethologisch am heißesten umstrittenen Fragen, wie etwa die Frage danach, ob Aggression angeboren oder anerzogen sei, verweisen auf diese philosophische Heuristik. Kein Wunder also, daß der Nestor der vergleichenden Verhaltensforschung, Lorenz sich in schöner Regelmäßigkeit dieser Heuristik widmet: nachdem er einst die angeborenen Regeln organischen Verhaltens mit Hilfe des Kantschen Apriori zu deuten suchte, entwarf er Jahrzehnte später in seiner "Rückseite des Spiegels"¹ das Modell einer zweckmäßig ausgerichteten Verhaltenssteuerung, deren Freiheitsgrad von der jeweiligen Informationsverarbeitungsleistung des betroffenen lebendigen Systems abhängt. Er sammelte seither nicht nur empirisches Rohmaterial, wemgleich dessen gediegene Einzeldeutung seine größte Stärke sein dürfte; er rang vielmehr zäh mit der Heuristik seiner Wissenschaft. In dem Maße aller-

1 Siehe Konrad Lorenz: Die Rückseite des Spiegels. Versuch einer Naturgeschichte menschlichen Erkennens. Piper Verlag, München-Zürich 1973. 338 S., ferner: ders.: Das Wirkungsgefüge der Natur und das Schicksal des Menschen. Gesammelte Arbeiten, Piper Verlag, München-Zürich 1983. 3. Aufl. 367 S., ders.: Vergleichende Verhaltensforschung. Grundlagen der Ethologie. Springer Verlag, Wien-New York 1978., ders.: Über tierisches und menschliches Verhalten. Aus dem Werdegang der Verhaltenslehre. Gesammelte Abhandlungen 1-2. Piper Verlag, München-Zürich 1974. 17. und 11. Aufl.

dings, in dem diese Heuristik eine philosophische ist, verlockte ihn das Instrumentarium der Philosophie in ethologisch höchst ungenügend klärbare Regionen anthropologischer Kulturkritik und er setzte sich, lediglich mit dem philosophisch doch nur unzulänglich befruchteten "gesunden Menschenverstand" gewappnet auch noch den Versuchungen dessen aus, was aus den Ideen im politischen Handlungsgefüge einer kommunikationsfreudigen Massendemokratie wird: den Ideologien unserer Epoche.

Einen Vorgeschmack davon lieferte bereits vor zehn Jahren eine dünne, wenngleich erzürnte Streitschrift, in welcher er dem "technokratischen System" der hochentwickelten Industriegesellschaft "die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit"² vorhielt und zur Buße mahnte. Nun steht er heute, wohl im Besitz einer "self-fulfilling prophecy", einer sich selbst bestätigenden Prophezeiung nicht mehr allein, was die sich häufenden Warnungen und Proteste betrifft, die angesichts einiger gefährdeten Gleichgewichte des natürlichen Ökosystems angemeldet werden. Er scheint zu ahnen, daß vieles davon nicht genug durchdacht ist und sein Reflex darauf ist in der Tat mehr als nur ein Gefühl der Genugtuung: mal sieht er sich veranlaßt, Umweltschützern wie Weltuntergangspropheten zur Mäßigung zu raten, mal verschärft er gerade deren Thesen zu apokalyptischen Visionen.

Die Verteilung maßvoller Abwägungen und düsterer Prognosen wird nun in seinem jüngsten Buch³ von der Ungleichmäßigkeit der Denkkompetenz des Naturforschers Lorenz bestimmt. Wo er in die neuere Diskussion über den Begriff der Evolution eingreift, auf die Grenzen von Quantifikation und Empirismus verweist, für eine an Gestaltwahrnehmung und Intuition ausgerichtete, ganzheitliche Weltansicht plädiert oder die Diskrepanz zwischen vorausweisendem Wissen und konstanter Seele als eine der Ursachen der Sinnkrise unserer Zeit deutet, vermittelt er dem Leser nachdenklich stimmende Einsichten. Er führt dabei den Leser, dank einer noch rechtzeitig aufgegriffenen philosophischen Reflexion weit über die Grenzen der vergleichenden Verhaltensforschung hinaus und läßt diesen spüren, was Altersweisheit zu leisten vermag. Wo es sich jedoch um volkswirtschaftliche und politische Problembereiche der Massendemokratien handelt, erlahmt diese Kompetenz und er verläßt sich auf eben jene Ideologien, deren Manipulationscharakter gerade ihn bei anderen zutiefst beunruhigt. Zu Problemen der Kernenergiegewinnung, des Rüstungswettlaufes oder der Welternährung fällt ihm nichts anderes ein, als abgedroschene Ideologeme zu wiederholen. Er verhehlt indes eine gewisse Vorliebe für die heute noch aktuell grün gefärbten unter diesen Ideologemen nicht, was bei ihm, einem Verfechter der Ausdehnung der natürlichen Kategorien "gesund" und "krank" auf Phänomene der Kultur und der Politik trotzdem eine Frage völlig offenläßt: wie ist diejenige Alternative, wenigstens im Ansatz beschaffen, die vernünftigerweise vertretbar wäre und die wir in der

2 Siehe Konrad Lorenz: Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit. Piper Verlag, München-Zürich 1973.

3 Siehe Konrad Lorenz: Der Abbau des Menschlichen. Piper Verlag, München-Zürich 1983. 294 S.

gegenwärtigen Entscheidungssituation anstelle des Weltuntergangs zu wählen hätten? Ganz grün ist sie nach Lorenz nicht und sie sollte uns auf jeden Fall aus den liberalen wie totalitären Formen des "technokratischen Systems" hinausführen. Der Rest ist Schweigen.

Der Aufbau des Optimismus, mit dem Lorenz die Auffindung dieser Alternative erwartet, wird nun in vier Schritten vollzogen. Der erste Schritt setzt sich mit den Fragen auseinander, ob das Weltgeschehen durch ein Ziel vorherbestimmt abläuft und ob die Evolution einer stetigen Höherentwicklung entspricht. Lorenz verneint nun die erste Frage. Bei diesem Ergebnis durfte der philosophische Begriff eines zufallsträchtigen Weltprozesses ausschlaggebend gewesen sein. Bedauerlicherweise wird er von Lorenz ebensowenig angeführt wie die überzeugendsten Demonstrationsobjekte dieses Begriffs in der Kosmologie, in der Quantenphysik, in der Genetik oder in einigen Formalwissenschaften. Für ihn folgen jedenfalls Freiheit und schöpferische Verantwortlichkeit organischen Handelns nicht aus dem Indeterminismus, sondern dieser aus jenen. Da er zwischen Zweck und Ziel nicht unterscheidet, Zwecke nur organischen Systemen zuordnet und sich über das Verhältnis der Naturgesetze zum Indeterminismus hinwegsetzt, besagt sein Ergebnis letztlich nur Triviales: das Weltgeschehen folgt keinem Zweck, der von einem uns bekannten, endlichen Lebewesen gesetzt wäre. Vom würfeln den Gott der Quantenphysik kann dabei keine Rede sein und die Informationsverarbeitung der Organismen im natürlichen "Spiel gegen alle" ist weit davon entfernt, die mit Negentropie und Schöpfungssimulation operierende Teilhabe am Geist des Schöpfers eines endlichen Weltalls zu sein. Um so erstaunlicher, wenngleich viel überzeugender ist die verneinende Antwort von Lorenz auf die Frage nach der Linearität und Stetigkeit der Evolution. Denn er zeigt nun, daß der Weg der Evolution reich an Sprüngen, Ungleichmäßigkeiten, Sackgassen sowie an Richtungswechseln ist. Noch mehr: er weist nach, daß Mutation und Selektion eher äußerliche, variable Akte bei der Aufrechterhaltung zweckmäßiger Gleichgewichte sind und dieser Leistung nur fähig sind, wenn sie auf einer erfolgreichen Verarbeitung von Information fußen.

Ist das wirklich noch die alte "self-organisation of matter", die Selbstorganisation der Materie? Lorenz behandelt diese Frage *expressis verbis* nicht. Er bietet dafür die völlig frei und ungezwungen verstandene Verhaltensweise des Spiels mit allen diesem anhaftenden Zufälligkeiten, Möglichkeiten und Chancen als evolutionäres Kettenglied zwischen Mensch und Tier an. Spielend hätten sich begriffliches Denken und Sprache parallel entwickelt und sie hätten ein irreversibles Faktum gesetzt. Noch mehr als Tiere, die Außenweltinformationen ihrem genetischen Programm entsprechend verwerten können, ist nun der Mensch auch über seine genetisch codierte Verhaltenssteuerung hinaus in der Lage, durch Informationsverwertung die Probleme der Aufrechterhaltung zweckmäßiger Zustände handelnd zu lösen und er vergißt diese Lösungen dank seiner Begriffe und dank seiner Sprache nicht mehr. Die in den einzelnen menschlichen Personen gegebene Gemeinsamkeit an Denkvermögen und an Wertbewußtsein ist dann gleichbedeutend mit Kultur. Lorenz weist nun nach, daß bestimmte Elemente der Kultur, wie z. B. das Rechtsempfinden, vererbbar sind, allerdings nur dann, wenn die Kul-

tur "lebt", d. h. eine für die aktive Sicherung zweckmäßiger Zustände günstige Mischung von Tradition und Innovation darstellt. Kultur ist damit eine Evolutionsleistung, ein Regelsystem für das Naturwesen Mensch, der mit Hilfe dieses Regelsystems eine nicht-informationell beschaffene Außenwirklichkeit zweckgerichtet zu erkennen und zu formen hätte. Wie ist aber seine eigene Wirklichkeit beschaffen, ja wie wirklich ist das, was er denkt und (auch bewertend) empfindet?

Da Lorenz in der Außenwirklichkeit keinen Platz für die Flußgröße Information einräumt, muß er nun im zweiten Schritt seines Gedankenganges zunächst diese Fragen beantworten. Seine Antwort ist philosophisch nicht neu: die Subjektivität ist, wie sie nicht nur in Denkvorgängen und in Handlungsabläufen, sondern auch in Form von Gedanken, Werten, Empfindungen und Gefühlen auftritt, nicht weniger wirklich als die Außenwirklichkeit. Das Subjektive bekommt damit ein über das Ichbewußtsein hinausweisendes Gewicht in der Struktur der Wirklichkeit; durch das kausale Wirkungsgefüge der Natur schimmert eine informationelle Korrespondenz zwischen Subjekt und objektivem, gesetzmäßigem Naturereignis durch. Schade nur, daß Lorenz auf die damit angeschnittene Diskussion der Ergebnisse der modernen Physik nicht näher eingeht; es handelt sich dabei vor allem um solche Ergebnisse, deren Berücksichtigung auch für die Erforschung lebendiger Organismen unerlässlich ist. Er entschädigt den Leser für diese Informationslücke allerdings mit einem folgenreichen Gedanken: das Wirkliche erschöpft sich bei weitem nicht darin, was von ihm quantifiziert und gemessen werden kann. Den genuin menschlichen Deutungs- und Bewertungsrahmen für zweckmäßig einsetzbare Informationen über die gesamte zugängliche Wirklichkeit erblickt er in einer sehr wohl wahrheitsfähigen, ganzheitlichen Betrachtung der Dinge, die etwa dem entspricht, was man unter Augenmaß versteht. Wenn auch dieses Bild der Wirklichkeit vor allem auf Systemstatik beruht und sich nicht zu einem, an echten Zufällen, Irrtümern, Verlusten und Risiken reichen Prozeß erweitert, läßt eine wichtige Feststellung zu. Die Wirklichkeit ist demnach nicht nur so, wie sie naturwissenschaftlich erfaßt werden kann und Leib wie Seele sind nur zwei Seiten einer und derselben Wirklichkeit. Das ist nicht viel, gemessen an den Ausführungen namhafter Molekularbiologen über die irreduzible Autonomie des menschlichen Ichbewußtseins. Es ist jedoch sehr viel, wenn man sich an die Dogmen einer sich streng naturwissenschaftlich gebärdenden Psychologie erinnert.

So überzeugend Lorenz aus der Eigenart organischen Handelns, zweckmäßige Zustände zu sichern, einen vererbaren Hang des Kulturwesens Mensch zu Harmonievorstellungen herleitet und so bestechend er nach der Maßgabe von Überfluß und Mangel programmierte Wertempfindungen (für Recht und Unrecht, für Besitz oder für Domestikationsideale) beim Menschen ausfindig macht, – bereits an diesem Punkt beginnt seine Kompetenz mit wachsender Entfernung von den reinen Naturvorgängen abzubreckeln. Mit gutem "Gewissen" Artgenossen mordende Schimpansen, "lügende" Pflanzen und Eisfische, infolge undurchsichtiger Falschinformation erfrierende Wölfe oder nutzlos dekorierte Schmetterlinge zeigen die Natur ohnehin nicht unbedingt als das Reich durchgehend wertstiftender Vernunft, sondern vielmehr als einen zufalls- wie risikenreichen Prozeß. Warum

also die Kultur unbedingt aus der Natur heraus entwickeln, wenn doch beim Menschen trotz Kultur immer noch sehr wohl naturwüchsige Verhaltensweisen wiederkehren: Empörung über Lügen, Beistand beim Sterben, spielerische Problemlösungsfindung, Solidarisierung beim gruppenmäßigen Kampfverhalten, Arbeitsteilung und Fortpflanzungsverzicht gemäß der Gruppenordnung oder Reinfall auf Propagandaparolen?

Diese Verhaltensweisen werden außerdem kulturell nicht eindeutig, sondern teils positiv, teils negativ bewertet. Die organische Informationsverarbeitungsleistung und ihre vererbten Programme sowie Wertmaßstäbe tauchen beim Menschen und beim Tier gleichermaßen auf, sie machen jedoch nicht schon das aus, was den Namen Kultur verdient. Diese ist vielmehr ein normiertes und tradiertes Ergebnis sprunghaft verdichteter Informationsverarbeitungen, Verhaltensprogrammierungen und Wertempfindungen im Handlungsgefüge einer zwar organischen, jedoch denk- und sprechfähigen, sich Ziele setzenden Subjektivität. Nur sie verfügt über seelische Zugänge zum rationalen, ja quantifizierenden Bezirk des Geistes sowie über Einsichten in die Vorzüge von Vernunft und nicht zuletzt über Institutionen und über Religiosität, ohne die eine archaische Kultur undenkbar wäre. Ein naturgeschichtlicher Sprung vom Tier zum Menschen könnte deshalb lediglich zwischen den bloß organischen Systemen und einer von diesen getragenen Subjektivität angenommen werden, wobei die wohl unterschiedliche bis prinzipiell andersartige Teilhabe an Informationsflüssen das trennende wie verbindende Band zwischen beiden Bereichen darstellte. Dieser Sprung, der unter dem Vorbehalt seiner eindeutig gerichteten Ursächlichkeit evolutionär ist, muß jedoch vor der Entstehung von Kultur liegen. Sonst wäre Kultur nichts als evolviertes, vererbbares Programm und die Norm, sie dürfe nicht innovationshemmend sein, müßte auf sie nicht gelten. Um das lediglich informationell Verbindende zwischen Mensch und Tier hervorzuheben, wäre Lorenz sicherlich nicht dazu gezwungen, die Kultur ins Tierreich zu projizieren und sie dort als natürliches Menschwerdungsinstrument, oder gar als natürlicher Menschwerdungsimpuls walten zu lassen. So sehr die Weckung eines Gewissens beim Umgang mit einer uns vielfach nahestehenden, ja fast schon "richtig" und "weise" handelnden organischen Natur zu den Verdiensten von Lorenz gehört, so wenig trifft seine Kultur auf die bekannten archaischen Kulturen zu. Die Schwelle, jenseits welcher diese beginnen, wird nachweislich durch den religiösen Glauben bestimmt, durch ein Phänomen, das sich jeder evolutionistischen Erklärung entzieht. Gleichwohl ist es wegen der unterschiedlichen Zeitmaße, die sich Naturgeschichte und Kulturgeschichte geben, unmöglich, gegenwärtig verlässliche Aussagen darüber zu machen, welches Verhältnis zwischen den Mutations- sowie Selektionsvorgängen menschlicher Organismen und der Kulturgeschichte besteht.

Im dritten Schritt seines Ganges durch die Natur- und Kulturgeschichte weiß Lorenz trotzdem davon zu berichten, daß dieses Verhältnis durch eine verhängnisvolle Diskrepanz zwischen Geist und Seele bestimmt sei. Da er unter Geist lediglich rationales, mitunter quantifizierendes, messendes, wertendes, prognostizierendes sowie planendes Wissen und zuweilen einen denkenden Umgang mit solchem Wissen versteht, erscheinen die natürlichen Anlagen des Menschen als etwas

diesem Geist Fremdes; der restliche Geist fällt dagegen nur den natürlichen Anlagen zu. Solche Anlagen schließen nun eine organische Selbststeuerungsinstanz, sprich: eine Seele in sich ein, die nicht mehr mit den rational zugänglichen, sondern nur noch mit den restlichen Bereichen des Geistes korrespondiert – und die natürliche Menschwerdungsimpulsgeberin Kultur. Nun habe sich das ausschlaggebende, evolutionär erzeugte Überlebensinstrument Geist, so Lorenz, allzu schnell und allzu weit vorausgewagt, ja über die Zweckbestimmungen der Natur hinweg zu einer Bedrohung für die hinterherhinkenden, sogar konstanten Größen Seele und Kultur entwickelt. Die Menschheit treibe nun auf diesem Wege immer schneller auf ihren Selbstmord zu und die Evolution stünde währenddessen still. An dieser These ist nun unverkennbar, was Lorenz leider ausdrücklich nicht erwähnt: in ihr ist eine lange Reihe von jeweils aufschlußreichen Gegensätzen aufgegangen, deren man sich immer schon bediente, um auf eine einzige Ursache nicht mehr zurückführbare, mentale Vorgänge zu erklären. Der Gegensatz von Ratio und Emotio, der zwischen den Funktionen der linken und der rechten Gehirnhälfte, der zwischen den Funktionen von Hirnstamm und Großhirn, der zwischen Bewußtem und Unbewußtem, ja sogar der zwischen Instinkt und Kalkül usw. wurden allerdings als bedingt gültige Abstraktionen zur Erklärung genau abgegrenzter Strukturmerkmale der Handlungssteuerung verwendet; sie wurden fast im gleichen Atemzug jenseits solcher Merkmale aufgelöst oder zumindest sehr abgeschwächt. Wäre Lorenz, wie sonst für ihn selbstverständlich, bei der geeigneten Deutung empirischen Materials geblieben, so hätte ihm dies kaum entgehen können.

Da er nun die Kultur jedoch einer naturwüchsigen, evolutionär entstandenen Seele zuschlägt, von der nur soviel sicher sein sollte, daß sie wesentlich älter wäre als der Geist, verzichtet er auf eine wichtige Leistung eben dieser Kultur. Denn gerade durch sie wird die Auflösung, noch mehr: die Aussöhnung der erwähnten Gegensätze als Möglichkeit einer Selbststabilisierung des Ich an die Nachkommen weitergereicht, ja einer bewußten Kontrolle unterworfen und gelegentlich von Neuem angeregt. Die Folge daraus ist, daß Lorenz nicht mehr nach dem vernünftigen Gebrauch der seelisch verankerten Tugenden unter den Bedingungen einer rational und technologisch geformten "Lebenswelt" zu fragen braucht. Die Tugenden brächten unter diesen Bedingungen, so stellt er fest, nur noch Verderben. Warum nun ausgerechnet diese naturalistisch verzeichneten Tugenden die unterstellten Drohungen von Wissen und Technik wahr machen sollten und warum sie sich nur dazu eigneten, bleibt ebenso unbeantwortet wie die Frage, von welcher Instanz aus das Verderben als solches ausgemacht werden kann, nachdem der Geist nicht weniger in Verruf geraten ist als seine tugendhafte Erfüllungshelfin, die Seele.

An diesem Punkt erreicht Lorenz die Einbruchsstelle derjenigen ideologischen Mode in seinem Modell, die sich eben pessimistisch, ja einstweilen hyperkonservativ gebärdet. Von den Modeschöpfern unterscheidet ihn nur eines: er überwindet die teils legitimen kulturellen Umbrüche der Industriegesellschaft ungestört. Jenseits seiner hochgradigen Kompetenz als Fachwissenschaftler setzt er auf den Mythos einer "gesunden" Natur und just als er uns deren Heilkräfte zur Linderung einer allenthalben verspürbaren Sinnkrise empfehlen möchte, verweist die

Mode ihn auf eine Natur, auf die nun auch kein Verlaß mehr ist. Hat man nichts außer dem Mythos einer überforderten, weil allmächtig gemachten, verselbständigten, entgeistigten und wertestiftenden Natur, so steht nun alles auf dem Spiel. Grund genug zum Pessimismus, wenn nicht einmal diese Natur sich selbst zu helfen weiß – auch Lorenz hat Null-Bock.

Weil er freilich, nicht nur von Popper, weiß, daß die Geschichte offen ist und sich durch eine Reihe kontingenter Entscheidungssituationen hindurch fortbewegt, bricht der Aufbau seines Optimismus nicht schon beim pessimistischen Tiefpunkt ab. Im vierten Schritt seines Entwurfes steigert er zwar die Mode des Pessimismus zunächst zum Haß auf den Feind, dessen Untaten, nicht nur ihn, pessimistisch stimmen, auf die hochentwickelte Industriegesellschaft. Er nennt diese ein "technokratisches System", in welchem er, infolge rasch abnehmender Kompetenz so wichtige Bauelemente der politischen Verfassung wie Freiheit, Recht, Gerechtigkeit, Interessenausgleich, Konflikt, Legalität, Legitimität, Gewaltenteilung, Repräsentation, Rechtsstaat, Demokratie, Diktatur, Tyrannei usw. bis zur Ununterscheidbarkeit ineinanderspült und mit ihrem Gegenteil vermengt. Alle politischen Herrschaftsordnungen der Gegenwart sind nach ihm ein technokratisches System, in welchem der autonome Mensch – den er leider in keinerlei Weise zu definieren weiß – nicht mehr gefragt ist, ja auf ererbten Verhaltensweisen fußende Menschenrechte einzubüßen droht. Dieses naive Feindbild wird den politischen Frontlinien der Gegenwart nicht gerecht. Er verschleierte überdies die Tatsache, daß die Bedrohung des natürlichen Substrates von Menschenrechten gerade dort zum Thema machtpolitischen Kräftemessens werden konnte und mußte, wo die Industriegesellschaft in liberaler Ungehemmtheit wie unter demokratischer Kontrolle sich am entwickeltesten und am wandlungsfähigsten zeigt.

Den in Wachstums euphorie, Konsumdenken und Liebesunfähigkeit befangenen, dressierten und manipulierten Menschen des "technokratischen Systems", so einseitig und jeglicher Zivilisation überdrüssig er gezeichnet sein mag, braucht Lorenz nicht nur zur Identifikation des technokratischen Erzfeindes. Dieser Mensch ist nach ihm überdies der Träger einer weltweiten Nivellierung der Kulturen, die nun zur Stagnation verurteilt seien, seitdem ihrer Konkurrenz "der Selektionsdruck" entzogen wurde. Selbst bei einer völligen Unterordnung der Kultur unter die Natur wären aber Zweifel über eine Selektion der Kulturen angebracht; ein nicht naturalistischer Begriff der Kultur drängt sogar auf selektionshemmende Konstanz sowie auf ein geronnenes Innovationspotential, das in den komplizierten Beziehungen zwischen kultureller Dominanz und wissenschaftlichen, technologischen, wirtschaftlichen wie politischen Entwicklungen aufleben oder verschwinden kann. Wäre allerdings die von Lorenz gespürte Sinnkrise zur weltweit unentrinnbaren Nivellierungsnorm jeglicher Kultur geworden, so wäre seine Warnung ernstzunehmen. Allerdings nicht wegen des Wegfalls der Selektion von Kulturen, sondern wegen der obsiegenden Sinnkrise. Die Selektion von Kulturen kann auf jeden Fall nicht einmal die faktische Rangordnung der für sich genommen jeweils respekteinflößenden Kulturen erklären, gerade, weil sie den Gang des Geistes in der Kultur übersieht.

Dem Jugendprotest (vor allem Westeuropas) zugewandt, löst sich nun Lorenz von seinem pessimistisch angelegten, im Rundumschlag gewonnenen Feindbild, wogegen er einzig die Hoffnung auf mehr Liebe zur (tierischen) Natur, auf mehr Ehrlichkeit in Kommunikation und Politik sowie auf die Fortsetzung der Rückbesinnung auf naturverbundenen Lebenssinn ins Feld führen kann. Nun ist er, bei den Heilungskräften der Natur angekommen, doch noch ein Optimist. In den einzelnen Streitfragen, z.B. darüber, wann eine Landschaft als schön gelten kann oder darüber, ob man aus Tierliebe gleich Vegetarier werden sollte, meldet sich der erfahrene Verhaltensforscher wieder, der in heiterer Gelassenheit präzise und ausgewogen zu urteilen weiß – solange er in seinem Kompetenzbereich bleibt. Von Bedeutung könnte (neben seiner Aufforderung, mehr Aufmerksamkeit und mehr Erfahrungsbereitschaft der natürlichen Umwelt entgegenzubringen) besonders sein Hinweis sein, man möge bei diagnostischen wie therapeutischen Bemühungen um eine Sinnkrise Gottes Namen nicht allzu leichtfertig im Munde führen, zumal die Versuchung demagogischen Betrugs zu Zeiten solcher Krisen besonders groß sei. Bei allem Respekt vor der philosophischen Problemtiefe, mit der Lorenz die Natur betrachtet, rückt dieser Hinweis die Frage in den Vordergrund, die angesichts eines weltweit massiv erneuerten Bedürfnisses nach Religiosität immer dringender auf Beantwortung wartet: sind denn die modernen mythischen Bilder einer allmächtigen Natur, eines noch mächtigeren, weil durch die Natur selbst entwickelten Kulturwesens Mensch oder eines bereits wegen der Zerstörung einiger Naturkreisläufe verzweifelt am Ende von Allem angelangten Selbstmörderkandidaten Mensch wirklich mehr als ideologisch dienstbar gemachter Selbstbetrug?

Auf dem Wege zur Europäischen Union: Zum Endbericht des Dooge-Ausschusses

von

Dr. Axel N. Zarges MdEP

Der Zwischenbericht des Dooge-Ausschusses hat bereits deutlich gemacht, daß die Beauftragten der Regierungschefs aus den Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft gewillt sind, den Prinzipien von Effizienz und Demokratie bei einer politischen Reform der EG Rechnung zu tragen. Nämlich die Gemeinschaft so zu reformieren, daß sie in ihren Organen wieder funktionsfähig wird, aber auch zugleich aus der Gemeinschaft der Regierungen eine Gemeinschaft der Völker wird. Und zum anderen hat der Ausschuß seinen Willen bestätigt, qualifizierte Fortschritte vorzuschlagen, selbst wenn nicht alle Mitglieder zustimmen können.

In seinem endgültigen "Bericht an den Europäischen Rat" schlägt der Ausschuß in Bezug auf das *Europäische Parlament* vor, dieses "effektiv an der Legislative mit dem Rat in gemeinsamer Beschlußfassung zu beteiligen". Ein Gesetzentwurf geht danach von der Kommission zum Parlament und dann zum Rat. Findet er bei dem Rat nicht die Zustimmung in der vom Parlament verabschiedeten Fassung, so setzt ein "Vermittlungsverfahren" ein. Auch wenn der Ausschuß die Einzelheiten dieses Vermittlungsverfahrens noch nicht festgelegt hat – was natürlich zu bedauern, aber angesichts der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit verständlich ist – so steht fest, daß nach seinen Überlegungen in Zukunft ein Gesetz nur in Kraft treten kann, wenn der Rat und Europäisches Parlament ihm zustimmen. Diese gleichberechtigte Mitwirkung gibt es ebenfalls im *Haushaltswesen*, insbesondere bei den *Einnahmen und Eigenmitteln*, bei der *Kontrolle der Kommission*, bei dem *Abschluß internationaler Verträge* und im Gebiet der *außenpolitischen Zusammenarbeit*. Bedauerlicherweise hat sich der Ausschuß lediglich nicht für eine obligatorische Investitur der Kommission durch das Parlament entscheiden können, was folgerichtig wäre und ist, wenn man auf der anderen Seite, wie der Ausschuß, die politische Kontrolle des Parlaments über die Kommission verstärken will.

Entscheidend aber ist, daß der Ausschuß aus dem Europäischen Parlament endlich eine echte Legislative machen will. Parallel dazu soll der *Ministerrat der EG* endlich wieder voll handlungsfähig gemacht werden. Grundsätzlich sollen alle Beschlüsse mit qualifizierter oder einfacher Mehrheit gefaßt werden, also auch in jenen Bereichen, in denen z.B. die Römischen Verträge noch Einstimmigkeit vorsehen. Das contra legem geschaffene Veto-Recht der Mitgliedsstaaten gibt es in

Zukunft nicht mehr. Im Gegensatz zum Zwischenbericht hat sich der Dooge-Ausschuß in seinem Endbericht nicht für die Geltendmachung des Vetos in Verbindung mit einem objektiven Verfahren ausgesprochen, um letztlich nicht nachträglich zu legalisieren, was man seit dem sogenannten Luxemburger Kompromiß 1966 heftig bekämpft hat. In Zukunft gibt es die *Einstimmigkeit* nur noch in wenigen Ausnahmefällen gemäß einer "Liste", die allerdings ebenfalls aus Zeitgründen noch nicht erstellt wurde. In sie werden aber mit Sicherheit aufgenommen die Gebiete: Neue Politiken, neue Mitglieder und neue Einnahmehbereiche.

Der Dooge-Ausschuß hat mit diesen Vorschlägen den beiden Hauptforderungen des Europäischen Parlaments Rechnung getragen, nämlich den Rat wieder als Gemeinschaftsorgan zu verstehen und ihn entscheidungsfähig zu machen, so daß nicht auf Dauer das schwächste Glied weiterhin das Tempo in der Gemeinschaft bestimmt, und das Parlament zu einer echten Legislative zu entwickeln.

Schließlich sehen die Vorschläge des Dooge-Ausschusses für die *Kommission* vor, diese wieder zum *politischen Motor* der Gemeinschaft zu machen, zum *Vertreter des gemeinsamen Interesses* und ausgestattet mit *umfassenden Exekutiv-Befugnissen*. Ob allerdings der Vorschlag sinnvoll und realisierbar ist, daß der Kommission in Zukunft *nur ein Staatsangehöriger* je Mitgliedsland angehören soll, bezweifle ich sehr. Ich befürchte, daß das mühsam entwickelte innere Gleichgewicht durch diese Idee gewaltig gestört wird.

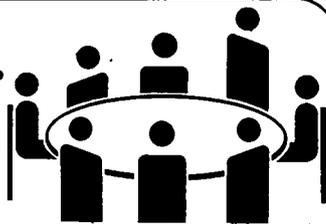
Über die Reform der Institutionen hinaus schlägt der Ausschuß unter anderem die Schaffung des *Europäischen Binnenmarktes* und eine *Fülle neuer Aufgabengebiete* für die Europäische Gemeinschaft vor (neben dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik auch etwa das Gebiet der Forschung, von aktuellster Bedeutung, wenn wir an das Thema SDI denken) und die entsprechende Ausstattung mit Eigenmitteln, um das Ganze finanzieren zu können.

Der Ausschuß hat schließlich vorgeschlagen, den *Europäischen Rat* in Zukunft *nicht weiterhin als Appellationsinstanz* für die Räte zu mißbrauchen, ihm vielmehr ausschließlich eine strategische Rolle zuzuerkennen mit der Aufgabe, der Gemeinschaft *Leitlinien* und *politische Impulse* zu geben. Zu diesem Zweck soll der Europäische Rat in Zukunft nur noch zweimal im Jahr zusammentreten. Eine wichtige Personalentscheidung obliegt noch dem Europäischen Rat, nämlich den Präsidenten der Kommission zu ernennen, deren übrige Mitglieder von den Regierungen der Mitgliedsstaaten auf Vorschlag des designierten Präsidenten einvernehmlich ernannt werden.

Dem Dooge-Ausschuß können wir nur unsere Hochachtung zum Ausdruck bringen, daß er in so kurzer Zeit Vorschläge unterbreitet hat, die weitgehend denen im Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments entsprechen, zum Teil sogar darüber hinausgehen. Ich wäre glücklich, wenn morgen alle Vorschläge des Ausschusses realisiert werden könnten. Dann hätten wir riesige Schritte auf dem Weg zum Europäischen Bundesstaat erreicht. Entscheidend ist jetzt, daß der Mailänder Gipfel sein Ja zu den wichtigsten Grundsätzen aus dem Vertragsentwurf des

Europäischen Parlaments und dem Dooge-Bericht sagt, eine *Regierungskonferenz* mit einem klaren *Mandat* und einer *Fristsetzung* beschließt, so daß noch in diesem Jahr die Entscheidung fällt. 1985 ist somit das Schicksalsjahr für die Europäische Einigung. Hoffen wir, daß am Ende eine EG herauskommt, die wieder voll handlungsfähig und gewillt ist, über den Weg der Europäischen Union zum Fernziel der Vereinigten Staaten von Europa zu gehen. Die Bürger verlangen dies, weil sie nur so ihre Zukunft in Freiheit gesichert sehen.

Seminar-Probleme ???



Wir helfen Ihnen, sie zu lösen! Seminare sollen ein Erfolg werden – pädagogisch, wirtschaftlich, publizistisch, bezüglich des „Drumherum“, hinsichtlich der Referenten.

Für die internationale LIBERTAS-Mannschaft ist kein Seminarproblem zu groß. Wir haben Erfahrung: Referentensuche, Finanzplanung, Örtlichkeiten, Themenkonzeption, Materialsichtung, Medienecho, Dokumentationen. LIBERTAS hilft Ihnen beim Seminarprogrammieren: in ganz Europa. In den Themenbereichen Europa, internationale Politik, Dritte Welt.

Wenn Sie also ein Seminar planen: Sprechen Sie zuerst mit uns!

**LIBERTAS, Schwenninger Str. 32, D-7032 Sindelfingen 6,
Tel. 07031/81855, Telex 7 265 320.**

Ten Trends That Are Shaping American Society

by

Robert L. Michael*

I want to discuss some major trends or forces which are re-shaping American society. Before I begin my discourse, however, let me make several observations: Firstly, I have arbitrarily chosen what I consider the ten major issues impacting on an ever-changing America. There are other forces at work, perhaps less apparent, which, for various reasons, I will not attempt to address. And, besides, ten is a nice round number and, if it was good enough for Moses and his commandments, it should serve my purpose as well.

Secondly, I have given considerable thought, moreover to my list of ten trends or forces. You may be surprised that I have not included religion or the rise of the Right, that is, Conservatism in America. Taking religion first, I feel that most of the commentary devoted to it in both the American and European media misses the fact that the overwhelming majority of Americans have no problem in separating their "religious" beliefs from their political or business life. It took me a little longer, however, to rationalize my rejection of the new American Conservatism as a major force. I feel that America is inherently a conservative country and that the "Reagan revolution", for all the lamentations of (U.S.-) Liberals, has not taken the country off a relatively moderate or centrist course. I should also note that, like the word "culture", conservative, as a political label, has a much different meaning in America than it does here in Europe. Have you noticed that Liberals, when they want to attack the President, call him an "ideological conservative", when they want to damn him with faint praise they call him "a pragmatist". Finally, if they must reluctantly congratulate the President for something which supports *their* agenda, they then refer to him as a "liberal Republican". The point of my example is that in the American body politic labels, as such, don't mean as much as they used to. Our political parties are now more a coalition of interests, rather than a band of politicians sharing an identical ideology.

And thirdly, before I begin to recite my inventory, I want you to know that in accepting this invitation I was advised to keep my remarks short. Consequently in somewhat abbreviated detail, here are some of the major trends

* Consul Robert L. Michael, the director of the Amerika Haus in Stuttgart, is a Foreign Service Officer of the United States Information Agency. The following analysis is based on a talk given by Consul Michael before the annual general meeting of the American European Community Youth Association/German Section on the 22 March 1985 in Leonberg.

or forces which are shaping the way we Americans live** — trends or forces so strong and widespread that they will dominate U.S. society well into the next century:

1. An Aging and also Maturing Society

Those of us in America who have either gray hair or, in my case, less hair, like to say, "I'm not getting older, I'm getting better". I remember all too well the expression, "Don't trust anyone over 30" which was a slogan of the then dominant youth culture in the decades now past. The influence of the so-called "baby boomers" was pervasive because of their sheer numbers and, in certain ways, their influence will continue to be felt as they move like a huge wave through society, affecting everything over which it washes. But let me note that for the first time in U.S. history there are more people 65 and over in the population than there are teenagers and, by 1990, five years from now, the number of older citizens is expected to surpass 31 million while the teenage population shrinks to 23 million. The vast baby boom generation, born between 1946 and 1964, is now moving into middle age. But the over-all shift in the graying of American society is re-shaping the social, economic and political landscape. For business, the surge of 30 and 40 year olds means an expanded market for housing, furniture, computers and other high-tech goods. The aging of the population is also producing a drop in the crime rate, there is less spending on schools and a greater emphasis on what is vaguely referred to as "quality of life" issues; that is, an older America will have different priorities concerning social security, health care and other matters of great concern to "senior citizens". For young people who will be coming into the work force after 1990, these will be happy years because they can look forward to expanding opportunities as many jobs will open because of the baby-boomers retiring. What's less clear is who is going to pay for these retirees.

2. Lure of the Sunbelt

As a Yankee born in Detroit who went to school in Ohio and who now calls

** Further reading suggestions concerning these trends: J. Naisbitt: *Megatrends*, Ten New Directions Transforming Our Lives, New York 1982; D. Bell: *Notes on the Post Industrial Society* 1-2, in: *The Public Interest*, Winter/Spring 1967, Welcome to the Post-Industrial Society, in: *Physics Today*, February 1976, *Thinking Ahead*, in: *Harvard Business Review*, May/June 1979; Th. Roszak: *Person/Planet*, New York 1980; A. Toffler: *The Third Wave*, New York 1980; G. Gilder: *Wealth and Poverty*, New York 1980; P. Drucker: *Managing in Turbulent Times*, New York 1980; S. Nora-A. Minc: *The Computerisation of Society*, Cambridge, Mass. 1980; J. Lipnack-J. Stamps: *Networking*, New York 1982; A. Smith: *Goodbye Gutenberg*, Oxford 1980; *The Harvard Encyclopedia of American Ethnic Groups*, Cambridge, Mass. 1980; M. Mesarovic-E. Pestel: *Menschheit am Wendepunkt*, Stuttgart 1974; D. Hayes: *Rays of Hope*, New York 1977; H.F. Judson: *Fahrplan für die Zukunft*, München-Zürich 1981; H. Kahn: *Angriff auf die Zukunft*, Wien-München-Zürich 1972, *Vor uns die guten Jahre*, Wien-München-Zürich 1977, *Die Zukunft der Welt*, Wien-München-Zürich 1978.

North Carolina home I can personally attest to this trend. The U.S. is, in fact, in the midst of a population shift from north to south, east to west, as a momentous as the 19th century migration of settlers who forged the U.S. into a nation stretching from sea-to-sea. This surge of people over the last decade has helped the population of the South leap by 20 % and the West by 24 %. Throughout the so-called "snow belt" (or "frost belt"), that is, the states of the industrial north-east, cities like Chicago, Cleveland and Detroit are suffering a financial squeeze from the loss of people and jobs. At the same time, the South and West are growing richer. Please note that two out of every three new jobs of the last decade have developed in that region. Why? Because industries are attracted to a lower-paid work force, tax rates designed to encourage development, less governmental regulation and, what some would say, is an unsurpassed quality of life as exemplified by the Ewings and the Carringtons. It's no mistake that these T.V. families seem to reflect the excitement of a society in transition. Also note that these areas are gaining in political strength and, in the last ten years, picked up 17 Congressional seats and stand to capture 38 more by the year 2000. Even if other regions could curb the outflow of migrants, the South and West will continue to grow rapidly because their younger populations mean higher birth rates and experts are predicting a "sun belt" population increase of at least 20 % between now and 1990.

3. The Computer Revolution

Just think. It's not often that the motor of an economic and social revolution can be held in human control but that's exactly what happened in the evolution of the computer; a device born in World War II but perfected in the 1960's to the point where it has dramatically changed business operations and American lifestyles. Thanks to the microchip, computer technology now touches all facets of life with its most important impact in the workplace where computers design products, operate robots that perform a broad variety of other "manual" tasks. Even more significant is the computer's acceleration of growth in the service sector — the banks, insurers, utilities and others that make up half of the U.S. economy. The reason? Because service firms specialize in the collection, analysis and dissemination of information — tasks uniquely suited to the computer's capabilities. The computer revolution is speeding America toward a paperless society. At supermarket checkouts, for example computerized scanners ring up prices by reading product codes while simultaneously keeping track of inventory. The latest variation in this, which I encountered for the first time at a supermarket in Nags Head, North Carolina, was a talking cash register which actually stated out loud each item I had purchased and its price. That wasn't so bad but I did get a little nervous when the register told me to take it easy on the calories! While there have been job losses because of computers displacing workers, the overall effect of the computerization of American society is a net job gain. In the last four years, nearly seven and one half million new jobs have been created in the United States. In Europe no new jobs have been created and there has, in fact,

been a net loss of jobs. That, however, is the hook for my lead into my next trend.

4. Foreign Competition

Few developments worry and anger Americans more than the erosion of U.S. economic dominance in the world. Foreign producers now make one out of every four cars sold in America, one of every five personal computers, two of every three pairs of shoes and nearly every videocassette recorder. Once running a consistent trade surplus, the U.S. in 1983 bought 69.4 billion dollars more in goods from overseas than it sold abroad. With the strong dollar, which overseas Americans are enjoying, the numbers for 1984 are even worse. Some of the reasons for this economic reversal can be attributed to high wages for American workers, inefficient and out-moded plants, mistakes by management and an education system which neglected mathematics and natural science. On the plus side, an internationally diverse economy gives consumers everywhere a wider range of products, often at lower prices and higher quality. It is also driving out inefficiency, spurring cost-cutting technology and creating jobs for firms that import and export goods. America is also viewed as the world's safest haven for investment. Meanwhile, the restructuring of the U.S. economy is continuing but even with such changes as I have already mentioned America will never again dominate the world economy as it did before 1960. Americans will have to learn to live and compete in a much tougher environment and to exploit those areas where American know-how is superior.

5. Women on the Move

When Elizabeth Hanford Dole entered law school in 1962, she was told by one of her classmates that she was taking the place of a male student who could really use the education. Today, lawyer Dole is the Secretary of Transportation and together with HHS Secretary Heckler and Ambassador Kirkpatrick, one of three women in President Reagan's cabinet. More than a third of U.S. law students are female and Sandra Day O'Connor serves on the Supreme Court. Last year, for the first time, a major political party selected a woman, Geraldine Ferraro, as its candidate for Vice President. As women move to the front of American society there have been major changes in their personal lives which have altered the family unit and raised new questions about parenting and sexual relationships. For example, fewer women are getting married and those who do so are marrying at a later age and having fewer children. Since 1960, the birth rate has been cut almost in half while divorces have more than doubled. It is estimated that about a third of all children will spend some of their growing-up years in a single-parent household and more than half will have working mothers. The image of the T.V. Waltons will be just that a nostalgic look at an America that once was. While

they are competing in the job marketplace, women continue to run into obstacles, the most apparent of which is the economic disparity between the sexes. Despite progress in breaking down job barriers from board room to the factory floor, to say nothing about space craft, success for many women has been slow in coming. The number of female scientists and engineers with Ph.D. degrees has more than doubled in ten years yet they constitute less than 12 % of the total. Surveys also show that, on average, a woman with a doctoral degree earns about USD 8,600 a year less than a man with a doctorate. Over all, women continue to earn about 62 % of what men make and statistics show that the majority of people living in poverty are women. On the plus side, women generally view the years ahead with optimism and there is evidence that women in the U.S.A. are generally happier and healthier than their counterparts of 20 years ago.

6. Rise of Minorities

Once treated as second-class citizens, minorities — both native born and immigrants — are putting their imprint on every aspect of American life. Jesse Jackson, a Black who 25 years ago could not eat at a "Whites Only" lunch counter in his home town, last year ran for President. American Blacks are mayors of Los Angeles and Chicago and, in San Antonio, Texas, Henry Cisneros, a Hispanic, is generally regarded as one of the strongest vote getters in the Democratic party. Black women have worn the Miss America crown and two Black astronauts recently helped man the space shuttle. Last year, Congress designated the birthday of slain civil rights leader, Dr. Martin Luther King, as a national holiday. Minorities are gaining power and influence as their numbers grow. The 29 million American Blacks account for 12.1 % of the population while Americans of Spanish origin increased by 61 % in the 1970s and are expected to overtake Blacks and become the largest minority in another decade. Asian Americans, the fastest growing group, jumped 128 % in one decade and now total nearly four million. Despite the rags to riches stories of Black and Hispanic entertainers, sports figures, business people and politicians there is still concern that individual successes obscure the lack of progress of the masses. In 1982, for example, the average income of Black families was USD 13,599 while the average for Hispanics was USD 16,288 — both well below the national average income of USD 24,603. Most minority workers lack skills needed for high technology jobs while immigration from Third World countries means more competition for a declining number of semi-skilled jobs. It all adds up to a continuing challenge for America on how to help its minorities, now growing at a faster rate than the population as a whole, to get a fair share of America's wealth and influence.

7. Government Under Fire

Both former President Carter and our current President, Ronald Reagan, ran for election and re-election by running against government even though both men

were in charge of government. Behind that paradox is a recognition by our leaders that public confidence in big government has skidded sharply. We are currently witnessing, in both the White House and in Congress, attempts to get government "off the backs of the people". Congress is attempting to do something about reducing the deficit by raising revenues through a tax increase President Reagan, knowing how the American public feels about any new tax can thus look at these Congressmen with a sardonic smile and utter Dirty Harry's best line ever, "Go Ahead; Make My Day". Despite the public's frustration with government, polls show that the people do not want to dismantle government services. Witness the counterattacks on suggestions that subsidies to farmers and university students can be eliminated. In other words, it's O.K. to cut government programs so long as it's the other guy's programs which are getting cut. Nonetheless, government is re-trenching and it is no longer trying to be all things to all people, I believe, however, that our President is earnest in his desire to maintain programs and services, the proverbial safety net, to protect the most needy of our fellow citizens.

8. The Education Boom

From 1960 to 1980 the number of students earning bachelor degrees more than doubled to nearly one million; largely because of Federal aid. More doctoral degrees were conferred from 1970 to 1981 than had been earned in the previous 109 years since Yale granted the first such degree in 1861. Indeed, the U.S. has done such a good job persuading citizens about the merits of higher education, that colleges are turning out far more graduates than the job market can accommodate. Therefore, to get the most from college training, students are concentrating on fields that they believe offer the most promise for employment. 36 % of the current crop of first year university students plan to get degrees in business and engineering but only 20 % in the less career-oriented humanities and sciences. At the same time, colleges and universities are devoting more energies to continuing education programs for people who need to bolster job skills or prepare for a career switch. We are also noting the extensive use of computers in education, but, at the same time, there has been a call for a renewed emphasis on the basics, particularly English and Mathematics. As experts see it, education will remain at the top of the nation's consciousness for years to come.

9. Medical Miracles

Hardly a week goes by that we don't hear about some medical break-through that even five years ago seemed too fantastic to even consider. Illnesses ranging from simple childhood ailments to killer diseases have become less of a threat thanks to this flurry of medical miracles. Polio, deadly to the children of the 1950's has virtually been wiped out while the incidence of measles and mumps is a mere fraction of what it once was not too long ago. Other steps such as open

heart surgery, pace makers, new drugs and widespread interest in exercise and diet have reduced the menace of heart disease and stroke. And, cancer is no longer viewed as an inevitable death sentence. Nearly half of all cancer patients now live at least five years after treatment. Beyond curing disease, medical science has contributed to the more assertive role of women in U.S. society stemming in part from the birth control pill which freed women from unwanted pregnancy. The growing influence of older Americans reflects medical advances that have pushed the average life expectancy to 74.5 years in 1982 from 69.7 in 1960. The dark side of this, is runaway health costs which many Americans simply cannot afford. Some medical experts believe that doctors may have to "ration" health care in effect, deciding when a patient's age or condition rules out expensive treatment. Such concerns show that the ethical questions being raised are more significant than the economic costs.

10. Declining Superpowers

Well, we are finally at the last item in my inventory and the one issue which, because of my profession, I deal with on a day to day basis. Only a generation ago, American power seemed able to move the world so much that historians now term the 1950s "the American decade". Since then, a disastrous war in Vietnam, the Islamic revolution in Iran and the American hostages, Beirut and the bombing of the Marines and the continuing unrest in Central America underscore the problems with which we Americans have had to grapple. Our country stands for liberty, freedom and protecting the rights of individuals but we hear others say that the price of this freedom may be too high. You know who I mean: the "Better-Red-than-Dead-guys", who would buy "peace" at the cost of their own freedom. Today, here in Europe, a deep suspicion of American motives, fed by a largely skeptical press, exists among European youth some of whom have told me that America is no better than the Soviet Union. In America, the experience of Vietnam gave birth to an abiding mistrust, particularly in Congress, to the use of U.S. forces overseas. This mistrust has crippled the tradition of bi-partisanship in foreign affairs. If there is a good note, it is that the Soviet Union, despite its disinformation efforts and so-called "peace" offensive, has seen an erosion of its ability to influence world events. The Soviet Army is still bogged down in Afghanistan and Moscow's allies, such as Cuba, Ethiopia and Vietnam demand more than the ailing Soviet economy can deliver. Free World or Communist, isolationist or expansionist, the world of the mid-1980s is proving a difficult one for both superpowers. While many people believe that the Soviet Union cannot be influenced by public opinion I believe that it was in fact public opinion, plus the President's Strategic Defense Initiative, which brought the Kremlin back to Geneva. And, as both nations talk, the rest of the world, a modern reality of 1,000 competing tongues and more than 100 distinct nation states, are looking on. Meanwhile, back home in America there is a look backward to an era when the U.S. was less involved abroad with the thought that perhaps a new form of isolationism wouldn't be a bad thing to try for a while.

Well, that closes out my list of ten trends or forces re-shaping American society. Some of these trends are also impacting on European society and are deserving of European attention. Let me thus close with two quotations, the first from the recent past, Bob Dylan, who said: "The times they are a-changing". And, my very last words will not be my own but those of Alexis de Tocqueville who, writing in "Democracy in America" in 1835 stated, "America is a land of wonders in which everything is in constant motion and every change seems an improvement. The idea of novelty is there indissolubly connected with the idea of amelioration. No natural boundary seems to be set to the efforts of man; and in his eyes what is not yet done is only what he has not attempted to do."

A High Technology Area in the United States: The Silicon Valley

by

Joachim Carl Uhlig

Technological change refers to the creation and application of new knowledge in economic activities. Science and technology are inputs used to generate innovations, large or small, which generally diffuse to become commonplace in the economy.

Several famous innovations come to mind, such as the steam-engine, the telephone and the television, but technological innovations also affect us indirectly in all aspects of our lives.

Recent examples are the computer and the space exploration vehicles, of which the latter is larger but no more conspicuous than new food products, non-iron fabrics, all of which also represent technological advances.

In all of these cases technological change tends to follow a sequence from research and development to innovation and diffusion. The Research and Development (R and D) stage comprises all efforts that go into the creation of a new invention or usable innovation. Innovation tends to diffuse among potential users. Diffusion may be relatively rapid and complete within a region and an economy, as in the cases of the television or (more recently) the computers. The innovation and diffusion of the computer has not only created a new dizzy industry but also changed our lives up to that stage that in some cases we cannot think to live without a computer.

Within the last twenty years there was no business which was more innovative than the computing and electronic business, which is still one of the fastest-growing industries according to technological change.

1959 was the birthyear of the 'Chip', a silicon flake a quarter inch wide, which can hold a million electronic components, ten times more than the famous 30-ton ENIAC, the world's first electronic digital computer.*

Some of these chips are colossal information storers called memory chips. Others combine memory with logic to produce a 'computer-on-a-chip', or a so called microprocessor. Becoming cheaper a more powerful each year, chips are reeling into every area of modern life: in pacemakers they time heartbeats, they tune radios, control car engines, update inventories, post sales, synthesize motion, work in home computers, and without them the space exploration wouldn't have been possible.

* The nickname for integrated circuit – a complex of electronic switches controlling electric current – is a chip.

Geographers have tended to study diffusion of innovations, such as new products and services, relatively little is known about the areas in which such high-technology is produced. In the following I would like to concentrate on an area which is associated with these new technologies: The Silicon Valley in California.

Looking at the Silicon Valley I'd like to concentrate on the 'climate' in which such a new technology is created and produced. Looking at this 'climate' I'd like to make some general statements about technological change and its financial bases.

Technological Change and its Financial Bases

The question of the importance of technological change is easiest to answer with regard to private industry which has the greatest incentives to innovate. Firms must perform R(earch) and D(evelopment), generate new products and processes and initiate and improve the innovations, developed by other firms to remain competitive regionally, internationally and nationally (i.e. vs the competition from Japan).

For both innovators and early adopters who concentrate their efforts on improvements, any competitive advantage to the firm is quite short because of the nature of the product life cycle. This cycle refers to the pattern of demand and profits for any product, indicating growth potential only in the early years of an innovation's life. Consequently, those firms which support any R and D effort aimed toward 'innovation-streams' rather than a single innovation have the best long-term prospects for success.

The interest of national government in technological change is usually one or more national goals or intentions, including national defense, space exploration or a cure for cancer. Such national goals can change, as in the recent shifts from space research to energy and medical research.

Considerable governmental emphasis and effort is addressed to basic research, in addition to the goal oriented R and D, much of which is of an applied or development nature. To a large extent however government R and D is allocated in the same sectors as private R and D. These sectors, especially aerospace, electronics and scientific instruments are known as high-technology-industries, reflecting an innovative and growth orientation typical of their stage in an industry life cycle. Mature industries, such as textile, paper and wood products, and metals, have fewer opportunities for technology-based growth and consequently, a relatively small innovative effort.

The process of R and D itself has considerable variation, in terms of the type of activity, the levels of effort and the performers involved in each phase. 'Basic research' is the advance of scientific knowledge with little or no known application and accounts for only about 12.5 % of all R and D in the U.S. This research tends to require long-term commitment, but it is performed primarily by universities and colleges. Industry's commitment to basic research has decreased considerably in recent years, largely because of the uncertainty over commercial

usefulness and the long-term commitment required, and now stands at about 15 % of all basic research in the country.

The decline has caused concern on the part of observers who note that basic research by industry in the past resulted in such innovations as synthetic fibres or the transistor, which was, as I will show the base for a whole new industry.

'Applied research' is the activity concerned with industry technologies or processes proven through basic research as likely to lead to useful or marketable innovations. The industry's share of applied research is about 41 %, reflecting the lower uncertainty at this stage.

'Development' is the translation of research into products and processes that are known to be technologically feasible. At this stage, in which most R and D is concentrated, industry's commitment is greatest with about 50 % and surpasses federal funding.

The federal role in American R and D has been principally in the area of national defense which accounts for over one third of all federal R and D outlays, and a large proportion of the federal funding in the applied research and development categories.

In defense, space, energy and medical research federally funded R and D is performed primarily by industry. In fact, nearly 70 % of all American R and D is conducted by industry, principally in the applied research and development areas. Universities on the other hand do well over the half of all basic research for which the federal government supplies two thirds of the funding. Development by contrast is almost exclusively performed by industry.

Technological changes occurring within a system result from research and development activities and, for geography, it is just as important where these activities are concentrated as the understanding of the diffusion process for innovations. Looking at these activities and especially the question where these activities are concentrated we have to say that despite considerable work by economists on technological innovations relatively little is known about the geographical pattern of locations for these activities.

Through a factor analysis of variables related to R and D activities, it is found that metropolitan size and the agglomeration of science and technology activities are most important; on a per capita basis some research institutes and university cities are more important than their size would indicate. Science and technology activities are an important component in current and future regional economic development (and regional economic development policy), whether it is funded by industries or the federal government. How R and D activities and its agglomeration affect or create the development of a region can be excellently studied at the Silicon Valley.

Description and History of the Silicon Valley

Silicon Valley appears on no map but this former California prune patch, an hour's drive south of San Francisco is the heartland of the second, the electronic industrial revolution.

San Francisco Bay - Area

J.C.U 1985



The term Silicon Valley was insiders' slang until 1971, when Don Hoefler popularized it in a trade journal, for the west and south-west side of the San Francisco Bay, ranging from South San Francisco to San Jose. The industry that renamed the valley developed around Palo Alto and especially around Stanford University and spread some twenty miles to the southeast up to San Jose and north-

west up to South San Francisco.

The Silicon Valley phenomenon touches thirteen cities in this corridor under which San Jose is the fastest growing city in the region and in the U.S. The corridor's combined population totals more than 1.3 million. Some twenty years ago this region was called 'Valley of Heart's Delight' and even though it was heavily populated in these times the landscape was dominated by vine yards, orchards and pasture grounds. Now it is one of the areas in the United States with the highest densities, and a monotonous sprawl of low rectangular buildings in-mixed with a few residential areas.

Before the Silicon Valley was born the electronic industries begun in the 'valley' with the foundation of Hewlett and Packard who are today the grand-daddys of the firms today.

The Silicon Valley was then born in 1955. Dr. William Shockley, Nobel-prize winning co-inventor of the transistor at Bell Telephone Laboratories, sent out a call to a dozen handpicked young Ph.D.'s in physics and chemistry to join him in a warehouse in Mountain View, at Shockley Semiconductor Laboratory. One of Dr. Shockley's assistants founded in 1957 Fairchild Semiconductor in the valley, being at that time the valley's first viable semiconductor company, and no fewer than two dozen companies have spun off from it, including the present leading triumvirate: Intel, Advanced Micro Devices and National Semiconductor. Today after several start-ups and spin-offs it is possible to say of that industry, that they are on the whole a real 'family', but a very rich one. They are called the 'Multi-billion-Dollar-Family'.

The Silicon Valley is today a symbol for the American Dream, that the Americans are living in the land of unlimited possibilities. After all these crisis the American industry had the past fifteen years, this economic development of the Silicon Valley is the existing example that still today this American Dream is alive.

A proof for that might be alone the fact that the Silicon Valley has 'produced' more millionaires between 1970 and 1980 than during any other period of the American history an area of the United States had been possible to do so.

The start-ups and spin-offs could never have flourished without an infrastructure, the valley's vital support system that has build up around of Stanford University (founded 1890 by Leland Stanford Jr.), which we might call the nucleus of the Silicon Valley. Today we can identify in the San Francisco Bay area a large amount of Colleges, Universities (i.e. Stanford, Berkeley, San Francisco University, San Francisco City College, Lincoln University, College of Alameda, University of Santa Clara), Science museums and libraries specialized in science and technology.

But we do not only find a very high density of High-education sites, we also see quite a high density of public and private High-Schools.

These facts give us one of the reasons why this high-technology area, that is associated with the Silicon Valley, is located in the San Francisco Bay area. "The significance of localized complexes of science and technology is that their attraction and generation of further high technology activities tend to be maintained

and even to increase over time" was stated by N.G. Clark, and in the case of the Silicon Valley this theoretical approach is already proved. Consequently, the comparative advantage of scientific and technological regions like the Silicon Valley becomes greater relative to other regions corresponding to theories of cumulative urban and regional growth, or in other words, the concentration of specialized Colleges and Universities already at the beginning of the development was and the still growing concentrations of such institutions is one of the agglomeration effects of the Silicon Valley, especially for an industry like the micro-electronic industry, which relies on the already mentioned 'stream of innovations' caused by an innovative atmosphere as a result of the concentration of 'intelligence'.

Beside that 'innovative atmosphere' created by the concentration of privately performed R and D and federal government funded basic research in the San Francisco-San Jose SMSA, the concentration of the former institutions also provide the region with a high-skilled labour-force on all stages, especially a region with an industry that requires like few others absolute genial scientists, in order to be competitive. So this concentration of the above mentioned institutions serves an other agglomeration effect.

But we have to see that not all persons who work in the Silicon Valley are scientists and engineers; quite a lot of persons have to work at assembly-lines where for example the boards for the computers are fixed.

The social impact and the profits, it is noted, scarcely touch the lives of the 120 000 people who work on the Silicon Valley's assembly lines. Most of those who live in the ethnically east-San Jose - Blacks, Hispanics, and about 18 000 Vietnamese and other Asian refugees - cannot afford to town a home. But it is to say that there are chances even for these to get a part of this new Californian Dream. If the workers go to one of the valley's electronic schools after they finished their job each day, it is sure that they'll soon move up to better jobs.

But we shouldn't have illusions about the job-atmosphere here in the valley: because of the nature of that industry the hiring-and-firing-system is quite popular here, because very often newly founded firms collapse because of a lack of financial or technological resources. Also the job-prospects are not as bright as they probably look to people from outside the valley: 'Money is life's report card' and having this motto in mind, I think everyone can imagine what working in one of these electronic firms means.

Now the question is why is there and was there before the birth of the Silicon Valley a concentration of science and technology in that area, which has then given the important first impulse to create a new industry.

A recent survey of R and D scientists showed that climate, recreation, cultural aspects, good colleges or universities and adequate transportation are among the regional attributes most preferred. Local or community attributes considered most important for most people include good schools, low taxes and good municipal services and community attitudes.

These attributes are most likely to be available in the suburbs of large metropolitan areas, which also tend to have a wide range of recreation, cultural and educational amenities. The preference for urban areas with their range of services on

the one hand, and for non-economic amenities on the other, characterizes a large portion of the location pattern of scientific and technical employment.

In the case of the California metropolis of San Francisco and its suburbs in the Bay area nearly all of the most preferred regional attributes mentioned above could be found and still can be found. I'd just like to mention some examples: the coastal areas of California have a seemingly ideal climate of warm temperatures with cooling breezes and, if San Francisco has plenty of fog and cool weather, most of the inhabitants of San Francisco (and of the West Coast Visitors) rate California as far superior to any other area of the U.S. The coastal areas near San Francisco and the Bay provide the region with a lot of recreation possibilities (i.e. sailing in the Bay).

The early founding of Berkeley (1868) and Stanford (1881) Universities, which proved in their early stages, that they belong to the group of top universities in the U.S., since then providing the area with a number of good colleges and universities, founded partly later and a highly skilled labour force.

A comparatively good transportation system was already built up in the 1880's by the linkage of the major cities in the Bay area with the railroad. Today there is a high density of freeways, major arteries and other locally important streets, serving the east and the west side of the San Francisco Bay area with a number of bridges. We also have to see that not only the infrastructure in the sense of freeways, highways and public transport is highly developed in the area, but also the so-called social infrastructure of services has a high level. Just look for example at the medical care in the San Francisco Bay area. There is a high density of public owned, private non-profit and investor owned hospitals, which provide the region with an enormous capacity, talking in numbers of beds.

Thus the favourable locations of universities, and federal facilities as well as services have attracted industrial and other components of science and technology to the region.

One of these other components of science and technology is for example the military installations in the area. Near to Concord is the U.S. Naval Weapons Testing Range, near to Oakland are the Oakland Army Base, the U.S. Naval Air Station Alameda, the U.S. Naval Station Treasure Island and near to Vallejo is the Mare Island Naval Shipyard and finally near to Palo Alto is the Moffet Field Naval Air Station situated.

This concentration of national defense installations of the U.S. is accompanied by large companies producing high-tech defense equipment, like for example Lockheed, producing in Sunnyvale cruise missiles, parts and components for the MX-program as well as bits and pieces for the modernization of the Minuteman-missiles. As already mentioned, there is a high proportion of federally funded R and D especially in the sphere of national defense and performed by private companies, and so it is not surprising that national defense is using more and more high technology and looking at the explosively growing importance of this high-tech equipment for Army, Navy and Air Force, we have to say, that the national defense is heavily dependent on a stream of innovations in the high-tech area in order to face the new problems in the changing defense strategies adequately: simulators for U.S. Army tank gun crews, computer controlled lasers for

target-designation, hunter-killer satellites, EMP-resistant flying instruments and so on. On the other hand it is to be said, that some of these companies producing high technology really depend on these state orders.

Further on we have to say that companies in general producing any kind of high-tech have to be in a very close contact with their potential users to fulfill their special wishes and needs, and that especially companies which work in the sphere of national defense need this close contact and the geographical linkage to the military users, for example for the testing of new equipment and new technologies, which gives us finally the impression that these companies and the national defense have to live in a kind of symbiosis.

So we might say that another important locational factor for the high-tech industry in that area is a result of these already existing military installations.

After looking at some of the dynamic factors of the Silicon Valley in detail we now might summarize the development in a more general way: The location of technical labor force acted and acts together with important surrounding components as a significant competitive advantage with respect to other regions in conduct of technological activities. First, the agglomeration of skilled labor force attracted and attracts new performers of R and D. The technical personnel in universities and in government and private R and D formed and form a labor pool, which was and still is the resource for other research performers. Second, spin-offs or new enterprises were and are formed out of the research intensive firms or organisations by entrepreneurs, who decide to make use of their technical skills in a new business. Third, policy-making in science and technology tends to favour industries, which are already highly research intensive to contribute to defense, energy and other goals. These allocations have effects on industries and regions that may be unanticipated or unintended. Fourth, as economic and technological competitiveness becomes more important the use of R and D as an instrument of federal policy may have more increasing importance in future national and regional development.

Problems of the Silicon Valley

One of the major problems in this area is the daily traffic. Although there is a good system of freeways and supporting streets, this network of public roads is crowded every day. The average daily traffic flow was between 100 000 and 200 000 in the Central area already in 1974. Today the situation is even worse. One of the reasons is that jobs in the Silicon Valley have grown faster than housing, so that today there are about 250 000 persons who have to drive in or to use public transport daily (mainly buses) to get to work in the morning, and then they leave in the evening to get back to their homes, which are sometimes up to 25 miles away from the place where they work. Among these are also persons who have the chance (because of their better income) to live far away in the beautiful regions near Wunderlich County Park or Upper Chrystal Springs Reservoir for example.

Another important reason for the daily traffic problem is, that the Silicon Valley

was growing much faster than all planners of public transport could have foreseen. Most of the buildings between San Francisco and San Jose had been built up after the 1950's.

Facing this problem of the growing daily traffic, the different counties were looking for a solution for the first time in the late 1960's. One of these, instead of building more bridges and streets in that area was to enlarge public transport. The idea was to build the Bay Area Rapid Transit (BART), which should serve in the future the whole of the San Francisco Bay Area and Contra Costa County as well as Alameda County.

At the moment there is the extension under study which then would serve the west side of the Bay (Daly City, South San Francisco, Millbrae, San Mateo, Menlo Park), after the east side line is already finished, serving now Oakland, Alameda, San Leandro, Hayward and Union City. One of the problems in the future of the west side line is San Jose County. The countymen are not willing to invest in BART, as far as my information goes.

The development of the BART-system was, by the way, the only attempt by major American cities since World War II to develop a comprehensive plan of public transportation.

Unfortunately, BART had a lot of problems. In trying to stretch the tax dollar the transit authority cut corners and consequently made many mistakes. Although they invested 1.4 billion U.S. dollars, they bought equipment from one company, computers from another, with resulting difficulty in coordination. The early operations were plagued by a great many equipment problems, and BART was a long time getting the tunnel under San Francisco Bay into services because of its failure to meet state safety requirements.

Another major problem is that of adequate housing. As I already mentioned, the jobs in the Silicon Valley have grown faster than housing. In the late 1970's and the early 1980's the growth of industry was that fast, that each year 40 000 new jobs has been created. The lack of housing was evident.

At the same time it was becoming more and more difficult to find adequate space to build larger residential areas, because at that time nearly the whole of the entire Silicon Valley was covered by a monotone sprawl of low rectangular buildings, inside producing high-tech.

So one of the possibilities was for most of the people in the Valley to live outside and to drive in every day, causing in this way the traffic problems I mentioned above.

To deal with such growth and its problems, Santa Clara County has introduced a new program for systematic regional planning that hopefully will replace wanton expansion. And the need is urgent, but unfortunately in most areas in the U.S. regional planning is corrupted by speculation, or as Porsche sales-manager from San Jose pointed out: "The government is not taking final planning decisions here, only the dollar is doing that."

Furthermore it is obvious, that mobile home parks and multiple housing are inevitable and flourishing. Where once the single family house tract was a mass housing market now fewer and fewer are able to afford it. As a substitute, the mobile home park comes walled with cement block and heavily landscaped: the

immovable trailer is really a prefabricated or modular house. This is one way of keeping costs down. The other is planned unit development. These units are as often purchased as rented, and offer more profit to the developers and a more intensive use of land. Such a low rise apartment boom is for example affecting Alameda County now, reproducing a comparable housing that existed long ago in San Mateo County. There is gained reputation as appropriate for "swinging singles" style; now many such developments in the East Bay and in Marin County are catering instead to families with children.

Just as housing style and economic class categorize some parts of suburbia, so does specific age and income class. As San Jose became the regional model for one form of suburbia, in the valley of Tice Creek just south of Walnut Creek there is another archetype. The warmth and landscape beauty of this ranching valley forms a setting for housing for "mature" citizens where retirement is pictured as a busy round of golf and swimming, sunning and puttering. Had retirement not come earlier and earlier to the affluent, these developments might have become geriatric ghettos. Instead, Rossmoor has become the model for numerous small leisure communities restricted to adult citizens now to be found in Napa and Sonoma valleys, as well as in the outer reaches of the East and the West Bay. Such tracts provide congenial surroundings, protection, and some assurance that housing outlays will be directed to their owners' particular needs. Medical plans, exterior landscaping shared by all, security guards, and a restricted gate entrance are all features that come with house purchase and maintenance. Neither Oakland nor Berkeley, Richmond nor San Francisco can offer what these residents want, either in physical or social climate.

The black population of the Bay Area inhabits many "islands" separated by rough terrain, by nonresidential land use, by income class, and by lifestyle. Much of this isolation derives from nonacceptance by the majority population, but emerging as well are patterns of residential separation through choice that are a response to black aspiration rather than to white discriminatory practices.

Another result of the sprawl of rectangular buildings throughout the Valley was that only 13 000 acres of original 100 000 acres of orchards have survived. The entire fruit industry, which was dominating before the chip ("B.C.") the west San Francisco Bay: 50 years ago half of the world's dried prunes were produced in that region.

Another problem of the area is that of pollution. The cities and most of its inhabitants had assumed that electronic industry was non polluting, until the message arrived in the end of 1981 that hazardous chemicals from 11 of the Valley's major electronic firms had leaked from buried tanks and in one instance, contaminated public water.

Beside that kind of pollution, there is a heavy pollution of the air, caused by the massive daily traffic flow.

There are other problems too. It's a tremendously striving, intellectually oriented population, living under the proverb 'Money is life's report card'. People tend to be workaholics, who can fall to prey to alcoholism, divorce and depression. 'Burn out' has become a common Valley syndrome, for not all can main-

tain the winner profile, even if the average family income in the Valley has grown from 18 000 in 1970 up to 27 000 U.S. Dollars in 1980 during a period of time, when the whole of the U.S. had to fight with a deep recession.**

For those at the assembly lines, the stress shows in drug abuse.

Another problem, which I'd just like to touch is that of the growing crime rate. A stolen chip can save a corporation or nation ambitious for advanced technology millions of dollars and man-years in R and D. So, industrial espionage and theft by other companies and potential competitive nations has been growing. Finally there is a problem, which hasn't any direct linkage to the electronics industry, but it is an important problem: The San Francisco Bay region is subject to frequent, widely distributed earthquakes; from 1850 to 1927, about 1000 were recorded. Perhaps two or three in 150 years are internationally known (1906 - 8.3 on the Richter scale); though more that have caused physical damage are locally recognized (San Francisco, 1957 - 5.3, or Santa Rosa, 1969 - 5.7).

Around the Bay there are four historically active fault zones - the San Andreas, the Sargent, the Calaveras, and the Hayward. The earthquake activity was localized in narrow surface zones that descend almost vertically some ten miles. Movements producing earthquakes on the San Andreas, Hayward, and Calaveras faults shift rock masses seaward of those traces - i.e. toward the northwest, in horizontal plane. Each of these faults has generated large earthquakes resulting in surface displacement and major damage to buildings. On the surface the major faults are evidenced by local relief features such as off-set streams, scarps, and one of the most persistent features, sag ponds. After land fill and subsequent housing developments have completely obscured fault-created ponds, reports of flooded basements or local subsidence reveal their location.

** Prices for microprocessors are steadily declining but the growth rate for the industry was about 20 %.

Reise nach Westpreußen 1984

von

Prof. Dr. Gerd Wolandt

An dieser Reise ist ungefähr alles schwer zu erklären: der Zeitpunkt, die Erfahrungen, vor allem aber auch die Veranlassung. Seit vierzig Jahren hatte ich Karthaus nicht gesehen. Ich hatte die Stadt Anfang Dezember 1944 mit dem Zug verlassen, als ich zum RAD einrückte. Nun fuhr ich an einem Juniabend von Sierakowitz her, am Spitzberg vorbei, auf den Brunoplatz zu, jede Einzelheit wie etwas ganz und gar Unwirkliches registrierend. Das Auto hatte mich in wenigen Stunden durch Landschaften gebracht, die man früher nie kennengelernt hätte, und so empfand ich auch jetzt wieder das Unangemessene dieses gewaltsamen und anstrengenden Reisens auf einem Boden, den ich früher nur zu Fuß oder mit dem Rad erlebt hatte. Ich hatte von der kleinen Stadt immer und immer wieder geträumt. Sie war mir teurer als jeder andere Platz des vergangenen Reiches, obwohl ich irgendwoanders geboren bin und obwohl mich die Sonne dieses Landstrichs nur wenige Jahre beschiene hat. Denn das ist merkwürdig: Obwohl es hier wie überall in Ost- oder Mitteleuropa Regen und Nebel gegeben hat, für mich war Karthaus ein Sommer, der nie geendet hat, ein Sommer auf dem Klostersee, den ich einmal in ungeschickten Versen festzuhalten versuchte. So war die Sonne auch jetzt mit mir, den ganzen Weg von Stettin über Köslin, Schlawe und Stolp, und schließlich in den Kreis hinein über Gowidlino, Sierakowitz und Miechutshin. Kaum etwas deutete auf Veränderungen, ein kleiner Kirchenbau unterwegs in unbeholfener Betonkonstruktion, einige Neubauten kurz vor der Stadt. Unterwegs hatten sonntäglich gekleidete Kirchgänger, die vom Abendgottesdienst kamen, bemerkbar gemacht, daß es ein Sonntag war. Deswegen hatten wohl auch so viele Spaziergänger bei Stettin die Autobahntrasse bevölkert. Karthaus war um diese Zeit schon menschenleer. Man hätte nicht leicht eine Auskunft über die Zieladresse bekommen können. Dies war auch nicht nötig. Den Weg hätte ich, wie mir jetzt klar wurde, auch im Schlaf gefunden. Jedes Haus in jeder Straße dieser Kleinstadt hätte ich gefunden. Nichts war zerstört, außer dem Bahnhof, dem Haus von Brzeski, dem evangelischen und dem jüdischen Friedhof.

Daß ich in den Ort mit Herzklopfen einfuhr, muß ich keinem erklären, der der Stadt dieselbe Anhänglichkeit bewahrt hat. Es beruhigt mich, daß ich mit meiner Neigung nicht allein bin, daß alle Freunde, unter ihnen die "Fahrschüler", Ähnliches berichten, ob sie nun in Karthaus geboren sind oder nicht.

Es ist schwierig, sommerliche Eindrücke festzuhalten, auch wenn man damit nicht bis zum Winter wartet. Am schwierigsten ist es mit den ersten Eindrücken. Muß der Boden nicht beben, den man nie mehr zu betreten gehofft hatte? Natürlich, die Reise wäre längst schon möglich gewesen, aber wer fürchtet sich nicht

vor seinen Träumen? Die ersten Tage waren voller Herzklopfen. Das Haus in der Jäschkentaler Straße, der Weg zum See, die alte Badestelle, die Brücke, der Blick auf die Klosterkirche, der Philosophenweg... Im hellen Tageslicht die Empfindung des Unheimlichen, der Zeitsprung, der die Toten gegenwärtig macht. Hauseingänge, Zäune, Gebäude, alles erinnert an Menschen, die gestern, beim letzten Mal, noch hier waren. Derselbe Himmel, dieselbe alte Türklinke, der Treppenabsatz: die erste Etage im Haus Nr. 12. Man geht die Wege ab, die anderen in ihrem Gespräch lassend, der Photoapparat ist ein Vorwand. Die Motive sind es gar nicht, alles ist wichtig, man saugt sich voll mit den Bildern, alles möchte man sehen, dort oben am Haus, an diesem häßlichen dreistöckigen Klotz die Jahreszahl, 1930 also, vor der Weltwirtschaftskrise erbaut, die Vorderfront: vier Porzellanschellen für die elektrische Leitung, schräg über dem Fenster meines unheizbaren Zimmers zwischen der ersten und zweiten Etage, im Garten immer noch die Bank, die mein Vater selbst gezimmert hatte.

In den Nebenstraßen, wie hier im Bereich Jäschkentaler Straße, Schlachthofstraße, Wasserwerksstraße, kein Auto, kaum ein Mensch, wenige Kinder. Alles scheint noch ruhiger als gestern. "Gestern", also im Kriege, legte man im Haus gegenüber den Leichnam, einen Mann mittleren Alters, unten im Hausflur in den Sarg. Ich konnte es von meinem Fenster aus sehen, es war die erste Leiche meines Lebens. Jetzt stehe ich im selben Flur, der sich seither nicht geändert hat, und gehe, was ich früher nicht gewagt hätte, im fremden Haus die Treppe hinauf und blicke vom Treppenabsatz aus auf unsere Fenster. Dort hatte meine Mutter ihren Damenschreibtisch. Tante Käthe übernachtete in diesem Zimmer, als sie zu Besuch war. Das sind die beiden Fenster rechts. In der Mitte die beiden Fenster, das Wohnzimmer, dort stand das Telephon mit der Kurbel auf dem Schreibtisch zwischen den beiden Fenstern, an der Wand das Sofa, darüber das bekannte Bild. Hier hörten wir im Radio die Nachricht vom Untergang der "Bismarck". Meine Mutter wurde nicht eingeweiht. Wir taten ihr sicher Unrecht, wenn wir meinten, daß sie über das Nachrichtenhören von Vater und Sohn nicht würde schweigen können. Vielleicht wäre es auch möglich gewesen, in die Wohnung zu gehen, andere haben so etwas schon getan, Roman hätte gedolmetscht, gewiß wäre man freundlich aufgenommen worden, aber der Boden bebt auch so schon genug.

Mit den Tagen wird dieser Boden fester. Die Stadt ist klein, in fünf oder zehn Minuten ist man am anderen Ende. Jede Straße ist man nun schon vielfach gegangen, es gibt, so lange es bei der Stadtgeographie bleibt, keine Entfernungen. Der Markt ist nun nicht mehr auf dem Platz, der für ihn bestimmt ist. Die große Fläche vor der Evangelischen Kirche wird als Parkplatz genutzt, das ist nicht besonders schön, aber es gehört wohl zu den unschuldigen Fortschritten, genau so wie die wenigen Meter einer Fußgängerzone von Borschestowki bis zum Park. Markt wird jetzt zweimal in der Woche auf einer freien Fläche zwischen Kirche und Bahnstrecke gehalten, zugänglich von der Bahnhofstraße aus. Die Bauern verkaufen Erdbeeren, Radieschen, Gurken und Blumen zu ziemlich hohen Preisen. Immerhin scheint es hier mehr zu geben als in den Geschäften. Neben dem Obst- und Gemüsemarkt sind auf dem Boden Textilien ausgebreitet, getragene

Sachen wie auf einem Flohmarkt. Die Bauern kommen mit ihrem Pferd zum Markt. Ihre Wagen haben jetzt Luftreifen, das ist die ganze Veränderung.

Nach drei Tagen fahren wir mit dem Auto nach Danzig. Am Kohlenmarkt ist ohne Schwierigkeiten ein Parkplatz zu bekommen. Die Stadt ist nach dieser Seite hin offen. Hier beginnt der restaurierte Bezirk. Die Wiederaufbauleistung der Restauratoren ist oft gelobt worden, wer wollte diese Leistung mißachten, aber der Unterschied gegenüber dem Vorkriegs- und Kriegs-Danzig ist unüberschbar. Die Restauration hat aus dem Zentrum der alten Stadt, dem Bezirk um die Marienkirche herum, zwischen dem Grünen Tor und dem Langgasser Tor etwas entstehen lassen, das gleichzeitig an die Konservierung von Ravenna und Herculaneum erinnert. Nicht alle Straßenzeilen konnten – oder sollten – bewahrt werden. Zwischen den Giebelzeilen gibt es immer wieder freien Raum, wo Unkraut wächst und wo die Bewohner ihre primitiven Garagen erbaut haben. Die berühmte Front der Langen Brücke ist größtenteils ein Bretterzaun und die gegenüberliegende Speicherinsel eine Trümmerwüste. Wüst und zerstört ist auch das Gebiet hinter der Speicherinsel, auf Langgarten sind die kleinen Häuser verschwunden, doch die festen Mauern des Milchkannturms haben dem Feuersturm widerstanden.

Eigentlich hatte ich gar nicht nach Danzig gewollt. Freimütig muß ich gestehen, daß ich zu dieser Stadt als Junge eine sehr zwiespaltige Beziehung hatte. Bis 1940 hatten wir in jedem Sommer bei den Großeltern in Heubude unsere Ferien verlebt. Das großelterliche Haus lag an der Toten Weichsel zwischen Troyl und Heubude, Adresse: Heubuder Straße 43. Der Großvater, der als Schiffszimmermann bei Schichau gearbeitet hat (jetzt Lenin-Werft), hatte um 1895 herum das Holzhaus, mit allem was dazugehört: Ställe, Hühnerstall, Erdkeller und Zäunen selbst gezimmert. Jedenfalls ist mein Vater, 1892, noch in Troyl, wenige Kilometer auf Danzig zu, aber ebenso wie Heubude im Weichseldelta, geboren. Das Haus ist nach Stil und Form ganz das behäbige dörfliche Haus, von denen es im alten Heubude viele gab: vier kleine Wohnungen, Küche und Kammer, alle ebenerdig, an der Vorderfront und an der Rückfront die Vorlaube, durch die hindurch man sofort die Küche betrat. In der Vorlaube wurde das Gemüse geputzt, die Fische geschuppt und die Hühner gerupft. Jeder konnte den Hof zwischen dem Haus und den vielen Holzställen benutzen, aber nur dem "Wirt" gehörte der große Garten. Dieser erstreckte sich bis ans Feld, Grundstück und Garten 1500 m², ein ebenso großes Stück war noch einmal als Kartoffelacker an den benachbarten Bauern Nötzel verpachtet. Im Garten außer dem üblichen Gemüse und dem Kartoffelfeld am Rande viele Spillenbäume, von denen im Winter 41/42 manche erfroren, und der große Birnbaum.

Das ist das alte Bild, dem ich noch viele Einzelheiten einzeichnen könnte: die Pumpe, die erst 1940 durch eine Wasserleitung (im Freien) ersetzt wurde, das "Klochen" hinten am Wassergraben, im Sommer Mücken und im Winter eisig kalt, der kleine Verschlag, der Platz bot für ein selbstgezimmertes Paddelboot, das Lutchen, der Steg vor den Graben mit Pforte, daneben ein Schild "Durch-

gang verboten. Der Wirt". Nebenbei war die Bootswerft von Kropp. Im nächsten Nachbarhaus auf Heubude zu gab es einen Jungen, in den Ferien willkommener Spielkamerad: Ottchen. Die Großeltern als Hausbesitzer bewohnten die Wohnung hinten (von der Straße aus gesehen) links. In den anderen Wohnungen: eine kinderreiche Familie, "die jungen Lukas", elf Kinder, nur die älteste Tochter war etwas "Ordentliches" geworden, mit den anderen war wenig Staat zu machen, einer war schwachsinnig und wurde nicht eingezogen, ein anderer kam als Rotenführer der SS auf Urlaub, auch er harmlos beschränkt, er spielte mit den jüngeren Geschwistern und deren Gefährten "Soldatchen". In den anderen beiden Wohnungen Rentner, hinten die Großeltern der kinderreichen Familie, in der vorderen Wohnung, neben meinen Großeltern, der alte Mollenhauer. Nach dem Einmarsch zerschlugen die Russen dem Achtzigjährigen die Brille, der sich daraufhin in einem Stall erhängte.

Auch der Großvater starb kurz nach dem Einmarsch. Die Frauen hatten den blinden und tauben alten Mann allein mit einem Lebensmittelvorrat im Haus zurücklassen müssen. Alle Einwohner wurden damals in die Stadt hineingetrieben. Sie nächtigten auf offenen Plätzen, während russische Soldaten anzündeten, was von Danzig noch übriggeblieben war. Nachher durften sie in das Haus zurückkehren. Sie fanden den Großvater tot im Bett. Niemand wußte, was seinen Tod herbeigeführt hat. Die Tante begrub ihren Vater unter dem alten Birnbaum.

Jetzt stehe ich zum ersten Mal wieder hier und betrachte den derzeitigen Zustand. Dieses Haus ist das einzige, das von der ganzen Häuserzeile übriggeblieben ist. Nichts mehr ist übrig von all den Anwesen, an die ich mich zu erinnern vermag. Die freundliche Landschaft sieht jetzt auch wie irgendeine ganz häßliche Zone, die man in der Bundesrepublik wohl neuerdings "Industriebrache" nennen würde. Röhren, Schuppen, Brennesseln, ein einziges Bild der Verwahrlosung, vielleicht sieht es am Stadtrand von Caracas so ähnlich aus. Von dem Garten ist fast nichts mehr übrig, wo früher Spillenbäume gestanden haben, hatte sich jemand einen Wohnschuppen errichtet, der ist aber auch schon wieder abgebrannt, und die Trümmer wurden nie aufgeräumt. Das Haus selbst steht noch leidlich, einige Fenster sind wahllos ersetzt, alles in der üblichen Verschmutzung, natürlich ist alles bewohnt, um das Haus herum schlurft ein schmutziger Alter.

Dies also war der Anfang von Heubude, wir fahren weiter. Es ist nicht ganz leicht, den Weg zum Strand zu finden, denn Heubude gibt es nicht mehr. Wo einmal das schöne Dorf war, stehen jetzt die häßlichsten und schmutzigsten Vorstadtblocks, die man sich denken kann. Die Straßenbahn allerdings verkehrt auf denselben Schienen, der Heidsee ist an der alten Stelle, vom Kiefernwald ist auch noch manches übriggeblieben, der Strand jedoch bietet einen so traurigen Anblick, daß man sich auf der Stelle wieder abwendet: keine Strandhalle mehr, keine gepflegten Wege, nur der Geruch von Desinfektionsmitteln und Fritten.

Man muß eigentlich gar nicht so lange über das neue Danzig sprechen. Der nüchterne Befund: Danzig gibt es nicht mehr. Der von Brandt empfohlene "Bevölke-

rungsaustausch" ist hier fast vollständig vollzogen. Wenn man sich genau unterrichtet, findet man auch noch Ureinwohner und ihre Nachkommen, je nach ihrem Alter und ihrer Entfernung von der Vergangenheit haben sie noch Deutschkenntnisse, das ist aber auch alles. Die Friedhöfe hat der Brand nicht zerstören können, das besorgte die neue Administration. Die Begründungen sind verschiedenartig, aber der Sinn des Unternehmens war überall derselbe: Jedes deutsche Wort sollte ausgelöscht werden. Trotzdem kenne ich mich auch heute noch in der Innenstadt besser aus als meine Gastgeber. Dort auf der Langgasse, nicht weit vom Postamt, war meine Straßenbahnhaltestelle. Dann gingen wir, die Hundegasse überquerend, durch die Fleischergasse, nach einigen weiteren Quergassen der Komplex des Franziskanerklosters, erst das Stadtmuseum, dann mit dem Refektorium unsere Schule, St. Johann. Diesen robusten Gebäudekomplex hat man wieder aufgebaut, aber jetzt steht er verloren in einer schäbigen Neubauwüste, von der Fußgängerzone in der Langgasse durch eine Umgehungsstraße, die im Bogen vom Bahnhof nach Niederstadt hinausführt, getrennt. Ich besuche mir die Schule vom Auto aus. Sogar noch ein paar alte Bäume sind auf dem Schulhof übrig. Auch hier tauchen die schwankenden Gestalten auf: der Direktor Faber, Bruder des Reiseschriftstellers, "Tantäus", der viel zu gutherzige Lateinlehrer, der uk-gestellte Englischlehrer, SA-Führer, der versäumte Hausaufgaben mit Liegestützen bestrafte, Platen, der gebildet-ironische Deutschlehrer.

Später überlege ich mir, wie viel Glück ich bei meinen häufigen Schulwechseln mit den Deutschlehrern gehabt habe. Jeder einzelne von ihnen hatte bei aller Verschiedenheit Bildung und Format. Bei meinen eigenen Kindern habe ich nicht einen einzigen getroffen, von dem ich das behaupten könnte. In St. Johann bin ich damals (aus disziplinarischen Gründen) herausgeflogen. Ich bin der Schule deswegen nicht böse, nicht einmal den Lehrern, die an meinem Rauschmiß beteiligt waren, denn ihnen verdanke ich es, daß ich endlich auch an jedem einzelnen Wochentag dort sein durfte, wohin es mich zog: in Karthaus.

Danzig war in den Ferien für uns ein Paradies. Die Großmutter kochte Spillensuppe und Klütermus. Als Kinder brachten wir oft vom Strand Muschelschalen mit, auf die sich die Hühner stürzten, außerdem in den Eimerchen Sand, die die Großmutter zum Töpfeschuern nahm. Später veränderte sich meine Einstellung zu Danzig von Grund aus.

Mein Vater hatte nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen alle Sommerferien der Familie in Danzig verlebt. Auch wir Kinder merkten es, wie sehr er auflebte, sobald er den Boden des Freistaates betrat. Keine einzige Stadt in Europa habe ich so gründlich besichtigt wie Danzig. Jedes der historischen Gebäude kannte ich von außen und auch von innen. Im Innenstadtbereich bin ich bestimmt durch jede Gasse gegangen. Überall war ich mit dem Rad gewesen, die Weichsel entlang auf beiden Seiten, wo es sich machen ließ, von Weichselmünde und Westerplatte bis Neufähr und später dann auch noch weiter bis zur Nehrung hin, nach Stuttgart und Vogelsang. Mein Vater hatte alles getan, um uns Stadt und Land nahezu bringen. Es fehlte nicht an Büchern, auch die volkstümliche Mundartliteratur fand sich in seinem Bücherschrank ("Poguttke").

Mit dem Umzug nach Westpreußen veränderte sich meine Einstellung gründlich. Ich verlor vom ersten Tage an mein Herz an Karthaus. Der Aufenthalt in Danzig war mir nur lästig. Ich wollte bei den Eltern sein und nicht bei Onkel und Tante. Ich zählte die Stunden, die vergingen, bis ich mich am Sonnabendmittag 13.30 Uhr im Hauptbahnhof in den Zug nach Karthaus setzen konnte. Die halbe Strecke fuhr ich meist mit Ekkehart Hoene zusammen, den in Leesen eine Kutsche erwartete. In Karthaus war meine Mutter schon am Bahnhof, der schmale Weg hinter der Volksschule zur Jäschkentaler Straße dauerte nur fünf Minuten. Möglichst wollte ich noch am selben Nachmittag auf dem See sein. Alle Angebote, Ferien bei Verwandten in Westdeutschland zu verbringen, schlug ich aus. So wie ich die Dinge sah und empfand, war der überstürzte Auszug aus Danzig mit dem Konflikt in der Schule und dem Ehedrama meiner Tante für mich ein einziger Glücksfall. Endlich war ich dort, wo ich sein wollte. Die glücklichsten Tage begannen, und ich kostete jede Stunde aus.

Ich muß über meine etwas zwiespältige Einstellung zu Danzig kaum noch etwas hinzufügen. Zwischen den Westpreußen auf dem Lande und den Städtern gab es einen deutlichen Gegensatz, wie er bei Provinzhauptstädten auch sonst auftreten mag. Die Städter waren für ihre Großmüligkeit bekannt, jedenfalls hatte der Name "Mottlauspucker" einen Nebensinn, der das anmaßende und laute Wesen der Stadtbewohner gegenüber den langsameren Landbewohnern betraf. Wenigstens zwei Prominente sorgen auch heute noch dafür, daß die Erinnerung an großmüliges Mottlauspuckertum bewahrt bleibt: Ehmke und Grass. Auch in der eigenen Verwandtschaft hatte ich Danziger dieser Art, mein eigener Vater jedoch war wohl immer noch zu dörflich geblieben. Bei aller Energie und Rastlosigkeit war er doch verschlossen, etwas unbeholfen und schwermütig.

Ein "Führerwort", das seinerzeit oft zitiert wurde, lautete: "Danzig war deutsch, Danzig ist deutsch und Danzig wird ewig deutsch bleiben." Wie so viele Hitler-Formeln und wie überhaupt so viele politische Phrasen konnte auch diese Rede vor der Geschichte nicht bestehen. Über Danzigs Vergangenheit muß ich nicht sprechen. Nüchterne Historiker haben zur Geschichte und Kolonisation der Stadt das Nötige gesagt. Ich will mich nur zum politischen Klima in der Freistaat-Zeit äußern. Es gab eine Stimmung der Selbstbehauptung, und auch Politiker, die über den Verdacht eines primitiven Nationalismus erhaben sind, wie Hermann Rauschnig, haben auf die Belastungen hingewiesen, die sich aus der Korridorlösung ergaben. Trotzdem konnte man, was die Zeugnisse der Volksdeutschen im damaligen Polen bestätigen, mit den Verhältnissen leben. Nachträglich ist das natürlich leichter gesagt, weil wir jetzt alles an den Schrecken messen, die dem Zusammenbruch 1945 folgten. Für den Gegensatz zwischen Stadt und Land, vor allem aber für den Gegensatz zwischen Danzig und der Kaschubei, scheint mir eine gewisse selbstgerechte Haltung der Danziger bezeichnend zu sein. Nach Sprache und Kultur war Danzig, die Stadt und der Freistaat, gewiß deutsch. Doch Westpreußen war, ethnisch betrachtet, zu allen Zeiten gemischt. Hier galt das Hitler-Wort überhaupt nicht. Nur die fruchtbare Niederung und das Weichseltal waren überwiegend deutsch besiedelt, in der übrigen Provinz gab es an vielen Stellen

eingestreut deutsche Siedlungen, manche Landstädte waren gleichfalls überwiegend deutsch, doch die Dörfer und Städte der Heide, Pommerellens und auch der weitläufigen südlichen Gebiete in Westpreußen waren slawisch. Im Norden waren dies wohl die Nachfahren jener Einwohnerschaft, die der Deutsche Orden bei der Kolonisation vorfand, die Nachfahren der Pommeranen, die heutigen Kaschuben. Im Süden gab es Polen. Die Hauptstadt des Gebiets, Danzig war Hansestadt mit deutschem Recht und deutscher Amtssprache, von deutschen und holländischen Architekten erbaut, wenn auch über Jahrhunderte hin unter polnischer Lehns- hoheit. Doch dieser Punkt ist, wenn man von Historikern auf beiden Seiten ab- sieht, die Geschichtsschreibung mit nationalistischer Propaganda verwechseln, weder strittig noch schwierig. Was aber die Danziger zu vergessen schien, war die Tatsache, daß sie nach Kultur und Sprache zwar so gut wie ausnahmslos Deutsche waren, daß aber die Vorfahren dieser Danziger Bevölkerung zu einem beträchtlichen Anteil (ein Viertel oder vielleicht sogar ein Drittel) aus den slawischen Gebieten stammte. Diese Herkunft hatte sich zum Teil noch in den Namen bewahrt, zum Teil auch in der Konfession. Im großen und ganzen waren die Deutschen in der preußischen Provinz Westpreußen, also vor dem Ersten Welt- krieg, evangelisch, die Slawen, die Kaschuben und die Polen, hingegen katho- lisch. Durch mancherlei Zuwanderung aus dem ganzen Reichsgebiet, übrigens auch aus Süddeutschland, blieb die Grenze zwischen Volkstum und Konfessionen nicht ganz eindeutig, für die Mehrheit trifft sie jedoch zu. Das ganze Land, die ganze Provinz, die später, in der kurzen Eingliederungszeit während des Krie- ges, aus Preußen ausgegliedert wurde, war nach Herkunft, Tradition, Religion und Volkszugehörigkeit ein gemischtes Gebiet. Der besondere Zauber der Pro- vinz, der vor allem in älteren, ich möchte sagen: in vornationalistischen Veröf- fentlichungen festgehalten ist, liegt in diesem komplexen Charakter. Kurz gesagt, das alte Westpreußen wäre nicht Westpreußen ohne Kaschuben und Polen und Deutsche (und nicht ohne Juden, aber das weiß auch unsere Generation nur aus Erzählungen).

Wie gesagt, die Freistaat-Zeit war überwiegend durch eine Selbstbehauptungspoli- tik geprägt. Doch die "Danzig ist deutsch"-Formel, mochte sie, oberflächlich be- trachtet, auch eine Binsenwahrheit enthalten, war trotz allem verfehlt. Auch in der Polen-Zeit (vor 1939) hatte Danzig, trotz aller Versuche, Gdingen an seine Stelle treten zu lassen, wirtschaftlich gesehen noch die Bedeutung einer Provinz- hauptstadt. Die Hauptstadt aber durfte sich nicht in einen Gegensatz zum Land setzen. Dies aber tat sie mit der verachtungsvollen Behandlung der eigenen Vor- fahren und der eigenen Verwandten. 1939 wurde die alte Provinzhauptstadt zum Sitz der Reichsstatthalterei, und in die kleinen Kreisstädte rund um Danzig (Neu- stadt, Karthaus, Berent, Preußisch Stargard) zogen Landräte ein, die, wie der Reichsstatthalter, in Personalunion Führer der NSDAP waren.

Hier möchte ich eine allgemeine Bemerkung einfügen: Die Volkstumspolitiker auf beiden Seiten, insbesondere diejenigen, die sehr weit vom Schuß saßen, sagen wir in Hamburg oder in Krakau, haben dieses Land nie verstanden. Der Herr aus Österreich, der sich als Befreier der alten Hansestadt feiern ließ, wußte von den

Bewohnern Westpreußens genau so wenig wie die polnischen Politiker, die die Geschichte um jeden Preis umzuschreiben versuchten. Betrachtet man aber die Entwicklung der letzten hundert oder hundertfünfzig Jahre in diesem Gebiet, so wird man feststellen müssen, daß die beiden konkurrierenden Nationalismen den Unsegen für Land und Leute in jeder neuen Phase vergrößert haben. Schreckens- daten dieser Entwicklung waren die Jahre 1939 und 1945.

Eine differenzierte Geschichtsschreibung kann die Spuren, die das Deutschtum, die das Polentum und die die Kaschuben diesem Land eingepägt haben, unter- scheiden. Der Historiker, der in Zukunft auf diesem Gebiete arbeiten will, darf es als einen Glücksfall betrachten, daß das Land so arm ist. Der Mangel an Ge- bäuden, insbesondere an Wohnungen, hat dafür gesorgt, daß fast überall außer- halb der Provinzhauptstadt die Bausubstanz erhalten geblieben ist. So wie in der kleinen Kreisstadt Karthaus ist es auch an anderen Orten: die öffentlichen Ge- bäude aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg tragen die Züge der Preußischen Kolonialarchitektur und unterscheiden sich kaum von den entsprechenden Bau- werken in Pommern und in Ostpreußen, in der kurzen Wirtschaftsblüte der frühen Dreißiger Jahre errichteten die Polen ihre kubischen Zweckbauten, in der Kriegszeit wiederum entstanden einige wenige Wohnbauten im Jugendherbergs- stil ("Neue Heimat") und nach dem Kriege entstanden wiederum nüchterne Zweckbauten mit flachen Dächern, an einigen Stellen allerdings schuf der Traum vom schöneren Leben auch wenige Eigenheime westlichen Zuschnitts. Man kann, wie gesagt, scheiden und einteilen. Dies gilt nicht allein für die Architektur, dies gilt in gleicher Weise für Spiel und Sport, aber auch für die alltäglichen Umgangs- formen. Bei alledem darf man jedoch nicht übersehen, daß Gebäude und Dinge, Gebräuche und Arbeitsformen im Miteinanderleben entstanden waren, und daß in dieser Grenzbevölkerung fast in jeder Familie Mischungen vorkommen, die sich auf die Herkunft, auf die Sprache, auf die Konfession und auf das persö- nliche Schicksal erstrecken. Unsere Hausangestellte, gebürtige Karthäuserin und echte Kaschubin, hatte viele Geschwister. Einer ihrer Brüder war während des Krieges Kriegsgefangener und später Fremdarbeiter in Deutschland, ein anderer, nicht ganz freiwillig (darüber wäre einiges zu berichten) Soldat der Waffen-SS, ein Onkel unserer Josefa wurde wegen einer wirklichen oder angeblichen Arbeits- verfehlung in das Konzentrationslager Stutthof gebracht. Nach längerer Haft ent- ließ man ihn ohne Fahrgeld. Er wanderte die 80 Kilometer nach Karthaus und starb nach der Ankunft am nächsten Tage. Solche verwickelten Verhältnisse waren ganz gewöhnlich. Sie betrafen alle Schichten und alle Berufe. Der Onkel eines Danziger Klassenkameraden, dessen Familie ganz zweifelsfrei deutsch war, war während der Kriegszeit als polnischer Offizier in einem deutschen Gefange- nenlager. Ich könnte die Reihe ähnlicher Beispiele noch ziemlich lange fortset- zen, es gibt auch viele tragische Konstellationen. Ein weiteres Beispiel aus Kart- haus: der Vater, polnischer Rechtsanwalt, von den Deutschen ermordet, die Mut- ter, Deutsche, nimmt, um ihr Deutschtum zu dokumentieren, ihren Mädchen- namen Schmidt wieder an, der Sohn, an den sich die Karthäuser heute als an einen "hübschen Bengel" erinnern, wird Jungzugführer, er fällt als Soldat 1944.

Nach dem Einmarsch der Russen erhängt sich die Mutter auf dem Dachboden. Die Familie ist ausgelöscht. Auch dies ist, um die schreckliche Wahrheit zu sagen, kein Einzelfall, der Schrecken ist leider typisch. Ich habe den Jungzugführer Schmidt auch gekannt, daß er gefallen ist, habe ich erst jetzt erfahren. Das Schicksal seines Vaters kannte ich, auch eine Reihe ähnlicher Fälle aus der Kriegszeit waren mir bekannt. Während der Polenzeit vor 1939 hatte Karthaus einen Wahlbürgermeister. Der Amtsinhaber war ein wohlhabender Kaufmann mit Landhandel und Grundbesitz, Herr von Lewinski. Er war mit einer Deutschen, die aus Lauenburg (Pommern) stammte, verheiratet. Der Sohn Henryk (Heini) besuchte mit mir zusammen in Berent die Oberschule. Der ehemalige Bürgermeister war im Ersten Weltkrieg deutscher Offizier gewesen, dann hatte er als Angehöriger der polnischen Freiwilligenarmee an der Schlacht bei Warschau gegen die Russen teilgenommen (1920); als die Deutschen 1939 einrückten, hatte er die Verwaltung übergeben. Bei der Bevölkerung, bei Kaschuben und bei Deutschen (den "Volksdeutschen", wie man sie dann nannte), war er beliebt. Am 9. April 1940 wurde er überraschend verhaftet und ins Konzentrationslager gebracht. Nach einer geraumer Zeit wurde er mit der üblichen Schweigeverpflichtung wieder entlassen. Damals hörte ich, daß ihm die Tatsache, daß Frau von Lewinski sich geweigert habe, sich von ihrem Mann scheiden zu lassen, ihm – im Gegensatz zu dem Fall Schmidt – das Leben gerettet habe. Jetzt erzählte man mir in Karthaus, es sei die einflußreiche deutsche Verwandtschaft von Lewinskis gewesen, die ihm geholfen habe. Mit Heini war ich in der Schulzeit so gut befreundet, daß er mir gegenüber aus seinem Haß auf die Quäler seines Vaters kein Hehl machte. Der Sohn, der mehrere Jahre älter war als ich, weil er als polnischer Gymnasiast um einige Klassen zurückgesetzt worden war, wurde früher als ich eingezogen. An der Italienfront geriet er, vielleicht nicht ganz unfreiwillig, in englische Gefangenschaft und schloß sich der Anders-Armee an. Er kehrte nicht mehr in die Heimat zurück und wurde Farmer in Kanada.

Von solchen Schicksalen wußte ich. Von willkürlichen Morden, die man vor allem der Danziger Heimwehr, einer Nachfolgetruppe der bewaffneten Landespolizei, zur Last legte, hörte man mancherlei. Allerdings machte der Kreis 1941 schon wieder den Eindruck einer Idylle. Es kam dann noch später zu Zwangsausiedlungen. Ganze kaschubische Dörfer wurden entvölkert, besonders im Nordosten des Kreises (zum Beispiel in Banin und in Ramkau). An die Stelle der kaschubischen Bauern wurden Bessarabier gesetzt. Ich erinnere mich noch, wie mein Vater nach Hause kam und von einer solchen Blitzaktion berichtete. Die Bauern hatten wenige Stunden Zeit, um noch etwas zu schlachten und um ihre Wagen zu beladen. Die Aktion wurde von einem SS-Ansiedlungsstab geleitet unter der Führung eines SS-Sturmbannführers, der sein Büro in Karthaus am Markt hatte und der für seine trinkfreudige Geselligkeit bekannt war. Jetzt erst erfuhr ich, daß man die kaschubischen Besitzer nur zum Schein ausgesiedelt hatte. Man nahm ihnen Wagen und Habe am Bahnhof in Karthaus wieder ab und verfrachtete sie als Landarbeiter ins Reich.

Den wirklichen Umfang der Schrecken, die zur Besetzung von 1939 gehört hatten, habe ich erst jetzt erfahren. Eine Gedenktafel erinnert daran, daß man im Kreis sehr viele polnische und kaschubische Lehrer gleich nach dem Einmarsch erschossen hat. Eine frühere deutsche Schülerin des Karthäuser Gymnasiums sagte mir, alle männlichen Lehrkräfte, die sie gekannt habe, seien darunter. Einer der katholischen Pfarrer von Karthaus, der wegen seiner Rechtlichkeit und Redlichkeit auch von den evangelischen Bürgern sehr geachtet wurde, wurde ermordet. Damals gab es den zynischen Ausdruck "Er ging nach Zakopane" (der polnische Ortsname bedeutet zugleich "begraben"). Eine Massenerschießung gab es in Kaliska, einer kleinen Ansiedlung zwei Kilometer östlich von Karthaus, am Rande eines Waldes, in dem wir unsere Blaubeeren suchten. Die Toten wurden nach dem Kriege exhumiert und auf dem Friedhof an der Klosterkirche beigesetzt. Am schlimmsten muß die Massenverhaftung vom 9. April 1940 gewesen sein. Man sagte mir, es seien 800 Verhaftungen in Karthaus allein gewesen. Einer der Betroffenen war ein aus dem Kreis stammender Beamter des Finanzamtes, ein "kleiner Beamter", gebürtiger Pole, den die deutsche Verwaltung bereits wieder übernommen hatte. Vor dem Einmarsch 1939 war er mit seiner Familie nach Zentral-Polen geflüchtet, aber dann im Vertrauen auf eine Normalisierung und Beruhigung der Verhältnisse nach Karthaus zurückgekehrt. Er war zeitweilig mit dem Bürgermeister zusammen in Haft. Nach einem halben Jahr wurde er im Konzentrationslager Mauthausen umgebracht. Die Tochter besuchte bis zum nächsten Machtwechsel die deutsche Oberschule an der Klosterstraße. Die nächste Heimsuchung war dann im Februar 1945 das russische Militär. Frauen und Mädchen mußten sich verstecken, viele Menschen suchten freiwillig den Tod, und von neuem wurden kaschubische Bürger verschleppt, viele erschlagen und erschossen. Erst als diese Schreckenszeit vorüber war, kam das Land wieder zur Ruhe.

Aspects of Dezinformatsija

by

Karl Bruhn

In their introduction to "Active Measures in Soviet Strategy", Richard H. Schultz and Roy Godson stress that Soviet leaders do not regard war and politics as distinct conditions; rather, from their perspective, politics is a continual state of war carried on by a wide variety of means, sometimes including military operations.

Thus, Moscow views international politics as a constant struggle. Soviet leaders employ a broad range of military and non-military measures against all adversaries.

Included in this approach are all techniques deemed effective. Soviet leaders use the term "active measures" (*aktivnyye meropriatia*) to describe an array of overt and covert techniques for influencing events and behavior in, and the actions of, foreign countries.

The Soviet leadership employs these overt and covert political techniques to strengthen allies and weaken opponents, and to create a favorable environment for the achievement of Soviet foreign policy objectives, systematically and routinely conducted on a worldwide scale.¹

In his recently published essay-review, John Dziak asks that we set Soviet deception practices in context and examine what we know about past practices, organizations, and the people engaged in them.²

Anyone essaying a detailed and comprehensive study of *dezinformatsija* and active measures should try to avoid unnecessary confusion.

DEZINFORMATSIJA is a Soviet expression primarily used for purposes of internal deception and only secondarily for external deception.

It is a Russian word with a Russian content, in the spirit of (Soviet) Russia.

It was invented in order to tell Soviet-dominated people that the "socialist system" is in permanent danger from some putative Western system called *dezinformatsija*.

Although aware that such a Western system does not in fact exist, the Soviet leaders have consistently accused the "capitalist world" of using *dezinformatsija* against the Soviet Union and its allies.

They even attempt to distinguish two varieties of this Western phenomenon:

1 Richard H. Schultz-Roy Godson: *Dezinformatsia, Active Measures in Soviet Strategy*. Pergamon-Brassey's International Defense Publishers, Washington, D.C., 1984
2 John J. Dziak: *Soviet Active Measures*, in: *Problems of Communism*, USIA, Washington, D.C., November/December 1984

"imperialist disinformation" and "la desinformation israelienne".³

In their foreign language publications, the Soviets render *dezinformatsija* with expressions such as "misinformation" and "disinformation".

This semantic confusion also crops up in Western publications, e.g., the term is rendered as "Desinformation" in German, "desinformation" in French, "disinformazione" in Italian, and "desinformatie" in Dutch.

None of these translations adequately cover the sense of what *dezinformatsija* really means in the Soviet system — a meaning spelled out in "Soviet Covert Action" (The Forgery Offensive): "Disinformation is a term which has special connotations for the KGB and has no direct counterpart in the parlance of non-communist intelligence services. It signifies a variety of techniques and activities applied to furthering Soviet foreign policy aims in the political, propaganda and economic fields."⁴

During the last years, Soviet observers must have taken considerable pleasure in seeing Western political parties, individuals, and media "adopt" some of the semantically foggy usage purveyed by Moscow when they accuse one another of engaging in "disinformation", or of carrying out "Desinformationskampagnen". Such a spectacle only serves to confirm the picture that Soviet propagandists wish to paint of the dangers from the West. Ironically, it is clear, that the Soviet Union itself has elaborated a more or less sophisticated strategic and tactical system to support their global aims. Indeed, it is this system which is most accurately described by the expression *dezinformatsija*.

In order to keep this system effective, a broad variety of short and long range operations is continuously required.

An important part of the system is maintained by:

The Soviet International Front Organizations

The USSR has long maintained a network of international organizations which, while purporting to be democratic and non-governmental, are in fact disguised instruments of Soviet policy.

These front organizations are largely financed and controlled from Moscow and their campaigns are directed against the West. Lenin and Stalin regarded trade unions, youth organizations and other such bodies as "transmission belts" for conveying Communist Party directives to, and "educating" the masses.

The idea was developed internationally during the Popular Front period of the 1930s, especially by a German communist working for the Comintern, Willi Münzenberg, who spoke of such bodies as his "innocents' clubs".

In the late 1940s, the USSR created the current network of interlocking international front organizations, either by securing control of existing movements or by launching new bodies specifically for the purpose.

3 Viktor Matsoulenko: *Les guerres locales de l'impérialisme: certaines leçons*, in: *Revue Militaire Soviétique*, No. 10, Moscou 1984

4 *Soviet Covert Action*, Hearings before the Subcommittee on Oversight of the Permanent Select Committee on Intelligence, House of Representatives, U.S. Government Printing Office, Washington, D.C., 1980

Always obedient to the Soviet line, they have been able to attract support by espousing such issues as opposition to U.S. "aggression" in Vietnam, anti-colonialism and assistance to "liberation" movements, and support for the Arabs against Israel.

In NATO countries and elsewhere in Europe, the front organizations have exploited fears of nuclear war by pressing for disarmament on Soviet terms.⁵

The leading front organization, the WORLD PEACE COUNCIL (WPC), has expanded its activities in recent years.

It is foremost in support of Soviet activities, especially of the Soviet government's efforts to gain acceptance for its views of detente and peaceful coexistence and to distract attention from the fact that the latter does not preclude intensification of the international "class struggle".

It is obvious that the international front organizations have occasionally had to face internal crises arising from Soviet actions.

In 1949, after the expulsion of Yugoslavia from the COMINFORM, Yugoslav representatives were expelled from all these organizations.

The Sino-Soviet dispute led to the ostracism of China, subsequently one of the organizations' most vocal critics, especially in United Nations circles.

The disclosures at the Soviet Communist Party's 20th Congress in February 1956 of Stalin's crimes, the Soviet Union's suppression of the Hungarian uprising in November 1956, its invasion in Czechoslovakia in 1968, and of Afghanistan in 1979 each produced in turn widespread loss of support and the replacement of many front officials.

Despite such temporary setbacks, large injections of Soviet money and greater care in the selection of personnel ensured a revival of the organizations on each occasion.

Criticisms of the USSR, particularly from West European communists, on account of its treatment of dissidents and violation of human rights and because of the events in Poland, have provoked new strains in the front organizations and disagreements at many meetings and congresses.

The events in Afghanistan and Poland still overshadow the work of the front organizations. As a result of the world-wide condemnation of the Soviet intervention in Afghanistan several weeks were to elapse before the front organizations began to issue statements supporting the Soviet move: the WORLD PEACE COUNCIL delayed its approval for two months. With respect to Poland, most of the front organizations have tried to maintain silence.

The reality, however, is that these organizations' policies and objectives are unlikely to change fundamentally while the Soviets control their finances and vet the appointment of officers. Accounts are never published. Speeches are still usually censored in advance and resolutions passed by acclamation rather than by vote.

⁵ Such Soviet terms have been taken over by members of the socialist and green-rainbow factions in the European Parliament, asking for "a nuclear-free peace zone from the Benelux-States to Bulgaria" and "at the working places of the European Parliament", Document 2-1626/84 of February 11, 1985, and Document B-2-16/85 of March 15, 1985.

All the front organizations take their lead from the WORLD PEACE COUNCIL, whose activities were specifically endorsed by the late President Brezhnev in his address to the 26th Communist Party Congress in February 1981.

Many front organizations have consultative status with the major bodies of the United Nations framework.⁶

As important part of the *dezinformatsija* system, the Soviet international front organizations and their branches actually operate under the following denominations:

Soviet international front organizations:

- World Peace Council (WPC)
- International Institute for Peace (IIP)
- World Federation of Trade Unions (WFTU)
- World Federation of Democratic Youth (WFDY)
- International Union of Students (IUS)
- Women's International Democratic Federation (WIDF)
- International Association of Democratic Lawyers (IADL)
- World Federation of Scientific Workers (WFSW)
- International Organization of Journalists (IOJ)
- Christian Peace Conference (CPC)
- International Federation of Resistance Fighters (FIR)
- Afro-Asian Peoples' Solidarity Organization (AAPSO)
- International Radio and Television Organization (OIRT)

Closely connected with the principal front organizations:

- African Workers' University, Conakry (WFTU)
- Afro-Asian/Latin American Peoples' Solidarity Organization (AAPSO)
- Agricultural, Forestry and Plantation Workers Trade Union (WFTU)
- Asian Buddhists' Conference for Peace (CPC)
- Berlin Conference of Catholic Christians (CPC)
- Building, Wood and Building Materials Industries Trade Union (WFTU)
- Centre for Professional Education of Journalists (IOJ)
- Chemical, Oil and Allied Workers' Trade Union (WFTU)
- Commercial, Office and Bank Workers' Trade Union (WFTU)
- Committee for Engineers, Managerial Staffs and Technicians (WFTU)
- Committee for Printing Industry Trade Unions (WFTU)
- Conference of Non-governmental Organizations in Consultative Status with ECOSOC (United Nations) (WPC)
- Continuing Liaison Council of the World Congress of Peace Forces (WPC)
- Dublin Committee - International Trade Union Committee for Peace and Disarmament (WFTU/WPC)

⁶ see R.G. Sybesma-Knol: The Status of Observers in the United Nations, dissertation, Leyden 1981

Food, Tobacco, Hotel and Allied Industries' Trade Union (WFTU)
 Fritz Heckert Trade Union College Bernau (DDR) (WFTU)
 Generals for Peace and Disarmament (WPC)
 Georgi Dimitrov Trade Union School Sofia (WFTU)
 International Association for Social Tourism and Leisure of Workers (WFTU)
 International Bureau of Tourism and Exchanges of Youth (WFDY)
 International Campaign Committee for a Just Peace in the Middle East (WPC)
 International Club of Agricultural Journalists (IOJ)
 International Club of Science and Technology (IOJ)
 International Commission of Childrens' and Adolescents' Movements (WFDY)
 International Commission of Enquiry into the Crimes of the Military Junta in Chile (WPC)
 International Commission of Enquiry into the Crimes of the Racist Regimes in South Africa (AAPSO)
 International Commission of Enquiry into Israeli Treatment of Arab People in Occupied Territories (WPC)
 International Commission for the Investigation of American War Crimes in Vietnam (IADL)
 International Committee Against Apartheid, Racism and Colonialism in Southern Africa (WPC/AAPSO)
 International Committee for European Security and Cooperation (WPC)
 International Committee for Solidarity with Cyprus (WPC)
 International Committee of Lawyers for Democracy and Human Rights in South Korea (IADL)
 International Committee for Solidarity with the Palestinian People (WPC)
 International Committee of Solidarity with the Arab People and their Central Cause - Palestine (WPC)
 International Committee for the UN Decade for Women (WIDF)
 International Committee for the Cooperation of Journalists (IOJ)
 International Liaison Forum of Peace Forces (WPC)
 International School of Journalism and Agency Techniques Prague (IOJ)
 International School of Solidarity for Journalists Havana (IOJ)
 International Student Research Centre (IUS)
 International Trade Union College Moscow (WFTU)
 International Trade Union Committee for Solidarity with the People and Workers of Africa (WFTU)
 International Trade Union Committee for Solidarity with the People and Workers of Chile (WFTU)
 International Committee of the Trade Unions for Solidarity with the People and Workers of Korea (WFTU)
 International Trade Union Committee for Solidarity with the People and Workers of Palestine (WFTU)
 International Voluntary Service for Friendship and Solidarity of Youth (WFDY)
 Interpress Graphic Club (IOJ)
 Interpress Motoring Club (IOJ)

Journalists' School of Solidarity Bucharest (IOJ)
 Journalists' School of Solidarity Sofia (IOJ)
 Latin American Federation of Journalists (IOJ)
 Latin American Information Centre Lima/Peru (IOJ)
 Metal and Engineering Industries' Trade Union (WFTU)
 International Miners' Trade Union (WFTU)
 International School of Solidarity of the German Democratic Republic Journalists' Union East Berlin (IOJ)
 International Public and Allied Employees' Trade Union (WFTU)
 Textile, Clothing, Leather and Fur Workers' Trade Union (WFTU)
 Transport, Port and Fishery Workers' Trade Union (WFTU)
 International Vienna Dialogue on Disarmament and Detente (WPC)
 World Federation of Teachers' Unions (WFTU)

All these denominations have been chosen with great care to make them appear as "innocents' clubs", but from time to time the Soviets were compelled to change or slightly alter the names of those "clubs", and even more their headquarters from one country to another.

A typical example is the World Peace Council. In August 1948, a Soviet-inspired World Congress of Intellectuals for Peace was held at Warsaw, Poland. Subsequently a related World Peace Congress was held in Paris in April 1949, at which a World Committee of Partisans of Peace was set up, which in November 1950 became the World Peace Council. In the 1960s, the name was changed to World Council of Peace, but reverted in 1970 to its original title. The World Peace Council was originally based in Paris, but it was expelled in 1951 by the French Government for "fifth column activities". It moved first to Prague and in 1954 to Vienna, where it remained until it was banned in 1957 by the Austrian Government for "activities directed against the interest of the Austrian State". However, it continued to operate in Vienna under the cover of the International Institute for Peace (IIP) until its eventual move to Helsinki in September 1968.

Another aspect of the *dezinformatsija* system is the Soviet Union's extensive propaganda output, to which it devotes considerable resources.⁷

Numerous variations of overt and covert measures are employed to lead and mislead individuals, groups and masses, public institutions, political parties, governments and parliaments in pluralist democracies.

The continual expansion of Soviet influence and power requires a close coordination with traditional diplomacy and established communist parties in all parts of the world.

Ultimate approval for the use of "active measures" rests with the highest levels of the Soviet hierarchy, the Politbureau and the Secretariat of the Central Committee of the Communist Party of the Soviet Union.

Most decisions concerning implementation are carried out by the KGB in close coordination with powerful elements of the Soviet Communist Party bureaucracy.

⁷ see VIP-Blick No. 319, Brussels 1984

Political influence operations are the most important, ambiguous, but least visible of Soviet "active measures".⁸
 One of the most complex and difficult measures to unravel is

The Strategy of False Opposition

the instruments of which are counterfeit agents and organizations. According to Anatolij Golitsyn, Western reactions to the strategy of false opposition have been tested by the Soviets during the Czechoslovakian "controlled democratization" in 1968.⁹

The purpose of this new strategy was to create favorable conditions for unity of action with the Social Democrats, the free Trade Unions, and with the Catholics against NATO and the US-military-industrial complex. This preparation was revealed by the reorganization and reorientation of the KGB and the security services of the bloc countries, as ordered by Selepin.¹⁰

The rationale was to coordinate their joint efforts and to introduce a false, controlled opposition along the lines of the Soviet experience with the false anti-communist organization TRUST during the "New Economic Policy" (NEP) under Lenin.

Selepin specifically ordered that agents of influence be used among prominent writers, scientists, trade unionists, nationalists, and religious leaders.

Until now, the Selepin strategy of false opposition has been extended to the Western world, where counterfeit organizations have been formed, especially in the United States of America, France and the Federal Republic of Germany.

It remains a remarkable fact, that founders and leaders of such organizations are marked by clandestine mentality, described by Harry Rositzke as "rooted in a conspiratorial view of the world; the world is an unsafe place, for someone out there is plotting against me."¹¹

The most dangerous aspect of counterfeit organizations is their ability to adapt whatever coloration is best able to hide its real nature at any given moment. The tendency to create a new front or new branches whenever it appears that a new

8 Soviet Active Measures, Hearings before the Permanent Select Committee on Intelligence, House of Representatives, U.S. Government Printing Office, Washington, D.C., 1982

9 Anatolij Golitsyn: New Lies for Old, The Communist Strategy of Deception and Disinformation, Dodd, Mead & Company, New York 1984

10 After having been replaced as head of the KGB in 1961 by Vladimir Semicastnij, Aleksandr Selepin lost his posts as head of the Party-State Control Committee and Deputy Chairman of the Council of Ministers in December 1965; in July 1967, after the plenum held to discuss the Arab-Israeli war, he was appointed Chairman of the Soviet Trade Union Council, a job with much less political pull, shortly afterwards losing his Central Committee secretaryship. In April 1975, he "resigned" from the Politbureau and was released from his post as head of the trade union organization "at his own request" the following month. He then received the insignificant post of Deputy Chairman of the State Committee for Vocational-Technical Education. It was later rumoured that in September 1965 he made a bid for power with the backing of Stalinists in the Party apparatus, Kom-somol and KGB. From: Special Report of the Institute for the Study of Conflict, London 1980

11 Harry Rositzke: The KGB: The Eyes of Russia, Sidgwick & Jackson, London 1982

issue has emerged and can be capitalized on makes it necessary to remain ever watchful for the latest false opposition creations. Their efforts in the long run serve to further Soviet *dezinformatsija* aims within a sector of the American and European population that Moscow could never reach directly. The clandestine mentality and positions cloaked in ostensibly conservative rhetoric make the pro-Soviet slant of an organization like the Larouche Network hard to perceive, but this is a very special case to be studied thoroughly.

Kontroverse

Der Aufsatz des holländischen Liberalen Florus A. Wijsenbeek MdEP, der unter dem Titel "Deutschland, eine gesplante Nation in Europa" in LIBERTAS 1/85 erschienen war, veranlaßte Rudolf Fischer MdL, deutschlandspolitischen Sprecher der FDP-Fraktion im niedersächsischen Landtag zu einer kritischen Erwiderung. Wir drucken im folgenden einige Auszüge aus dieser Stellungnahme ab und lassen anschließend unseren Autor Wijsenbeek, der in einem uns vorliegenden Brief an die Erwiderung seines niedersächsischen Kollegen reagierte, ebenfalls auszugsweise erneut zu Wort kommen.

Fischer:

Der Aufsatz "Deutschland, eine gesplante Nation in Europa" des holländischen liberalen Europa-Abgeordneten Florus Wijsenbeek, des langjährigen Generalsekretärs der Europäischen Liberalen Föderation, wirft Fragen auf, denen nicht mehr ausgewichen werden darf. Vor allem die: Wie ist es möglich, daß sogar unter unseren liberalen Freunden in Westeuropa die Meinung entstehen konnte, mit der Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel sei das Problem der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ein für allemal aus der Welt geschafft, würden sich die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur DDR nicht von denen zu anderen osteuropäischen Staaten unterscheiden?...

...Der Aufsatz von von Florus Wijsenbeek macht es deutlich: Die Bundesrepublik Deutschland, aber auch wohl die verantwortlichen Bundestagsparteien haben es versäumt, haben es nicht verstanden, die Problematik der Spaltung Deutschlands und damit auch Europas und ihre schrecklichen Folgen ihren Freunden nahebringen und damit zu einem europäischen Thema zu machen...

...Die deutsche Frage kann nur im europäischen Rahmen einer Lösung zugeführt werden, deshalb muß die Bundesrepublik ihre Zurückhaltung aufgeben und intensiver auch im Rahmen der EG dafür werben. Das Europäische Parlament könnte eine Plattform sein, um der westeuropäischen Öffentlichkeit, aber auch den USA und der Sowjetunion, die Bedeutung dieser Problematik mit dem Ziele näherzubringen, den Frieden in Europa sicher zu machen. Eine Politik der Über-

windung der deutschen Spaltung ist immer Friedenspolitik, deshalb muß sie auch zugleich im gesamteuropäischen Interesse liegen...

...Ich kann allen Europaabgeordneten nur empfehlen, immer wieder die DDR zu besuchen und sich an Ort und Stelle, z.B. in Dresden, Leipzig, Weimar oder Rostock im Gespräch mit den Menschen davon zu überzeugen, wie sehr sie unter der Teilung Deutschlands leiden, in welchem Maße ihnen in Westeuropa selbstverständliche Menschen- und Freiheitsrechte vorenthalten werden und wie sehr sie sich auch als deutsche Europäer fühlen...

...Es ist mehr als die gemeinsame Sprache was die Deutschen in der Bundesrepublik und der DDR verbindet. Es ist das Bewußtsein, auch heute noch trotz der staatlichen Teilung einem Volk, einer Nation anzugehören, einer gemeinsamen Kultur und Geschichte verpflichtet zu sein...

...Wer die Bundesrepublik lediglich als "eine Pufferzone gegenüber dem Kommunismus" sieht und deshalb ihre feste Einbindung in die Europäische Gemeinschaft fordert – was von Wijsenbeek angedeutet wird –, verkennt grundlegend die Ziele und Prinzipien der deutschen Politik in der Mitte Europas. Vorrangiges Ziel deutscher Politik muß die verstärkte Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten auf allen Gebieten und ein intensiver Dialog auf allen Ebenen sein, um die Folgen der Teilung Deutschlands schrittweise zu überwinden. Dieses Ziel widerspricht nicht unserem europäischen Engagement. Denn nationalstaatliche Lösungen der deutschen Frage werden der Vergangenheit angehören. Es gilt vielmehr neue Formen der staatlichen Zusammenarbeit zu entwickeln und zwar im europäischen Rahmen. Je mehr sich das deutsch/deutsche Verhältnis normalisieren wird, um so mehr wird der Frieden in Europa gesichert. Dazu gehört auch die Hilfe und finanzielle Unterstützung für eine bessere wirtschaftliche Entwicklung in der DDR. Denn ein Mehr an privatem Wohlstand in der DDR könnte die Akzeptanz etwas erhöhen und hoffentlich auch zu größeren persönlichen Freiheiten, vor allem zu einer Öffnung der Grenzen führen...

Wijsenbeek:

...Ihre Stellungnahme, daß die deutsche Frage nur im europäischen Rahmen gelöst werden kann, ist natürlich richtig und bestätigt ja auch das, was ich hierzu in meinem Artikel hervorgehoben habe, außerdem beschäftigt die Sicherheitspolitik für Europa – das Europäische Parlament auch im Hinblick auf dieses Thema und dies gilt insbesondere für die Liberale Fraktion...

... Die letzten drei Paragraphen meines Artikels haben Sie meiner Meinung nach nicht ganz richtig interpretiert. Ich habe dort deutlich hervorgehoben, daß die Gemeinschaft funktionsfähig bleiben muß, damit Fortschritt in Integration und Harmonisation realistische Möglichkeiten sind. Wenn dies für die Bundesrepublik nicht gelten würde, sondern die Bundesrepublik würde Europa "opfern" als eine Alternative für nationalistische Politik, dann gibt es langfristig für die Bundesrepublik nur die Wiedervereinigung. In einem solchen Falle, und auch nur dann, würde die Bundesrepublik von den EG-Partnern als eine Pufferzone angesehen werden.

Wenn die Bundesrepublik im Ministerrat durch das von uns allen verwünschte Veto-Recht Europa daran hindert, sich über die Agrarpreise zu einigen, wenn die Bundesrepublik auf einer bisher unbekanntem Weise, die eigenen Landwirte unterstützt, wenn die Bundesrepublik plötzlich Einsparungsforderungen stellt, andererseits aber sehr viel mehr Kredite zur Verfügung stellt für den Freikauf von Häftlingen in der DDR und auch für Kredite an die DDR, dann macht man sich doch schon etwas Sorgen, daß die berühmte deutsche Europa-Freudigkeit ins Stocken zu geraten droht.

Ich persönlich gehöre allerdings nicht zu den Leuten, die einer solchen pessimistischen Meinung zugetan sind, dies zu Ihrer Beruhigung...

Buchbesprechung

Jürgen Erdmenger: *EG unterwegs Wege zur Gemeinsamen Verkehrspolitik, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1981, 148 S.*

Europa steht vor erheblichen Veränderungen im Verkehrsbereich. 1957 war die EWG als Gemeinsamer Markt geplant worden, einschließlich der dafür notwendigen Schritte im Verkehrs- und Transportwesen. Nicht viel tat sich in der Folge, eine EG-Verkehrspolitik artikuliert sich nie über eine gewisse Schattenrolle hinaus. Dies wird jetzt mit einer erheblichen Geschwindigkeit abgelegt.

Ein selbstbewußter als jemals zuvor auftretendes Europäisches Parlament sieht einen sich im Reigen der Ausschüsse emanzipierenden Verkehrsausschuß; sein ehemaliger Präsident Seefeld, heute Vizepräsident des Parlaments, stellte hierfür wichtige Weichen. Rechtlich einmalig und nicht wirkungslos ist dabei die Untätigkeitsklage des Parlaments gegen den Ministerrat, die vom Plenum im September 1982 beschlossen wurde. Zum ersten

Male muß der Luxemburger EuGH über eine Klage entscheiden, mit der ein Organ der EG die Feststellung der vertragswidrigen Untätigkeit eines anderen Organs der EG beantragt. Wirkungslos ist die Klage deshalb nicht, weil seit ihrer Anhängigkeit einiges auf dem Transportsektor vorankam, ohne daß man freilich sagen kann, daß sich der Ministerrat der EG plötzlich überschlug. Aber wenn nach über einem Jahrzehnt dauerndem Streit über Maße und Gewichte bei Lkw's man sich überraschend einigt, wenn der Kanal-tunnel ein Dauertraktandum des EP-Verkehrsausschusses wird, wenn Ministerratsmitglieder offensichtlich wild entschlossen sind, als Verfasser eines Verkehrs-"Master Plan" in die europäische Geschichte einzugehen, dann bewegt sich eben etwas. Eine der Grundlagen hierfür ist eine gewisse Kontinuität der EG-Kommission, für die Jürgen Erdmenger nicht unmaßgeblich die Verkehrspolitik formuliert. Wenngleich jetzt bei einem belgischen Verlag eine französischsprachige und erweiterte-aktualisierte Version seines Bu-

ches zur EG-Verkehrspolitik erschien, ist das Nomos-Buch von 1981 keinesfalls eine "olle Kamelle" – zuviel ist daraus noch zu erledigen! Wünschenswert ist allemal eine neue deutschsprachige Auflage, da die Bundesrepublik in besonderem Maße von den Verkehrsregeln Europas betroffen ist. Und einige neue, interessante Elemente einer Gemeinsamen Verkehrspolitik gibt es zwischenzeitlich. Eisenbahn, Strasse, Wasserwege, Seeschifffahrt, Luftfahrt sind die traditionellen Gebiete europäischer Verkehrspolitik. Sie wird von der Frage des Nord-Süd-Transits mitbeherrscht – spektakuläres Beispiel in diesem Zusammenhang ist die andauernde Auseinandersetzung mit der von der Schweiz erhobenen Scherwerkehrsabgabe und Autovignette. Neue Aspekte der Verkehrspolitik sind Fragen des Ost-West-Verkehrs; in Bälde entsteht ein Bericht über die Verkehrsbeziehungen zum COMECON-Bereich im Europaparlament. Neu ist auch der Trend, Fremdenverkehr/Tourismus zum Bestandteil der Verkehrspolitik zu machen. Postwesen in Europa und nun auch Aspekte der europäisch betriebenen Weltraumpolitik gehören bereits dazu. Mit spektakulären Großprojekten wie z.B. dem Kanaltunnel oder einer Brücke über die Strasse von Messina zwischen Sizilien und der italienischen Stiefelspitze ist konkret zu rechnen – Großprojekte mit europäischer Dimension. Der EG-Luftverkehr ist Gegenstand noch nie dagewesener Diskussionen über Deregulation, über Wettbewerb am blauen Himmel. Und noch bestehen alle Chancen, daß das für 1986 mit einigem Publicity-Aufwand geplante Jahr der Europäischen Verkehrssicherheit kein Flop wird, obwohl die Zeit allmählich knapp wird.

Verkehrspolitik ist relativ bürgernah – das Beispiel der erleichterten Grenzabfertigung ist nur ein Beweis hierfür. Eine Gemeinsame Verkehrspolitik kann die Bürger Europas mehr zusammenbringen. Wenn Hochgeschwindigkeitszüge vielleicht in ein paar Jahren von Paris nach Köln gehen, wenn "Eurocontrol" wieder als Flugsicherungsbehörde aufleben will, wenn Flugtickets von Frankfurt nach London 314 DM statt über 600 DM kosten können, dann kann eine EG-Verkehrspolitik sogar Anklang finden im Sinne einer Chance, wie sie einer Gemeinsamen Agrarpolitik heute kaum noch beigemessen wird. Erdmenger beschreibt systematisch und – dafür ist ihm zu danken – in verständlicher Sprache die nationalen Verkehrsmarktunterschiede, die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten auf den verschiedenen Sektoren des Verkehrs. Erfreulich ist dabei auch die geraffte Bündigkeit; hier wird mit Zahlen und Fakten gearbeitet und nicht geschwafelt.

Der historische Werdegang seit 1958 kann in Phasen aufgeteilt werden. Die erste bis 1972 gilt vornehmlich der Marktorganisation für Bahn, Strasse und Binnenschifffahrt. Verkehr ist ein Faktor des Wettbewerbs, der den Gemeinsamen Markt trägt. Die in den Folgejahren von der Kommission aufgestellten Programme scheiterten jedoch an einem Ministerrat, der keine kohärente Verkehrspolitik beschließen konnte und wohl manchmal auch nicht wollte. 1981 sah der Verfasser in den letzten vor Abschluß seines Manuskripts liegenden Jahren dennoch gewisse Fortschritte. Ein relativ gutes Zeugnis stellt Erdmenger den wichtigen Aussenbeziehungen im Verkehrsbereich dar. Skandinavien, Österreich,

die Schweiz, Jugoslawien sind verkehrspolitisch erheblich von der EG betroffene Nachbarn, zu denen die EG sich nie abkapselte.

Erdmenger steht mit seinem Buch zur EG-Verkehrspolitik als Unikat da, und er beschrieb eine Rumpfpolitik, von der er selbst mehr Ganzheitlichkeit erwartete. Dies wird dann deutlich, wenn er bei der Beschreibung der Methode der Gemeinsamen Verkehrspolitik zu Recht feststellt, daß im Ministerrat das europapolitische Handwerk mehr zu beachten ist als jede verkehrs- oder wirtschaftswissenschaftliche Theorie. Ist etwa Harmonisierung notwendigerweise der Gegensatz zu Liberalisierung? Man könnte hier faszinierende Integrationstheorien aufstellen und diskutieren. In "EG unterwegs" wird insgesamt ein pragmatischer Ansatz vertreten; dies schließt eine fast zu harmlose Haltung gegenüber dem Ministerrat ein. Was jedoch die Themen der Beitritte Griechenlands und nun auch Spaniens und Portugals betrifft, – das Buch wurde 1981 geschrieben – die jetzt eingetretenen Diskussionen über Luftverkehr und Seeschifffahrt: Erdmenger schilderte sie alle präzise schon im voraus. Bei der Kritik am Entscheidungsprozeß wäre es, jedenfalls aus der Sicht des Verfassers Zeilen, ratsam zukünftig mehr Initiativwirkung dem Europaparlament beizumessen. Feststeht, daß zumindest der politische Einfluß des Parlaments gewachsen ist, seit im Buch (S.56/57) das Ungleichgewicht der EG-Institutionen behandelt wurde. Und es gibt – seltsamer- und natürlich auch erfreulicherweise – heute auch einen etwas entscheidungsfreudigeren Ministerrat als noch vor einigen Jahren. Hier profitiert die EG-Verkehrspolitik auch da-

von, daß unzweifelhaft etwas Bewegung nach Europa eingekehrt ist. Freilich noch zu wenig.

Straßenverkehr, Alpentransit, Binnenschifffahrt, Eisenbahnen, Seeschifffahrt und Luftverkehr – für sie sieht der Autor jeweils pragmatische Ansätze. "Eine Gemeinsame Verkehrspolitik gibt es nicht" sagen Kritiker. Erdmenger belegt, daß dies übertrieben ist. Aus der Sicht der Kommission wurde in der Tat Vieles geleistet, seitens des Rates aber nicht. Dem Autor ist zuzustimmen: Eine Gemeinsame Verkehrspolitik besteht in Teilen. Sie ist allerdings noch lückenhaft, und wenn oben Optimismus anklang, dann muß hier aber auch festgehalten werden, daß zahlreiche 1981 schon festgehaltene Probleme heute immer noch bestehen. Wenn Politik aber ein Prozeß ist, was auch Erdmenger bejaht, dann haben wir ein wenig dazugewonnen. Jede Neuerung müsse jedoch mühsam errungen werden, denn der Entscheidungsprozeß der Gemeinschaft sei ungenügend und die Mitgliedstaaten hegen große Interessengegensätze, diese Schlußfolgerung ist sicher richtig. Wenn also das Buch in Deutschland aktualisiert aufgelegt wird, dann steht die Initiative des Parlaments, nicht nur seine früher geübte zustimmende Stellungnahme, den Intentionen des Autors zur Seite. Wobei auch richtig ist, wenn der Verfasser die Einsicht fördert, daß Verkehrspolitik niemals "fertig" sein, nur rationeller, kohärenter, sozialer werden kann.

Hans-Jürgen Zaborka

Zu Gast beim LIBERTAS-Roundtable

Im Laufe des letzten Quartals nahmen folgende Persönlichkeiten an Gesprächsrunden der LIBERTAS-Redaktion teil:

Jonathan D. Aronson, *associate professor der School of International Relations an der University of Southern California, Los Angeles, Experte für internationalen Handel im Dienstleistungsbereich* besuchte LIBERTAS in Strasbourg im Rahmen des European Community Visitors Program.

George Birmingham, T.D., *Staatssekretär im Irischen Sozialministerium in Dublin* führte ein Gespräch mit der LIBERTAS-Redaktion im Rahmen seiner Deutschlandsreise, die er auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung absolvierte, in Sindelfingen.

Sandy Miller Hays aus Little Rock, Arkansas, *Ressortleiterin bei der Zeitung "Arkansas Democrat"* diskutierte mit LIBERTAS über Probleme des internationalen Agrarhandels in Verbindung mit dem European Community Visitors Program in Strasbourg.

David Umberto Trejo Padilla, *christdemokratischer Abgeordneter im Parlament von El Salvador, außenpolitischer Berater von Staatspräsident Duarte und bevollmächtigter Botschafter in Sondermission* nahm an einem Gedankenaustausch mit LIBERTAS über die Lage der Demokratie in Mittelamerika im Rahmen des European Community Visitors Program in Strasbourg teil.

7. Dezentralisierung der politischen Entscheidungskompetenz und Einschränkung der Staatstätigkeit in gesamtstaatlich nicht lebenswichtigen Bereichen.
8. Ausweitung höherer Bildungsgrade und Berufsqualifikationen.
9. Radikale Durchbrüche der medizinischen Forschung und die sozialen Folgen ihrer Anwendung.
10. Ende der bipolaren Ära zweier Supermächte und komplexe Vernetzung der internationalen Beziehungen.

Eine Region für Spitzentechnologien in den USA: Das Silicon Valley

von Joachim Carl Uhlig

Der Autor setzt sich zunächst mit der Geschichte der Entwicklung der "chips" sowie mit dem wechselseitigen Zusammenhang von technologischen Innovationen und wirtschaftlichem Innovationsbedarf auseinander. Anschließend beschreibt er die geographischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, unter denen die "high-tech"-Region Silicon Valley entstanden ist. Er zeichnet die Geschichte der Firmenansiedlungen in dieser Region nach. Dabei zeigt er, wie wichtig die in dieser Region vorgefundene Arbeitsmarktlage, Infrastruktur sowie staatliche Wirtschaftsförderungsmaßnahmen für die Entstehung dieses "Technologieparks" waren. Er hebt besonders die Nähe großer, kooperationsbereiter und renommierter Universitäten und Hochschulen hervor. Er verweist zugleich auf die altbewährten Kooperationen der "high-tech"-Firmen mit den in dieser Region angesiedelten militärischen Einrichtungen. Schließlich beschreibt der Autor einige offene Probleme, die im Silicon Valley auf ihre Lösung warten: diese Probleme betreffen vor allem die Landschaftszersiedlung und den Nahverkehr, aber auch bestimmte sozialpsychische Phänomene.

Handzettel... Informationen... Flugblätter... Programme... ...wir setzen alles.

Wer im politischen Bereich überzeugen will, der muß sich in vielfältiger Weise äußern.
Zu einem großen Teil in gedruckter Form. Und dabei spielt es – neben dem Inhalt natürlich! – eine große Rolle, wie die gedruckte Information aussieht.

Simple, schreibmaschinengetippte Druckvorlagen sind da leider die Regel – denn guter Fotosatz ist bei meist schmalen Etats kaum bezahlbar. Wir haben die Alternative: „richtigen“ Satz (damit's wirklich wie gedruckt aussieht) zu einem einmalig günstigen Preis. Der IBM-Composer mit seinem optimalen Kosten/Nutzen-Verhältnis macht's möglich.

Da braucht man nicht mehr lange zu überlegen, wie man Informations- und Werbematerial gestalten soll: einfach das Manuskript mit den Angaben für Schriftart und Satzanordnung ans **Satzstudio Maichingen** schicken ... und einwandfreie Reprovorlagen des Textes kommen zurück. Trotzdem lässt sich die Rechnung dann auch bei niedrigem Budget verkraften!

Fordern Sie doch einfach gleich mal unseren Schriftmusterprospekt an – auch wenn Sie gerade keinen akuten Bedarf haben. **Dann wissen Sie immer, wohin Sie sich wenden können, wenn Druckvorlagen herzustellen sind.** Und wenn Sie schon etwas Konkretes haben, lassen Sie sich einfach mal von uns ein Angebot machen.

Satzstudio Maichingen

Schwenninger Str. 32, D-7032 Sindelfingen 6

LIBERTAS

Europäische Zeitschrift - Revue Européenne - European Review
ISSN 0341-9762

Herausgeber/Editeur/Publisher: Hans-Jürgen Zahorka, MdEP
Chefredakteur/Redacteur en chef/Editor-in-chief: Dr. Ladislaus Barlay

Redaktionsbeirat/Board of editors: Phil Bradbourn, Ernest F. Enzelsberger, Knut Görich, Claus-Peter Grotz, M.A., Juan Angel Inoriza, Prof. Dr. Roberto Mayorga, Reinhard Stuth, M.A., Dr. Christopher Terry, Heiner Wehn.

Auszüge von LIBERTAS-Beiträgen werden veröffentlicht in/Abstracts of LIBERTAS articles are published in: SOCIOLOGICAL ABSTRACTS(SA); SOCIAL WELFARE, SOCIAL PLANNING/POLICY & SOCIAL DEVELOPMENT (SOPODA).

Libertas Verlag

Hintere Gasse 35/1

D-7032 Sindelfingen

Tel.: (0) 7031/81855; Telex: 7265320

Bankverbindung/Bank account:

213 740 001 Volksbank Sindelfingen (BLZ 603 901 30)

LIBERTAS erscheint viermal jährlich. Gegründet August 1976.

Preis des Einzelheftes: 3.50 ECU oder 8.-DM,

Jahresabonnement: 13.- ECU oder 30.-DM.

Alle Copyright-Rechte vorbehalten.

LIBERTAS is published as a quarterly. Founded August 1976.

Single copies: 3.50 ECU or 8.-DM,

annual subscription rate: 13.- ECU or 30.-DM.

All rights reserved.

ABONNEMENTS / SUBSCRIPTIONS

Abschneiden und senden an/Découper et envoyer à/Detach and send to:
LIBERTAS, Hintere Gasse 35/1, D-7032 Sindelfingen

Ich möchte LIBERTAS abonnieren. Jahresabonnement 30.-DM/Je désire m'abonner à LIBERTAS. Abonnement annuel 30.-DM/ I want to subscribe to LIBERTAS. Annual subscription rate 30.-DM.

.....Scheck liegt bei/Ci-joint un cheque/A cheque is enclosed

.....Schicken Sie Rechnung/Envoyer une facture/Please send an invoice

.....Betrag wurde überwiesen/Le montant a été vire au compte bancaire/The amount was transferred to bank account

213 740 001 Volksbank Sindelfingen (BLZ 603 901 30),
D-7032 Sindelfingen.

Name/Nom

Adresse/Adress.....

Datum/Date.....Unterschrift/Signature.....

sociological abstracts

online and print editions are
valuable tools for you if you
do literature searches in:

- **sociology (natch) ▪ management**
- **medicine ▪ social psychology**
- **criminology ▪ economics & demography**
- **linguistics ▪ etc.**

We've made major changes in our print
and online services recently. When did you
last use **sa**?

Working hard in the 80's

sociological abstracts, inc.

P.O. Box 22206
San Diego, California 92122-0206
0-1-619-565-6603